



Bundesministerium
der Finanzen

Das Ministerium



Monatsbericht des BMF 2006

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

September

Oktober

November

Dezember



Monatsbericht des BMF Dezember 2006

Inhaltsverzeichnis

Editorial	7
Übersichten und Termine	9
Finanzwirtschaftliche Lage	11
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	19
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	22
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	27
Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2006	30
Termine	32
Analysen und Berichte	35
Aktualisierung des deutschen Stabilitätsprogramms Dezember 2006	37
Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen: Eine Untersuchung für die Mitgliedstaaten der EU	47
Finanz- und Wirtschaftspolitik in ausgewählten Volkswirtschaften	55
G 20-Finanzministertreffen in Australien am 18./ 19. November 2006	73
Bundespolitik und Kommunalfinanzen – Aktuelle Aspekte	77
Statistiken und Dokumentationen	83
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	86
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	109
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	113
Verzeichnis der Berichte	127
Verzeichnis der Berichte in den Monatsberichten des BMF 2006...	
...nach Veröffentlichungsdatum	129
...nach Stichpunkten	131

Zeichenerklärung Tabellen und Grafiken

- nichts vorhanden;
- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts;
- Zahlenwert unbekannt;
- X Wert nicht sinnvoll

Die Mitarbeiter der Redaktion des Monatsberichts sind für Anregungen und Kritik dankbar.

Bundesministerium der Finanzen

Redaktion Monatsbericht

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

<http://www.bundesfinanzministerium.de> oder

<http://www.bmf.bund.de>

Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

in dem zu Ende gehenden Jahr war aus finanzpolitischer Sicht eine Reihe erfreulicher Entwicklungen zu verzeichnen. So zeigt das aktuelle Stabilitätsprogramm, dass Deutschland die Vorgaben des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes in diesem und im nächsten Jahr erfüllen wird. Für 2006 wird ein gesamtstaatliches Defizit von 2,1 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und für 2007 von 1 ½ % des BIP erwartet. Die Bundesregierung wird auch in Zukunft an ihrem Konsolidierungskurs festhalten. Die strukturelle Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und der sozialen Sicherungssysteme sowie die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung bleiben unverzichtbare Voraussetzungen, um die öffentlichen Haushalte zukunftsfest zu gestalten.

Die Beurteilung und Sicherung der langfristigen Tragfähigkeit der Staatsfinanzen ist für die Solidität und die Glaubwürdigkeit der Finanzpolitik von ebenso großer Bedeutung wie die Beachtung kurzfristiger Haushaltsregeln und -ziele. Eine umfassende Untersuchung der fiskalischen Auswirkungen des demografischen Wandels und möglicher Risiken für die öffentlichen Haushalte aller Mitgliedstaaten hat jetzt die EU-Kommission vorgelegt. Die belastungsmindernden Effekte der in Deutschland bereits durchgeführten Reformen werden im Bericht der Kommission ausdrücklich anerkannt, gleichzeitig werden im Vorgriff auf die fiskalischen Folgen der Bevölkerungsalterung aber noch deutlichere Fortschritte bei der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte verlangt. Maßnahmen wie die Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters von 65 auf 67 Jahre werden die Tragfähigkeit in Zukunft weiter verbessern.

Bei der Darstellung und Analyse der öffentlichen Finanzen steht oftmals der Bund im Zen-



trum des Interesses. Dagegen werden andere staatliche Ebenen mitunter zu wenig beachtet, obwohl die Haushaltslage der Länder und Gemeinden für Bürger und Unternehmen dieser Gebietskörperschaften nicht weniger interessant ist. So ist die finanzielle Situation der Kommunen derzeit besser, als die öffentliche Meinung dies vermuten ließe. Für die Jahre 2006 und 2007 erwarten wir in der Summe Finanzierungsüberschüsse. Zurückzuführen ist dies auf das Wachstum kommunaler Steuereinnahmen. Neben einer erfreulichen Gewinnentwicklung bei den Unternehmen haben nicht zuletzt politische Maßnahmen zu diesem Ergebnis geführt. So hat die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage zu einer Stabilisierung der Gewerbesteuererinnahmen geführt. Die Situation wird sich für die Kommunen mit der Unternehmensteuerreform weiter verbessern, denn im Gegensatz zu Bund und Ländern werden die Kommunen insgesamt nicht belastet; gleichzeitig profitieren sie von der höheren Attraktivität des Standorts Deutschland. Insgesamt eröffnen sich dadurch Spielräume für eine verstärkte kommunale Investitionstätigkeit – mit positiven Auswirkungen auf die lokale Beschäftigungssituation.

Regelmäßig werfen wir einen Blick über den nationalen Horizont auf die aktuelle Finanz- und Wirtschaftspolitik in anderen wichtigen Volkswirtschaften. Erkennbar wird dabei, dass die meisten Staaten bestrebt sind, ihre strukturpolitischen Agenden wie auch die Haushaltskonsolidierung voranzubringen. Auch wenn sich die

Staaten in ihrer jeweils konkreten Reformpolitik unterscheiden, so ist doch sichtbar, dass sich alle angesichts ähnlicher Herausforderungen – etwa im Zusammenhang mit Globalisierung und demografischer Entwicklung – der Notwendigkeit von Veränderungen und Modernisierung bewusst sind.

Am 18./19. November 2006 trafen sich die Finanzminister und Notenbankgouverneure der 20 wichtigsten Wirtschaftsnationen (G 20) in Melbourne. Die G 20 repräsentiert zwei Drittel der Weltbevölkerung und 85 % des weltweit erwirtschafteten Bruttoinlandsprodukts. Neben einem intensiven Meinungsaustausch über die Lage der Weltwirtschaft standen u. a. die Reform der Bretton-Woods-Institutionen (Weltbank, IWF), die Energiepolitik, der demografische Wandel sowie die Reformpolitik in den G 20-Mitgliedstaaten auf der Agenda dieses Treffens.

Wesentliche Ergebnisse wurden in der „G 20 Reform Agenda“ fixiert. Darin verpflichtet sich Deutschland, die Konsolidierung seiner Staatsfinanzen fortzusetzen und die Grundlagen für Wachstum und Beschäftigung weiter zu verbessern. Wichtige Elemente dieses Ansatzes sind die geplante Reform der Unternehmensbesteuerung, die Reduzierung der Verwaltungskosten durch weiteren Bürokratieabbau sowie eine neue High-Tech-Strategie.



Dr. Thomas Mirow
Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen



Übersichten und Termine

Finanzwirtschaftliche Lage	11
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	19
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	22
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	27
Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2006	30
Termine	32

Finanzwirtschaftliche Lage

Die Ausgaben des Bundes bis einschließlich November belaufen sich auf 242,3 Mrd. €. Sie liegen damit um 4,6 Mrd. € (– 1,9 %) unter dem Vorjahresergebnis. Die rückläufige Ausgaben-

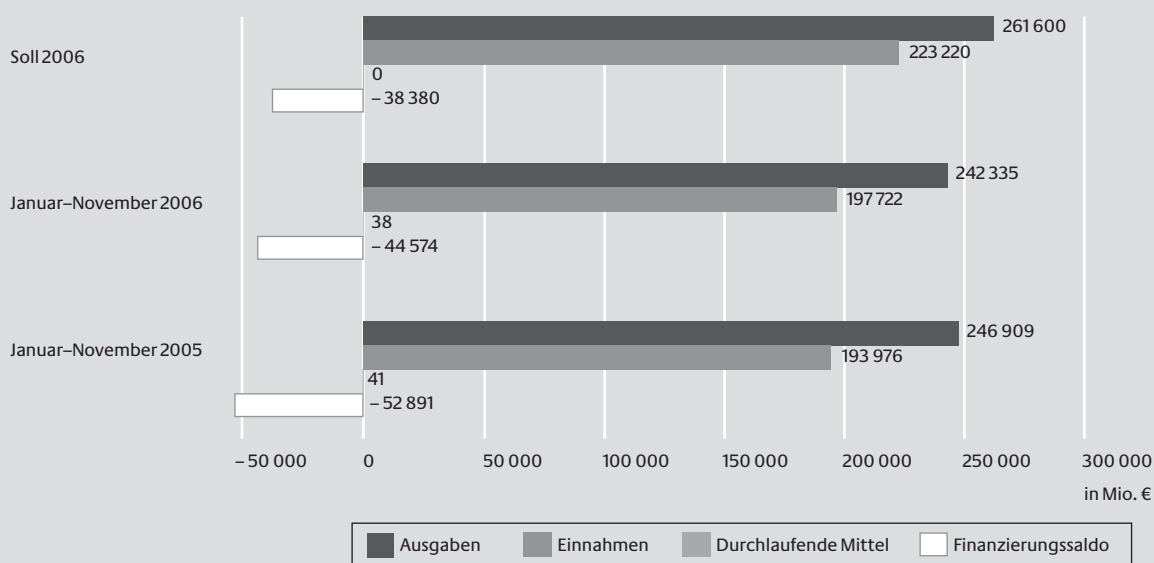
entwicklung des Bundeshaushalts ist wie auch in den Vormonaten darauf zurückzuführen, dass die Bundesagentur für Arbeit im Gegensatz zum Vorjahr derzeit keine Betriebsmitteldarlehen in

Entwicklung des Bundeshaushalts

	Soll 2006	Ist-Entwicklung ¹ Januar bis November 2006
Ausgaben (Mrd. €)	261,6	242,3
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	0,7	– 1,9
Einnahmen (Mrd. €)	223,2	197,7
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	– 2,3	1,9
Steuereinnahmen (Mrd. €)	194,0	171,5
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	2,0	8,3
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	– 38,4	– 44,6
Kassenmäßiger Fehlbetrag (Mrd. €)	–	– 6,9
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	– 0,2	– 0,2
Nettokreditaufnahme/aktueller Finanzmarktsaldo (Mrd. €)	– 38,2	– 37,5

¹ Buchungsergebnisse.

Zusammensetzung des Finanzierungssaldos



Anspruch nimmt. Ohne Berücksichtigung dieses Sonderfaktors lägen die Ausgaben des Bundes auf dem Niveau vom November 2005.

Die Einnahmen des Bundes bis einschließlich November summierten sich auf 197,7 Mrd. € und übertrafen das Ergebnis des Vorjahreszeitraums

um 3,7 Mrd. € (+ 1,9 %). Die Entwicklung auf der Einnahmenseite wird auch weiterhin von der positiven Entwicklung der Steuereinnahmen getragen. Die Steuereinnahmen beliefen sich im Berichtszeitraum auf 171,5 Mrd. € und lagen somit um 13,2 Mrd. € (+ 8,3 %) über dem Vorjahresergebnis.

Entwicklung der Bundesaussgaben nach Aufgabenbereichen

	Ist 2005	Soll 2006	Ist-Entwicklung Januar bis November 2006		Ist-Entwicklung Januar bis November 2005		Veränderung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
Allgemeine Dienste	47 505	47 999	42 425	17,5	42 524	17,2	- 0,2
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	3 840	3 974	3 812	1,6	3 584	1,5	6,4
Verteidigung	27 768	27 707	24 631	10,2	24 748	10,0	- 0,5
Politische Führung, zentrale Verwaltung	7 866	7 677	6 963	2,9	7 227	2,9	- 3,7
Finanzverwaltung	2 899	3 390	2 680	1,1	2 579	1,0	3,9
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	11 444	12 334	10 422	4,3	10 226	4,1	1,9
Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	925	925	665	0,3	884	0,4	- 24,8
BAföG	1 049	1 090	1 033	0,4	1 028	0,4	0,5
Forschung und Entwicklung	6 666	7 170	6 030	2,5	5 800	2,3	4,0
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen	133 048	134 391	129 258	53,3	133 078	53,9	- 2,9
Sozialversicherung	75 898	74 761	73 482	30,3	75 898	30,7	- 3,2
Arbeitslosenversicherung	397	0	0	0,0	4 569	1,9	-
Grundsicherung für Arbeitsuchende	35 169	38 263	35 397	14,6	32 108	13,0	10,2
darunter: Arbeitslosengeld II	25 001	24 400	24 548	10,1	23 298	9,4	5,4
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung	3 533	3 600	3 681	1,5	3 193	1,3	15,3
Wohngeld	1 085	1 000	938	0,4	1 040	0,4	- 9,8
Erziehungsgeld	2 873	2 830	2 574	1,1	2 627	1,1	- 2,0
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	3 118	2 865	2 662	1,1	2 930	1,2	- 9,1
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	912	911	755	0,3	755	0,3	0,0
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 788	1 590	1 162	0,5	1 513	0,6	- 23,2
Wohnungswesen	1 262	1 071	866	0,4	1 143	0,5	- 24,2
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	6 446	6 276	4 507	1,9	5 269	2,1	- 14,5
Regionale Förderungsmaßnahmen	1 226	869	669	0,3	896	0,4	- 25,3
Kohlenbergbau	1 645	1 563	1 561	0,6	1 645	0,7	- 5,1
Gewährleistungen	1 355	1 500	565	0,2	1 022	0,4	- 44,7
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	11 119	10 856	9 086	3,7	9 283	3,8	- 2,1
Straßen (ohne GVFG)	6 241	5 870	5 021	2,1	5 047	2,0	- 0,5
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen	9 465	9 438	7 516	3,1	7 158	2,9	5,0
Bundeseisenbahnvermögen	5 472	5 430	4 579	1,9	4 669	1,9	- 1,9
Eisenbahnen des Bundes/Deutsche Bahn AG	3 443	3 453	2 535	1,0	2 074	0,8	22,2
Allgemeine Finanzwirtschaft	38 122	37 805	37 202	15,4	37 103	15,0	0,3
Zinsausgaben	37 371	37 557	36 307	15,0	36 406	14,7	- 0,3
Ausgaben zusammen	259 849	261 600	242 335	100,0	246 909	100,0	- 1,9

Die Verwaltungseinnahmen gingen im Berichtszeitraum, bedingt durch nicht wiederholbare positive Einmaleffekte im Vorjahr, um – 26,4 % zurück.

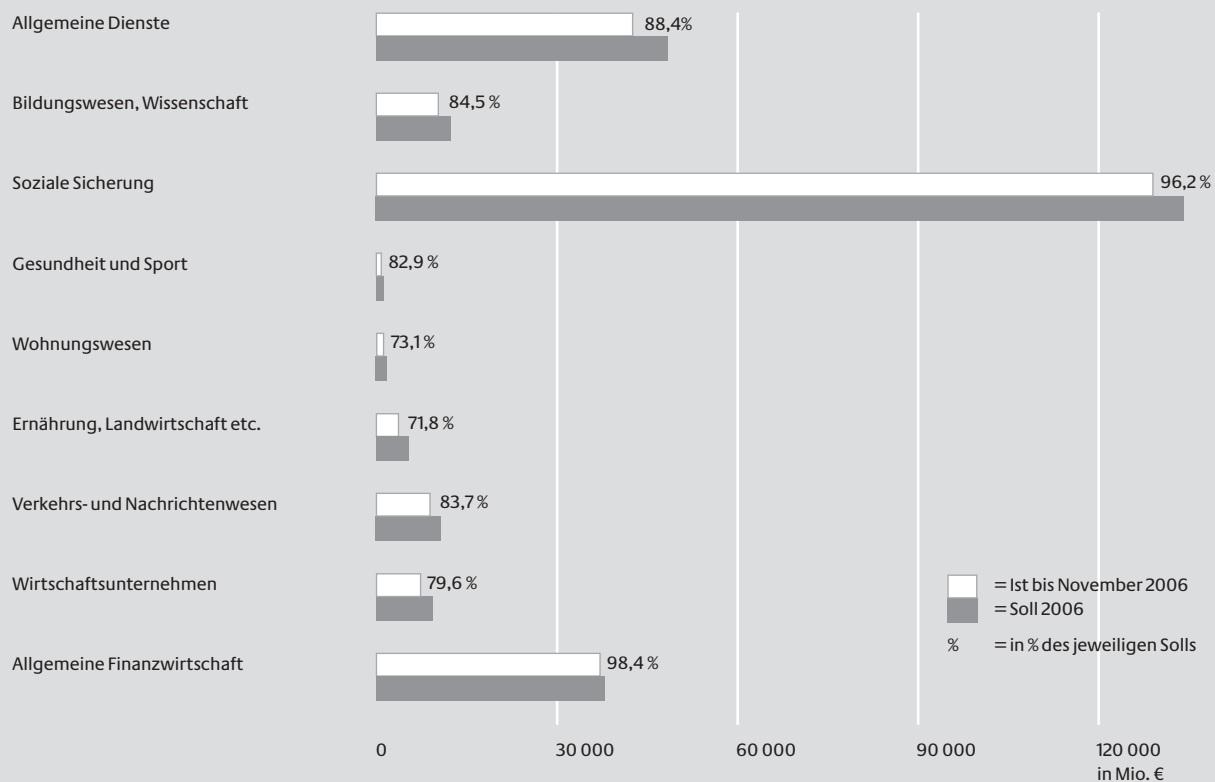
Aus der bisherigen Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben ergibt sich ein Finanzierungssaldo in Höhe von – 44,6 Mrd. €. Bei Bewertung des Finanzierungssaldos ist zu berücksichtigen, dass im Jahresverlauf die Einnahmen- und Ausgabenentwicklung nicht proportional nach Jahreszwölfteln verläuft. In der

Regel steigt der Saldo im Jahresverlauf bis November an, um dann mit den erfahrungsgemäß höheren Steuereinnahmen im Dezember eine erhebliche Reduzierung zu erfahren. Auf der Grundlage der November-Steuerschätzung, die infolge der deutlich günstigeren wirtschaftlichen Entwicklung Steuermehreinnahmen für den Bund von rd. 8,4 Mrd. € unterstellt, kann davon ausgegangen werden, dass die voraussichtliche Nettokreditaufnahme eine Größenordnung von 30 Mrd. € erreicht.

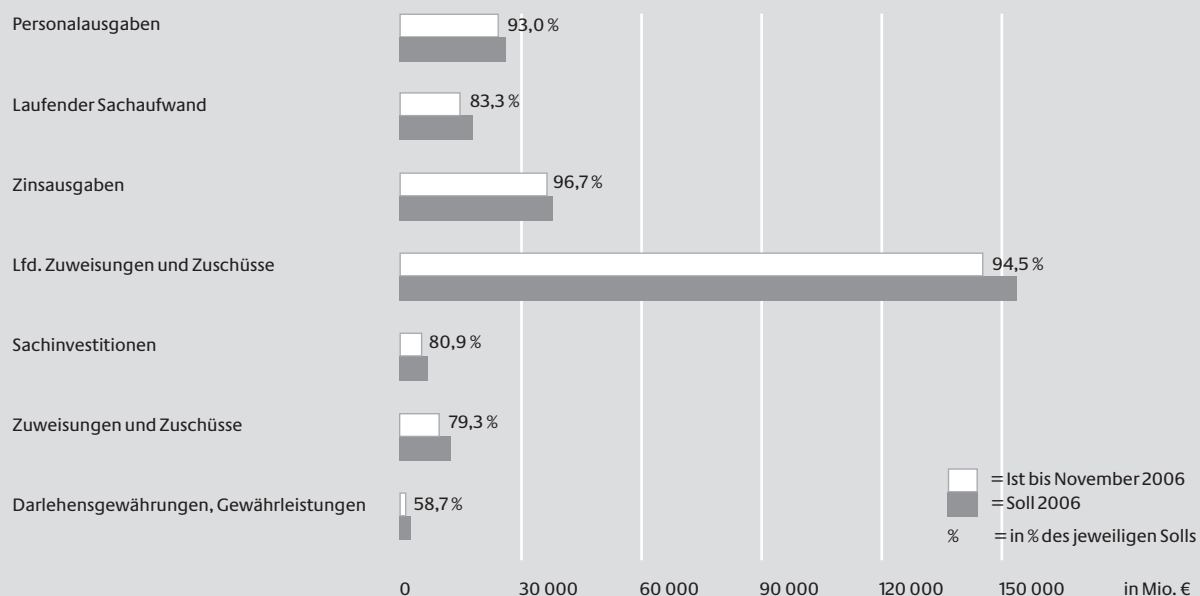
Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Ist 2005	Soll 2006	Ist-Entwicklung Januar bis November 2006		Ist-Entwicklung Januar bis November 2005		Veränderung ggü. Vorjahr
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	in %
Konsumtive Ausgaben	236 088	239 075	224 315	92,6	223 334	90,5	0,4
Personalausgaben	26 372	26 237	24 407	10,1	24 668	10,0	– 1,1
Aktivbezüge	19 891	19 819	18 300	7,6	18 484	7,5	– 1,0
Versorgung	6 481	6 418	6 107	2,5	6 183	2,5	– 1,2
Laufender Sachaufwand	17 712	17 990	14 985	6,2	14 608	5,9	2,6
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 596	1 474	1 195	0,5	1 280	0,5	– 6,6
Militärische Beschaffungen	7 992	8 426	6 682	2,8	6 245	2,5	7,0
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 124	8 090	7 108	2,9	7 083	2,9	0,4
Zinsausgaben	37 371	37 557	36 307	15,0	36 406	14,7	– 0,3
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse an Verwaltungen	154 274	156 896	148 247	61,2	147 312	59,7	0,6
an andere Bereiche	13 921	13 759	12 474	5,1	12 469	5,1	0,0
darunter:	140 353	143 137	135 965	56,1	134 970	54,7	0,7
Unternehmen	13 474	16 649	12 492	5,2	11 751	4,8	6,3
Renten, Unterstützungen u.a.	32 747	30 386	30 078	12,4	30 667	12,4	– 1,9
Sozialversicherungen	90 219	92 079	89 966	37,1	88 977	36,0	1,1
Sonstige Vermögensübertragungen	360	395	369	0,2	340	0,1	8,5
Investive Ausgaben	23 761	23 225	18 020	7,4	23 575	9,5	– 23,6
Finanzierungshilfen	16 516	16 280	12 399	5,1	17 852	7,2	– 30,5
Zuweisungen und Zuschüsse	12 617	12 679	10 053	4,1	9 788	4,0	2,7
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	3 340	3 013	1 770	0,7	7 508	3,0	– 76,4
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	559	588	576	0,2	556	0,2	3,6
Sachinvestitionen	7 246	6 945	5 621	2,3	5 723	2,3	– 1,8
Baumaßnahmen	5 779	5 487	4 567	1,9	4 643	1,9	– 1,6
Erwerb von beweglichen Sachen	961	922	640	0,3	688	0,3	– 7,0
Grunderwerb	506	536	414	0,2	391	0,2	5,9
Globalansätze	–	– 699	–	–	–	–	–
Ausgaben insgesamt	259 849	261 600	242 335	100,0	246 909	100,0	– 1,9

Die Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereichen/Hauptfunktionen Januar bis November 2006



Die Ausgaben des Bundes nach ausgewählten ökonomischen Arten Januar bis November 2006



Entwicklung der Einnahmen des Bundes

Einnahmeart	Ist 2005	Soll 2006	Ist-Entwicklung Januar bis November 2006		Ist-Entwicklung Januar bis November 2005		Verän- derung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
I. Steuern	190 149	193 995	171 530	86,8	158 365	81,6	8,3
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	146 608	151 369	136 097	68,8	124 260	64,1	9,5
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschließlich Zinsabschlag)	70 910	74 430	64 081	32,4	55 445	28,6	15,6
davon:							
Lohnsteuer	50 541	51 085	43 331	21,9	42 024	21,7	3,1
veranlagte Einkommensteuer	4 150	5 674	3 886	2,0	969	0,5	301,0
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	4 976	5 225	5 442	2,8	4 624	2,4	17,7
Zinsabschlag	3 076	3 121	3 101	1,6	2 810	1,4	10,4
Körperschaftsteuer	8 166	9 325	8 321	4,2	5 018	2,6	65,8
Steuern vom Umsatz	74 149	75 530	70 783	35,8	67 647	34,9	4,6
Gewerbesteuerumlage	1 549	1 409	1 233	0,6	1 168	0,6	5,6
Energiesteuer	40 101	39 350	31 295	15,8	30 842	15,9	1,5
Tabaksteuer	14 273	14 700	12 289	6,2	12 473	6,4	- 1,5
Solidaritätszuschlag	10 315	10 548	9 384	4,7	8 503	4,4	10,4
Versicherungsteuer	8 750	8 750	8 096	4,1	8 121	4,2	- 0,3
Stromsteuer	6 462	6 550	5 709	2,9	5 761	3,0	- 0,9
Branntweinabgaben	2 151	2 160	1 731	0,9	1 760	0,9	- 1,6
Kaffeesteuer	1 003	1 000	850	0,4	862	0,4	- 1,4
Ergänzungszuweisungen an Länder	- 14 581	- 14 677	- 11 082	- 5,6	- 10 939	- 5,6	1,3
BNE-Eigenmittel der EU	- 15 075	- 15 450	- 13 372	- 6,8	- 14 049	- 7,2	- 4,8
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	- 3 258	- 3 600	- 3 365	- 1,7	- 3 119	- 1,6	7,9
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	- 7 053	- 7 159	- 6 465	- 3,3	- 6 465	- 3,3	0,0
II. Sonstige Einnahmen	38 260	29 225	26 193	13,2	35 612	18,4	- 26,4
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	1 411	3 685	3 202	1,6	876	0,5	265,5
Zinseinnahmen	400	341	598	0,3	408	0,2	46,6
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	20 400	11 178	8 832	4,5	19 174	9,9	- 53,9
Einnahmen zusammen	228 409	223 220	197 722	100,0	193 976	100,0	1,9

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im November 2006

Auch im November verlief die Einnahmenentwicklung unverändert positiv. Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern) stiegen mit + 8,1 % jedoch nicht ganz so stark an wie im Vormonat (+ 9,7 %). Während die gemeinschaftlichen Steuern mit + 10,4 % kräftig zulegten, stagnierte das Aufkommen der Bundessteuern (+ 0,9 %). Die Ländersteuern übertrafen das Vorjahresergebnis um + 3,3 %.

Die kumulierte Veränderungsrate der Steuereinnahmen von Januar bis November 2006 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum liegt unverändert bei + 8,0 %.

Die Steuereinnahmen des Bundes (nach Bundesergänzungszuweisungen) stiegen im November um + 9,8 % gegenüber dem Vorjahr. Für den Zeitraum Januar bis November 2006 ergibt sich für den Bund ein Zuwachs von + 8,3 %. Die verbesserte Beschäftigungslage hat sich im November erneut positiv auf das Aufkommen aus der Lohnsteuer ausgewirkt und einen kräfti-

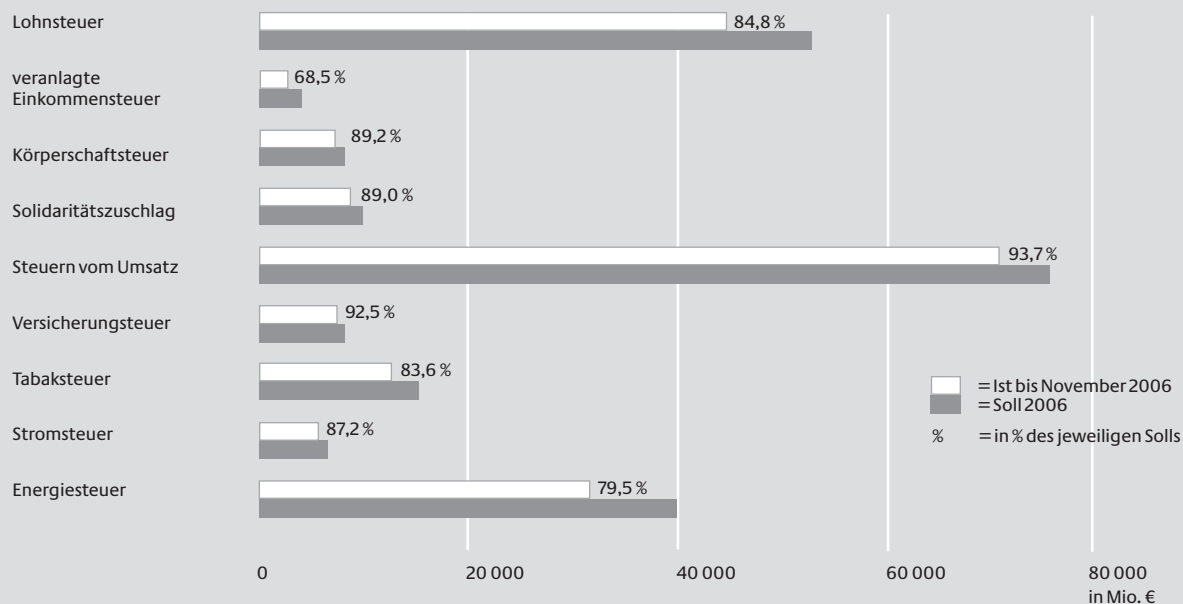
gen Zuwachs von + 5,2 % hervorgerufen. Unterstützt wurde diese Entwicklung von einem Rückgang des Kindergeldes (– 3,0 %). Auch die ausgezahlte „Riester“-Zulage war geringer als im Vorjahr (– 20 Mio. €), weil sich das Schwerkgewicht der Auszahlungen aufgrund der vereinfachten Antragstellung von der 2. in die 1. Jahreshälfte verlagert hat.

Die veranlagte Einkommensteuer konnte ihr Ergebnis im Vorjahresvergleich verbessern (+ 240 Mio. €), wobei knapp die Hälfte der Verbesserung auf geringere Abzüge (Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer und Eigenheimzulage) zurückzuführen ist.

Etwas schwächer als erwartet erwies sich im November die Aufkommensdynamik bei der Körperschaftsteuer. Sie stieg lediglich um knapp 100 Mio. €.

Unerwartet kräftig hingegen war der Zuwachs bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag. Deren Aufkommen belief sich auf mehr als das Vierfache des Vorjahreswertes, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, dass die Einnahmen in einem Bundesland im Vorjahr stark negativ waren. Auch beim Zinsabschlag setzte sich im November die seit einigen

Die Steuereinnahmen des Bundes (nach ausgewählten Arten) Januar bis November 2006



Monaten zu beobachtende Aufwärtstentwicklung mit +19,2 % weiter fort.

Bei den Steuern vom Umsatz erhöhte sich das Aufkommen der Einfuhrumsatzsteuer trotz gesunkener Ölpreise mit + 8,1 % deutlich. Dies ist auf die im Zuge der verbesserten Konjunkturlage steigenden Importe aus Nicht-EU-Staaten zurückzuführen. Aber auch die Umsatzsteuer legte + 6,0 % zu, wobei allerdings ein positiver Sondereffekt in einem Bundesland das Ergebnis etwas nach oben verzerrt hat. Zusammengekommen stieg das Aufkommen der Steuern vom Umsatz im November um + 6,5 %.

Die reinen Bundessteuern stagnierten im November (+ 0,9 %). Bei der Energiesteuer (früher: Mineralölsteuer) stieg das Aufkommen um + 5,6 %. Ursache waren kräftige Zuwächse bei der Energiesteuer auf Heizöl (+ 53,7 %) und Erdgas (+ 76,1 %).

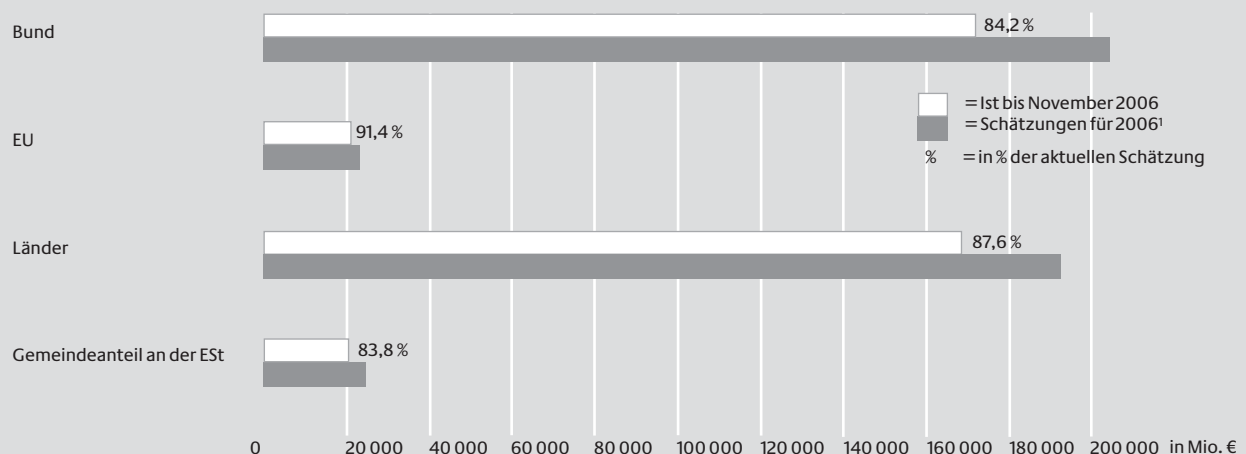
Das Tabaksteueraufkommen sank erneut kräftig (– 13,0 %). Trotz höherer Steuersätze liegt das kumulierte Aufkommen bis November

damit um – 1,5 % unter dem Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraums.

Die Stromsteuer erbrachte exakt das gleiche Aufkommen wie im Vorjahr. Ein leichter Zuwachs von + 1,0 % war bei der Versicherungsteuer zu verzeichnen. Die Einnahmen aus der Branntweinsteuer sanken hingegen um – 26,1 %. Der Solidaritätszuschlag profitierte wiederum von Zuwächsen bei allen Bemessungsgrundlagen. Das Aufkommen stieg um + 10,6 %. Das Aufkommen der reinen Ländersteuern erhöhte sich im November 2006 um + 3,3 %. Dabei hielt der Zuwachs bei der Grunderwerbsteuer an (+ 19,9 %), was seine Ursache vor allem in Vorzieheffekten aufgrund der anstehenden Mehrwertsteuererhöhung haben dürfte.

Bis auf die Biersteuer (+ 2,5 %) waren alle übrigen Ländersteuern rückläufig. Das Erbschaftsteueraufkommen sank um – 4,0 %, das Aufkommen der Kraftfahrzeugsteuer nahm um – 1,0 % ab und die Rennwett- und Lotteriesteuer büßte sogar – 9,5 % ein.

Steueraufkommen ohne Gemeindesteuern Januar bis November 2006



¹ Ergebnis AK „Steuerschätzungen“ (November 2006).

Entwicklung der Steuereinnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts im laufenden Jahr ohne Gemeindesteuern (vorläufige Ergebnisse)¹

2006	November	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis November	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2006 ⁴	Veränderung ggü. Vorjahr
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer ²	8 997	5,2	105 276	3,0	122 000	2,6
veranlagte Einkommensteuer	– 482	X	9 144	X	17 150	75,6
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	662	X	10 883	17,7	11 100	11,5
Zinsabschlag	568	19,2	7 047	10,4	7 500	7,3
Körperschaftsteuer	– 316	X	16 642	65,8	23 150	41,7
Steuern vom Umsatz	13 222	6,5	133 404	4,7	146 200	4,6
Gewerbesteuerumlage	309	– 4,0	2 938	6,0	3 689	2,9
erhöhte Gewerbesteuerumlage	196	16,0	2 415	21,0	3 053	16,0
Gemeinschaftliche Steuern insgesamt	23 155	10,4	287 749	9,7	333 842	8,4
Bundessteuern						
Energiesteuer	3 481	5,6	31 295	1,5	39 700	– 1,0
Tabaksteuer	979	– 13,0	12 289	– 1,5	14 200	– 0,5
Branntweinsteuer inkl. Alkopopsteuer	122	– 26,1	1 725	– 1,5	2 186	1,6
Versicherungsteuer	555	1,0	8 096	– 0,3	8 750	0,0
Stromsteuer	482	0,0	5 709	– 0,9	6 350	– 1,7
Solidaritätszuschlag	594	10,6	9 384	10,4	11 303	9,6
übrige Bundessteuern	112	– 3,3	1 220	– 0,5	1 434	– 1,5
Bundessteuern insgesamt	6 325	0,9	69 718	1,5	83 923	0,5
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	316	– 4,0	3 448	– 8,4	3 712	– 9,4
Grundwerbsteuer	541	19,9	5 580	29,6	5 870	22,5
Kraftfahrzeugsteuer	639	– 1,0	8 275	4,7	8 800	1,5
Rennwett- und Lotteriesteuer	139	– 9,5	1 633	– 1,9	1 725	– 4,8
Biersteuer	60	2,5	720	0,3	782	0,6
sonstige Ländersteuern	34	– 4,0	335	– 19,4	353	– 17,6
Ländersteuern insgesamt	1 728	3,3	19 990	6,5	21 242	3,2
EU-Eigenmittel						
Zölle	353	22,8	3 552	16,8	3 850	14,0
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	543	91,6	3 365	7,9	3 600	10,5
BNE-Eigenmittel	818	– 35,3	13 372	– 4,8	14 750	– 2,2
EU-Eigenmittel insgesamt	1 714	– 6,6	20 290	0,4	22 200	2,3
Bund³	14 365	9,8	170 497	8,3	202 425	6,4
Länder³	13 862	8,4	169 444	8,5	193 424	7,2
EU	1 714	– 6,6	20 290	0,4	22 200	2,3
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	1 620	8,7	20 778	8,8	24 808	7,7
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	31 561	8,1	381 010	8,0	442 857	6,6

¹ Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

² Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundeszentralamt für Steuern.

³ Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle „Einnahmen des Bundes“ ist methodisch bedingt (vgl. Fn. 1).

⁴ Ergebnis AK „Steuerschätzungen“ vom November 2006.

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Europäische Finanzmärkte

Die Renditen der europäischen Staatsanleihen sind im November leicht gefallen. Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe, die Ende Oktober bei 3,78 % lag, notierte Ende November bei 3,70 %. Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am EURIBOR – erhöhten sich von 3,56 % Ende Oktober auf 3,64 % Ende November. Die Europäische Zentralbank hat am 7. Dezember beschlossen, die Leitzinsen um 25 Basispunkte anzuheben. Mit Wirkung vom 13. Dezember liegt der Mindestbietungssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte bei 3,50 %, der Zinssatz für die Einlagefazilität bei 2,50 % und für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 4,50 %.

Die europäischen Aktienmärkte zeigten im November ein uneinheitliches Bild; der Deutsche Aktienindex stieg von 6269 auf 6309 Punkte, der 50 Spitzenwerte des Euroraums umfassende Euro Stoxx 50 sank von 4005 auf 3987 Punkte (Monatsendstände).

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 im Euro-Währungsgebiet lag im Oktober 2005 gegenüber dem Vormonat unverändert bei 8,5 %.

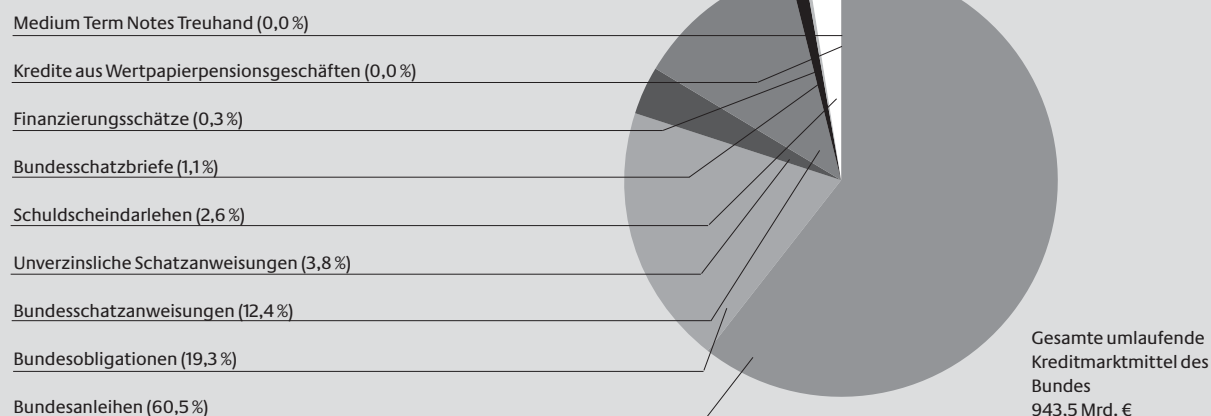
Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 im Euro-Währungsgebiet lag im Oktober 2005 gegenüber dem Vormonat unverändert bei 8,5 %.

Kreditaufnahme des Bundes bis November 2006 in Mio. €



Umlaufende Kreditmarktmittel des Bundes per 30. November 2006



Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresraten von M3 für den Zeitraum August bis Oktober 2006 erhöhte sich auf 8,4 %, verglichen mit 8,2 % des vorangegangenen Dreimonatszeitraumes (Referenzwert: 4,5 %).

Das jährliche Wachstum der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum ging von 12,2 % im September auf 12,0 % im Oktober zurück. Damit bleibt das Geldmengen- und Kreditwachstum weiterhin hoch. In Deutschland sank die vorgenannte Kreditwachstumsrate ebenfalls von 4,5 % im September auf 4,0 % im Oktober und damit stärker als im Euroraum.

Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes

Die Bruttokreditaufnahme des Bundes betrug bis einschließlich November 2006 210,9 Mrd. €. Davon wurden 207,0 Mrd. € im Rahmen des

angekündigten Emissionskalenders umgesetzt. Die übrige Kreditaufnahme wurde durch Marktpflegeoperationen, im Privatkundengeschäft des Bundes, über Schuldscheindarlehen sowie für den Bund mit einer inflationsindexierten Anleihe über 9,0 Mrd. € realisiert.

Gegenüber dem Stand per 31. Dezember 2005 haben sich die umlaufenden Kreditmarktmittel des Bundes einschließlich der Bestände an eigenen Wertpapieren bis zum 30. November 2006 um 5,4 % auf 943,5 Mrd. € erhöht.

Der Bund beabsichtigt, im 4. Quartal 2006 zur Finanzierung des Bundeshaushalts die in der Tabelle „Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2006“ dargestellten Emissionen im Gesamtbetrag von ca. 47 Mrd. € zu begeben.

Änderungen des Emissionskalenders können sich je nach Liquiditätssituation des Bundes oder der Kapitalmarktsituation ergeben.

Tilgungen und Zinszahlungen des Bundes¹ und seiner Sondervermögen im 4. Quartal 2006 (in Mrd. €)

Tilgungen

Kreditart	Oktober	November	Dezember	Gesamtsumme 4. Quartal
Anleihen (Bund und Sondervermögen)	–	–	–	–
Bundesobligationen	–	–	–	–
Bundesschatzanweisungen	–	–	14,0	14,0
Unverzinsliche Schatzanweisungen	5,9	5,9	5,9	17,7
Bundesschatzbriefe	0,0	0,2	0,1	0,4
Finanzierungsschätze	0,1	0,1	0,1	0,3
Fundierungsschuldverschreibungen	0,0	–	–	0,0
MTN der Treuhandanstalt	0,0	0,0	–	0,1
Schuldscheindarlehen (Bund und Sondervermögen)	0,4	0,6	0,4	1,5
Gesamtes Tilgungsvolumen Bund und Sondervermögen	6,5	6,9	20,6	34,0

Zinszahlungen

	Oktober	November	Dezember	Gesamtsumme 4. Quartal
Zinszahlungen	2,0	0,3	1,0	3,3

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹ Einschl. der seit 1999 in die Bundesschuld eingegliederten ehemaligen Sondervermögen Erblastentilgungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen und Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleeinsatzes sowie des ab 2005 eingegliederten Fonds Deutsche Einheit und der Ausgleichsfonds nach dem Lastenausgleichsgesetz.

Die Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen (Entschädigungsfonds und ERP) belaufen sich im 4. Quartal 2006 auf rund 34,0 Mrd. €. Die Zinszahlungen des Bundes und

seiner Sondervermögen (Entschädigungsfonds und ERP) belaufen sich im 4. Quartal 2006 auf rund 3,3 Mrd. €.

Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2006

Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137156 WKN 113 715	Aufstockung	11. Oktober 2006	2 Jahre fällig 12. September 2008 Zinslaufbeginn: 12. September 2006 erster Zinstermin: 12. September 2007	6 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141497 WKN 114 149	Aufstockung	25. Oktober 2006	5 Jahre fällig 14. Oktober 2011 Zinslaufbeginn: 29. September 2006 erster Zinstermin: 14. Oktober 2007	5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135317 WKN 113 531	Neuemission	15. November 2006	10 Jahre fällig 4. Januar 2017 Zinslaufbeginn: 17. November 2006 erster Zinstermin: 4. Januar 2008	7 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141497 WKN 114 149	Aufstockung	29. November 2006	5 Jahre fällig 14. Oktober 2011 Zinslaufbeginn: 29. September 2006 erster Zinstermin: 14. Oktober 2007	4 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137164 WKN 113 716	Neuemission	13. Dezember 2006	2 Jahre fällig 12. Dezember 2008 Zinslaufbeginn: 12. Dezember 2006 erster Zinstermin: 12. Dezember 2007	ca. 7 Mrd. €
4. Quartal 2006 insgesamt				ca. 29 Mrd. €

Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001114965 WKN 111 496	Neuemission	16. Oktober 2006	6 Monate fällig 18. April 2007	6 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001114973 WKN 111 497	Neuemission	13. November 2006	6 Monate fällig 16. Mai 2007	6 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001114981 WKN 111 498	Neuemission	11. Dezember 2006	6 Monate fällig 13. Juni 2007	ca. 6 Mrd. €
4. Quartal 2006 insgesamt				ca. 18 Mrd. €

¹ Volumen einschließlich Marktpflegequote.

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Sehr hohe Erwartungen beim Einstieg ins 4. Quartal nicht voll erfüllt.
- Steuereinnahmen, Arbeitsmarktdaten sowie Stimmungsindikatoren lassen aber vermuten, dass Dynamik sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland kräftig bleibt.
- Trotz bevorstehender Umsatzsteuererhöhung sind keine verstärkten Preissteigerungen auf Verbraucherebene zu beobachten.

Mit einem Zuwachs von 0,6 % hat das Bruttoinlandsprodukt im vergangenen Vierteljahr zwar etwas weniger kräftig als im 1. Halbjahr zugelegt, aber die Wachstumsimpulse kamen weiterhin verstärkt aus dem Inland. So stiegen die Privaten Konsumausgaben mit 0,7 % überraschend deutlich, nachdem die dazu vorliegenden Indikatoren auf eine eher moderate Entwicklung hingedeutet hatten. Auch die Ausrüstungs- und Bauinvestitionen nahmen mit 0,7 % und 0,8 % spürbar zu. Insgesamt unterzeichnet der rechnerische Wachstumsbeitrag der inländischen Verwendung von 0,2 Prozentpunkten damit die Dynamik, da die Vorratsveränderungen mit – 0,5 Prozentpunkten einen großen gegenläufigen Effekt ausübten. Neben diesen Komponenten der inländischen Verwendung trug im vergangenen Quartal auch der Außenbeitrag wieder deutlich (+ 0,4 Prozentpunkte) zum Zuwachs des Bruttoinlandsproduktes bei. Damit konnte die deutsche Wirtschaft das hohe Niveau des 1. Halbjahres insgesamt nochmals steigern. Nach dieser außerordentlichen Dynamik im 1. Dreivierteljahr fiel der Einstieg ins 4. Quartal etwas ungünstiger als erwartet aus. Allerdings liegen derzeit für die meisten Konjunkturindikatoren lediglich Daten bis Oktober vor, so dass sich daraus noch nicht ableiten lässt, ob dies möglicherweise auf eine geringere Dynamik als im 3. Quartal hindeutet. Angesichts der in der Tendenz aber weiterhin günstigen Entwicklung von harten Daten sowie Stimmungsindikatoren und insbesondere aufgrund

der vom Statistischen Bundesamt mit der letzten Veröffentlichung vorgenommenen Aufwärtsrevisionen für das 1. Halbjahr ist die in der Herbstprojektion der Bundesregierung unterstellte Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts für den Jahresdurchschnitt 2006 von 2,3 % nach unten abgesichert. So wurden in den jüngsten Prognosen der Wirtschaftsinstitute die Wachstumserwartungen für 2006 nach oben gesetzt (Internationaler Währungsfonds, ifo-Institut München und Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung Essen: + 2,5 %; Institut für Weltwirtschaft Kiel: + 2,6 %).

Für den November signalisieren die Steuereinnahmen eine Fortsetzung des Aufwärtstrends der wirtschaftlichen Entwicklung, insbesondere getragen von der günstigen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. So sind die Lohnsteuereinnahmen mit einem Plus von 5,2 % erneut kräftig gegenüber dem Vorjahr gestiegen, wenngleich auch Sondereffekte wie im Vergleich zum Vorjahresmonat geringere Kindergeldzahlungen und verminderte Auszahlungen der Riesterzulage zu diesem Anstieg beitrugen. Die zunehmende Beschäftigung stimuliert auch die Konsumausgaben der privaten Haushalte bzw. erhöht die Wahrscheinlichkeit verstärkter Vorzieheffekte. Dies legen zumindest die ebenfalls erneut, dieses Mal aber außerordentlich spürbar gestiegenen Umsatzsteuereinnahmen (+ 6,0 %) nahe, auch wenn hier ebenfalls ein Sondereffekt in einem Bundesland das Ergebnis etwas nach oben verzerrt.

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

Gesamtwirtschaft/ Einkommen	2005 Mrd. €	ggü. Vorj. %	Veränderung in % gegenüber					
			Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahresperiode		
			1.Q.06	2.Q.06	3.Q.06	1.Q.06	2.Q.06	3.Q.06
Bruttoinlandsprodukt								
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	2 129	+ 0,9	+ 0,8	+ 1,1	+ 0,6	+ 3,2	+ 1,3	+ 2,3
jeweilige Preise	2 241	+ 1,5	+ 0,7	+ 1,1	+ 1,0	+ 3,4	+ 1,6	+ 2,8
Einkommen								
Volkseinkommen	1 675	+ 1,5	+ 2,2	- 0,3	+ 1,4	+ 3,8	+ 1,3	+ 3,2
Arbeitnehmerentgelte	1 129	- 0,7	+ 0,8	+ 0,7	- 0,0	+ 0,2	+ 1,1	+ 1,5
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	546	+ 6,2	+ 4,9	- 2,2	+ 4,3	+ 10,9	+ 1,8	+ 6,3
Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte	1 460	+ 1,7	+ 1,0	+ 0,0	+ 0,4	+ 2,8	+ 1,3	+ 1,3
Bruttolöhne und -gehälter	911	- 0,3	+ 0,7	+ 0,9	- 0,1	+ 0,2	+ 1,4	+ 1,5
Sparen der privaten Haushalte	157	+ 3,3	- 0,5	+ 1,0	- 1,9	+ 1,9	+ 1,5	+ 0,0
Außenhandel/ Umsätze/ Produktion/ Auftragseingänge	2005 Mrd. € bzw. Index	ggü. Vorj. %	Veränderung in % gegenüber					
			Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahresperiode		
					Zwei- monats- durch- schnitt			Zwei- monats- durch- schnitt
			Sep 06	Okt 06		Sep 06	Okt 06	
in jeweiligen Preisen								
Außenhandel (Mrd. €)								
Waren-Exporte	786	+ 7,5	+ 6,5	+ 2,6	+ 8,1	+ 14,5	+ 22,6	+ 18,5
Waren-Importe	628	+ 9,1	+ 3,6	- 0,2	+ 3,4	+ 17,0	+ 17,6	+ 17,3
Umsätze im Produzierenden Gewerbe								
Industrie (Index 2000 = 100) ^{1,2}	110,2	+ 4,4	- 0,1	+ 0,3	+ 0,8	+ 8,0	+ 8,0	+ 8,0
Inland ^{1,2}	101,8	+ 2,5	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,7	+ 6,7	+ 6,4	+ 6,5
Ausland ^{1,2}	123,6	+ 7,0	- 0,5	+ 0,4	+ 0,9	+ 9,6	+ 10,0	+ 9,8
Bauhauptgewerbe (Mrd. €)	74	- 5,7	+ 2,5	-	+ 4,5	+ 4,8	-	+ 6,3
in konstanten Preisen von 2000								
Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2000 = 100)¹								
Industrie ^{1,2}	103,7	+ 2,8	- 0,6	- 1,4	- 0,6	+ 5,9	+ 3,2	+ 4,6
Industrie ^{1,2}	106,3	+ 3,7	- 0,4	- 1,2	- 0,2	+ 6,2	+ 3,7	+ 4,9
Bauhauptgewerbe ¹	76,1	- 5,6	- 0,7	- 2,3	- 1,8	+ 8,8	+ 3,7	+ 6,2
Auftragseingang (Index 2000 = 100)								
Industrie ^{1,2}	108,7	+ 5,3	- 3,0	- 1,1	- 1,8	+ 9,0	+ 6,2	+ 7,6
Inland ^{1,2}	98,2	+ 2,0	+ 1,1	- 2,6	+ 1,3	+ 10,5	+ 6,6	+ 8,5
Ausland ^{1,2}	121,7	+ 8,8	- 6,8	+ 0,6	- 4,6	+ 7,5	+ 5,9	+ 6,7
Bauhauptgewerbe ¹	72,5	- 2,7	- 3,5	-	- 1,1	- 1,7	-	- 1,3
Umsätze im Handel (Index 2003 = 100)								
Einzelhandel								
(mit Kfz. und Tankstellen)	102,1	+ 0,9	- 0,8	- 0,3	- 0,4	+ 0,0	+ 3,3	+ 1,7
Großhandel (ohne Kfz.)	106,4	+ 2,7	+ 0,4	- 0,1	+ 0,6	+ 1,3	+ 5,3	+ 3,3
Arbeitsmarkt	2005 Personen Mio.	ggü. Vorj. %	Veränderung in Tsd. gegenüber					
			Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahresperiode		
			Sep 06	Okt 06	Nov 06	Sep 06	Okt 06	Nov 06
Erwerbstätige, Inland	38,82	- 0,1	+ 25	+ 26	-	+ 334	+ 346	-
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	4,86	+ 10,9	- 29	- 73	- 86	- 409	- 471	- 536
Preisindizes	2005 Index	ggü. Vorj. %	Veränderung in % gegenüber					
2000 = 100			Vorperiode			Vorjahresperiode		
			Sep 06	Okt 06	Nov 06	Sep 06	Okt 06	Nov 06
Importpreise	101,4	+ 4,3	- 1,3	- 0,3	-	+ 3,7	+ 3,0	-
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	110,7	+ 4,6	- 0,3	+ 0,3	+ 0,0	+ 5,1	+ 4,6	+ 4,7
Verbraucherpreise	108,3	+ 2,0	- 0,4	+ 0,1	- 0,1	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,5
ifo-Geschäftsklima	saisonbereinigte Salden							
Verarbeitendes Gewerbe Deutschland (ohne Nahrungs- und Genussmittelindustrie)	Apr 06	Mai 06	Jun 06	Jul 06	Aug 06	Sep 06	Okt 06	Nov 06
Klima	+ 22,5	+ 20,5	+ 24,1	+ 20,9	+ 21,5	+ 20,5	+ 22,5	+ 23,1
Geschäftslage	+ 26,4	+ 26,2	+ 30,8	+ 30,3	+ 31,1	+ 36,3	+ 36,5	+ 39,0
Geschäftserwartungen	+ 18,6	+ 15,1	+ 17,6	+ 11,8	+ 12,4	+ 5,7	+ 9,3	+ 8,3

¹ Veränderungen gegenüber Vorjahr aus saisonbereinigten Zahlen berechnet.

² Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut.

Neben der Umsatzsteuer ist im November auch die Einfuhrumsatzsteuer trotz geringerer Ölpreise als im Vorjahresmonat nochmals kräftig angestiegen (+ 8,1 %), was auf eine auch im 4. Quartal anhaltende Importdynamik aus Ländern außerhalb der EU hindeutet. Zwar hatten die Warenimporte insgesamt im Oktober wertmäßig leicht nachgelassen, im Zweimonatsdurchschnitt kam es aber zu einer Zunahme um 3,4 %. Angesichts der Aussichten einer sich weiter verbessernden Inlandsnachfrage dürften die Einfuhren in den nächsten Monaten weiter zunehmen. Die deutliche Zunahme der Exportdynamik zu Beginn des 4. Quartals – im Zweimonatsdurchschnitt war ein merklicher Anstieg um 8,1 % zu verzeichnen – dürfte ebenfalls in den kommenden Monaten anhalten. Zwar hat sich die Entwicklung der Auslandsnachfrage etwas abgeflacht, aber sie befindet sich immer noch auf einem sehr hohen Niveau. Dies, die hohe Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen sowie ihre positiven Exporterwartungen sprechen für einen weiterhin starken Absatz deutscher Produkte auch im Ausland.

Die geringere Einfuhrtätigkeit im Oktober könnte auch auf die deutlich rückläufige Industrieproduktion (– 1,2 %) zurückzuführen gewesen sein, wobei allerdings das Ausmaß des Produktionsrückgangs im Zweimonatsvergleich mit 0,2 % noch vergleichsweise moderat ausfiel. Die rückläufige Industrieproduktion resultierte aus Produktionseinschränkungen bei Konsumgütern und Vorleistungsgütern, während die Herstellung von Investitionsgütern nahezu stagnierte. Das Umsatzvolumen in der Industrie legte demgegenüber leicht zu (+ 0,4 % im September/Oktober gegenüber Juli/August), wobei die Zunahme im Ausland geringfügig stärker als im Inland war (+ 0,5 % gegenüber + 0,3 %). Erfreulich an der Entwicklung der Inlandsumsätze ist der überdurchschnittliche Anstieg bei den Konsumgüterproduzenten (+ 0,7 %), während die Zuwächse bei den Vorleistungsgüterproduzenten (+ 0,2 %) und den Investitionsgüterproduzenten (+ 0,1 %) nur unterdurchschnittlich ausfielen. Beim Auftragseingang in der Industrie kam es im Zweimonatsdurchschnitt zu einer Abschwächung (– 1,8 % gegenüber der Vorperiode). Diese resultierte allerdings allein aus einem Rückgang der Auslandsnachfrage

(– 4,6 %), wofür die starke Abnahme der zuvor durch außerordentlich kräftige Großaufträge begünstigten Order für Investitionsgüter verantwortlich war (– 8,4 %). Demgegenüber stiegen die inländischen Bestellungen für Konsum- und Investitionsgüter kräftig und für Vorleistungsgüter vergleichsweise deutlich an (+ 2,1 %, + 1,6 % und 0,7 %). Die hohen Auftragsbestände in der Industrie lassen damit in den nächsten Monaten wieder merkliche Produktionssteigerungen erwarten.

Im Bauhauptgewerbe ging die Produktion um 1,8 % und damit deutlich stärker als in der Industrie zurück. Aber auch hier ist die Auftragslage günstig und lässt eine Ausweitung der Produktion zum Jahresende hin erwarten.

Des Weiteren könnte der Produktionsrückgang sowohl in der Industrie als auch im Bauwesen dadurch überzeichnet sein, dass in diesem Jahr der Tag der Deutschen Einheit auf einen Dienstag fiel. Damit ist möglicherweise ein Teil der Produktionsausfälle durch den Brückentag am Montag, der bei der Kalenderbereinigung nicht berücksichtigt wird, zu erklären. Die Rückgänge sowohl der Produktion als auch der Auftragseingänge sind insgesamt – vor dem Hintergrund der vorangegangenen Steigerungen – als Normalisierung zu werten. Die erreichten Produktionsniveaus und Auftragsbestände sind noch beachtlich. Die in der Tendenz außerordentlich günstige Lage sowie die wieder aufgehellten Geschäftserwartungen des Verarbeitenden Gewerbes und des Baugewerbes zeigen sich auch im verbesserten ifo-Geschäftsklima.

Die Gesamtlage der Indikatoren deutet damit auf eine weitere Verbesserung der Inlandsnachfrage hin. Dies spiegelte sich bis Oktober allerdings noch nicht in der Entwicklung der Einzelhandelsumsätze wider, die ein wichtiger Indikator für den privaten Konsum sind. So sind die preisbereinigten Einzelhandelsumsätze einschließlich Kfz und Tankstellen im Zweimonatsvergleich um 0,4 % gesunken. Da der Rückgang ohne Kfz und Tankstellen mit 1,4 % deutlich stärker ausfiel, scheinen sich insbesondere beim Pkw-Kauf Vorzieheffekte zu zeigen, die aber die rückläufige Entwicklung des Umsatzes anderer Güter nicht kompensieren konnten. Allerdings hat sich in den letzten Monaten gezeigt, dass aus der Entwicklung der Einzelhandelsumsätze –

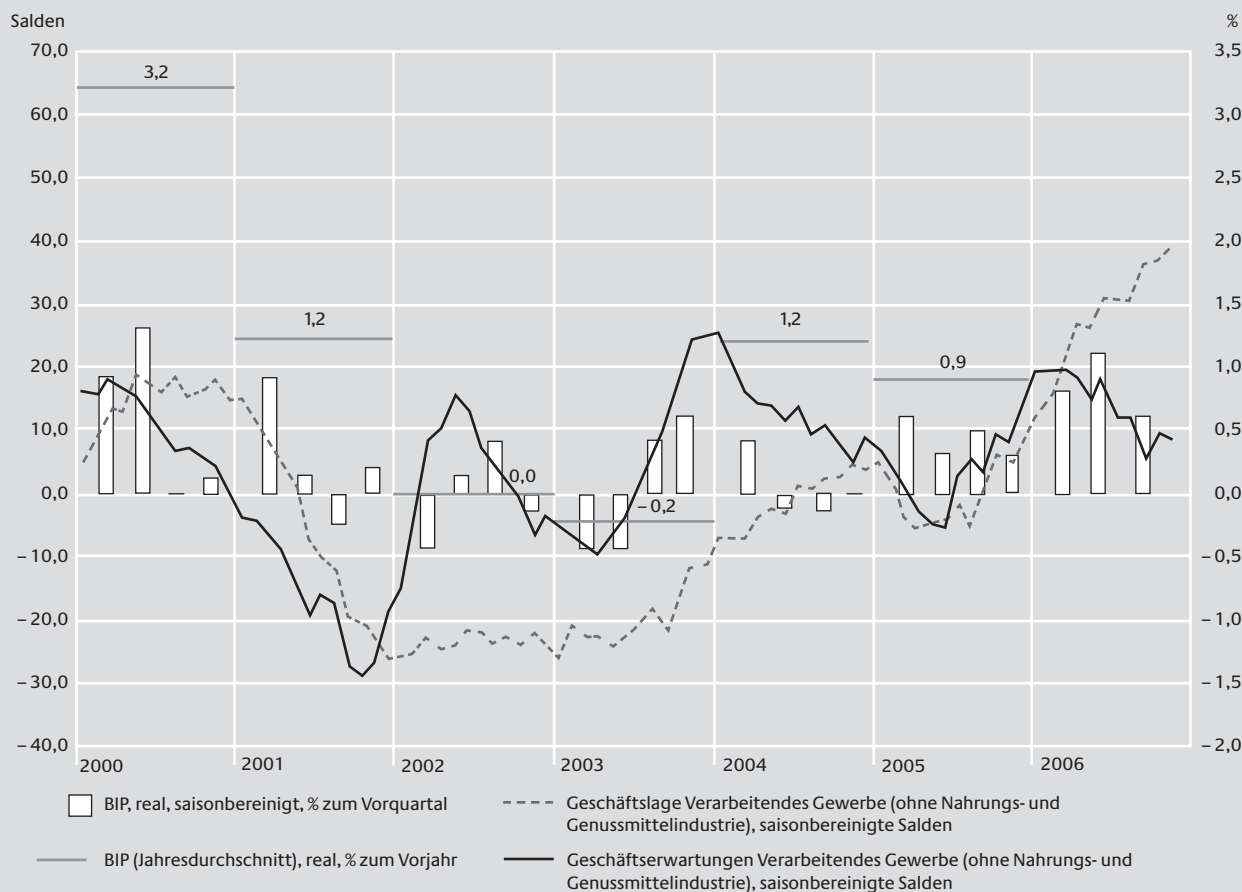
zumal sie unverändert sehr revisionsanfällig sind – kaum auf die Entwicklung der Privaten Konsumausgaben geschlossen werden kann, so dass hier weiterhin eine große Unsicherheit bleibt. Die positive Entwicklung der Beschäftigung sowie Weihnachtsgeldzahlungen dürften auf jeden Fall zu Einkommensverbesserungen geführt haben und könnten damit dem Weihnachtsgeschäft noch Auftrieb geben. Für eine günstige Entwicklung spricht darüber hinaus, dass sich die Stimmung der Verbraucher – gemessen an der höheren Anschaffungsneigung und der Zunahme der Einkommenserwartungen im GfK-Konsumklima – weiter aufgeheitert hat und die Einzelhändler gemäß ifo-Geschäftsklima-index die gegenwärtige Situation in der Tendenz deutlich besser bewerten als in den vergangenen Monaten.

Die Erwartungen an eine weitere Belebung des privaten Konsums lassen sich insbesondere mit den anhaltenden Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt begründen, die sich bis in den

November – im Wesentlichen aufgrund der guten Konjunkturlage – fortgesetzt haben. Darüber hinaus dürften sich zuletzt aber auch das milde Wetter sowie die intensivere Betreuung und die systematische Überprüfung des Bewerberstatus von Arbeitslosen positiv niedergeschlagen haben, so dass die registrierte Arbeitslosigkeit im November erstmals seit Oktober 2002 wieder unter der Vier-Millionen-Grenze lag (3,995 Mio. Personen, 536 000 weniger als vor einem Jahr). Seit Jahresbeginn nahm die Arbeitslosigkeit saisonbereinigt um kumuliert 473 000 Personen ab. Allein im November verringerte sie sich im Vergleich zum Vormonat um 86 000 Personen, nachdem sie bereits von Juni bis September um monatsdurchschnittlich 46 000 zurückgegangen war. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote ging zuletzt um 0,2 Prozentpunkte auf 10,2 % zurück.

Die Zahl der Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland (Inlandskonzept) erhöhte sich saisonbereinigt im Oktober gegenüber dem

BIP-Wachstum und ifo-Geschäftsklima



Vormonat um 26 000 Personen. Von Januar bis Oktober stieg sie damit kumuliert um 352 000 Personen an. Erfreulich an der Zunahme der Erwerbstätigkeit ist, dass diese auf eine deutliche Erhöhung der saisonbereinigten sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung – mittlerweile in allen Bundesländern – zurückzuführen ist (September gegenüber Vormonat: + 17 000 Personen, gegenüber Vorjahr: + 317 000 Personen). Nach Branchen gab es allerdings noch Beschäftigungsverluste vor allem im Kredit- und Versicherungsgewerbe (– 1,0 %). Im Verarbeitenden Gewerbe hat sich der Arbeitskräfteabbau jedoch weiter verlangsamt (– 0,3 %), und im Baugewerbe scheint er beendet zu sein. Die aufwärts gerichtete Entwicklungstendenz der Inlandaufträge sowie die wachsende Nachfrage nach Arbeitskräften lassen erwarten, dass die Unternehmen auch über dieses Jahr hinaus zunehmend Beschäftigung aufbauen werden.

Neben den Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt dürfte auch das hohe Maß an Preisniveaustabilität den privaten Konsum im 4. Quartal positiv beeinflussen. Denn bislang lässt sich zumindest im allgemeinen Preisniveau, gemessen am Verbraucherpreisindex, noch keine außergewöhnliche Teuerung erkennen, die auf ein Vorziehen von Preiserhöhungen im Vorfeld der Umsatzsteuersatzerhöhung im Januar schließen ließe. Der Verbraucherpreisindex ist im November um 0,1 % gegenüber dem Vormonat zurückgegangen und um 1,5 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Dies ist vor allem auf eine günstigere Entwicklung der Preise für Mineralölprodukte sowohl im Vormonats- als

auch im Vorjahresvergleich zurückzuführen. Ohne Mineralölzeugnisse hätte die Jahresteuerrate somit etwas höher gelegen (+ 1,7 %). Für den Anstieg des gesamten Verbraucherpreisindex waren weiterhin steigende Preise für andere Haushaltsenergien (Gas + 14,8 %, Umlagen für Zentralheizung und Fernwärme + 8,1 %, Strom + 4,0 %, jeweils gegenüber Vorjahr) sowie für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke (+ 3,0 % gegenüber Vorjahr) verantwortlich.

Insgesamt zeichnet sich auch auf den anderen Stufen ein schwächerer Preisanstieg als in den vorangegangenen Monaten ab. So ist der Importpreisindex im Oktober um 0,3 % gegenüber dem Vormonat gesunken. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhte er sich um 3,0 %, nach + 5,5 % und + 3,7 % im August und September. Die anhaltende Verteuerung der Nichteisenmetalle und deren Halbzeug um 49,0 % gegenüber Oktober 2005 ist nach wie vor die wesentliche Ursache für den Anstieg der Einfuhrpreise im Vorjahresvergleich. Die Energiepreise hatten dagegen einen senkenden Einfluss auf die Jahresteuerrate, so dass die Jahresteuerrate der Importe ohne Erdöl und Mineralölzeugnisse etwas höher (bei 4,0 %) lag. Der Erzeugerpreisindex blieb im November auf dem Niveau des Vormonats, während er gegenüber dem Vorjahr um 4,7 % stieg. Den rückläufigen Preisen für Mineralölprodukte standen weiterhin deutlich höhere Preise für Strom und Erdgas sowie eine Reihe von Vorleistungsgütern gegenüber. Ohne Energie stiegen die Erzeugerpreise um 2,9 % gegenüber Vorjahr.

Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

Rückblick auf den ECOFIN-Rat am 28. November 2006 in Brüssel

Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes

Der ECOFIN-Rat hat sich mit der Haushaltslage Polens befasst. Das auf Grundlage der polnischen Haushaltsplanung für das Jahr 2007 erwartete gesamtstaatliche Defizit von 3,7 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) weicht vom avisierten Konsolidierungspfad ab. Aufgrund einer Empfehlung der Kommission hat der ECOFIN-Rat gem. Art. 104 Abs. 8 EG-Vertrag festgestellt, dass Polen bislang keine wirksamen Maßnahmen zum Abbau seines übermäßigen Defizits ergriffen hat.

Wirtschaftsreformen

Multilaterale Überwachung im Rahmen von Lissabon

Der Wirtschaftspolitische Ausschuss (WPA) hat auf Basis nationaler Reformprogramme einen Bericht erstellt, der die bisherigen Fortschritte bei der Umsetzung der Lissabon-Strategie zur Stärkung des Wirtschaftsraums Europa beschreibt. In den Schlussfolgerungen des Rates werden die Reformfortschritte in den analysierten Bereichen Innovation, Arbeitsmarkt, Energie und bessere Rechtsetzung als ermutigend gewürdigt. Gleichwohl müssen die günstigen konjunkturellen Entwicklungen genutzt und die Anstrengungen intensiviert werden. Im Hinblick auf das Reformtempo dürfen die Mitgliedstaaten nicht nachlassen.

Globalisierung: Globaler Fluss von Produktionsfaktoren

Im Dezember 2005 hatte der ECOFIN-Rat den WPA damit beauftragt, Bedeutung und Implikationen der internationalen Faktormobilität für die Wirtschaftspolitik zu ergründen. Der ECOFIN-Rat fordert die Mitgliedstaaten in Schlussfolgerungen dazu auf, gezielt die Attraktivität der Union als Investitionsstandort zu fördern

und den Zuzug hoch qualifizierter ausländischer Arbeitnehmer zu erleichtern.



Verringerung des statistischen Verwaltungsaufwands

Dem ECOFIN-Rat lagen Vorschläge zur Verringerung des statistischen Verwaltungsaufwands vor. So werden beispielsweise der Abbau von Statistiken über den Handel zwischen Mitgliedstaaten, weniger statistische Berichtspflichten für Unternehmen und die Durchführung systematischer Kosten-Nutzen-Analysen angestrebt. In seinen Schlussfolgerungen fordert der ECOFIN-Rat die Kommission auf, über ihre weiteren Maßnahmen zu berichten und bis Oktober 2007 einen Fortschrittsbericht über die Maßnahmenumsetzung zur Verringerung des statistischen Verwaltungsaufwands vorzulegen.

Europäische Investitionsbank

Vorschlag für einen Beschluss des Rates über eine Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus Darlehen für Vorhaben außerhalb der Gemeinschaft (EIB-Außenmandat)

Das Außenmandat der Europäischen Investitionsbank (EIB) läuft zum Jahresende aus. Nach intensiver Befassung im Rat verständigten sich die Mitgliedstaaten für den anstehenden Förderzeitraum 2007 bis 2013 auf ein Volumen von 27,8 Mrd. € sowie auf die regionale Verteilung der Mittel (Beitrittskandidaten 8,7 Mrd. €; Mittelmeerränder 8,7 Mrd. €; osteuropäische Drittstaaten 3,7 Mrd. €; Asien und Lateinamerika insgesamt 3,8 Mrd. €; Südafrika 900 Mio. €). Nach dem positiven Votum des Rates steht noch die

Beratung und Stellungnahme des Europäischen Parlaments aus, damit das neue Mandat noch in diesem Jahr endgültig angenommen werden kann.

Investitions- und Partnerschaftsfazilität Europa-Mittelmeer (FEMIP)

FEMIP („Facility for European-Mediterranean Investment and Partnership“) ist das Finanzierungsprogramm der EIB für die südlichen Mittelmeeranrainer und soll den dortigen Reformprozess insbesondere im Privatsektor durch die Bereitstellung von Kreditmitteln unterstützen. Das Programm gehört zum Außenmandat der EIB und wurde 2002 als Antwort auf südeuropäische Forderungen nach Gründung einer Mittelmeerbank aufgelegt. Auf der Grundlage einer Kommissions-Programmevaluierung zu Verbesserungsmöglichkeiten bei FEMIP nahm der ECOFIN-Rat Schlussfolgerungen an, wonach insbesondere die Bereitstellung von Risikokapital für kleine und mittelständische Unternehmen und die Zusammenarbeit zwischen den Partnerländern und der EIB gestärkt werden soll.



Finanzdienstleistungen

Richtlinie über Zahlungsdienste im Binnenmarkt

Dem Rat lag der Kommissionsentwurf einer Richtlinie vor, die einen einheitlichen Rechtsrahmen für den Zahlungsverkehr im Binnenmarkt ermöglichen soll. Mit dieser Richtlinie würden weitere Schritte in Richtung eines gemeinsamen Europäischen Zahlungsraums („Single Euro Payment Area“ – SEPA) unternommen und Kreditinstitute befähigt, entsprechende Serviceleistungen anzubieten. Der Rat nahm den Fortschrittsbericht der finnischen Präsidentschaft zur Kenntnis und verabschiedete Schlussfolgerungen, die eine zügige Fortsetzung der Arbeiten unter deutschem Ratsvorsitz im 1. Halbjahr 2007 vorsehen, was von Bundesminister Steinbrück bekräftigt wurde.

Verhaltenskodex zu Clearing und Abrechnung

Binnenmarkt-Kommissar McCreevy unterrichtete den Rat über die Unterzeichnung eines Verhaltenskodex zwischen Kommission und Industrie beim Thema „Clearing und Abrechnung“. Bei dem Kodex handelt es sich um eine freiwillige Selbstverpflichtung der Industrie im grenzüberschreitenden Handel mit Finanzprodukten. Der Rat verständigte sich auf Schlussfolgerungen, die insbesondere die nächsten Schritte zum Monitoring dieses Kodex zum Gegenstand haben.

Steuerwesen

Verbrauchssteuern: Mindestsätze für alkoholische Getränke

Zur Anhebung der Mindestbesteuerung für alkoholische Getränke konnte der Rat kein Einvernehmen erzielen. Vor diesem Hintergrund beauftragte er die Kommission, eine umfassende Studie zu erstellen, die dem Rat die Beschlussfassung erleichtern soll.

Mehrwertsteuer und Verbrauchssteuern: Richtlinie über Freimengen für Reisende

Bereits beim ECOFIN-Rat am 7. November 2006 wurde über die Schwellenwerte und Höchstgrenzen für Reisefreimengen debattiert, ohne jedoch zu einer Einigung zu kommen. Strittig war vor allem die Frage der Höchstgrenze. Die finnische Ratspräsidentschaft legte daher bei der jüngsten Sitzung einen Kompromissvorschlag vor, so dass sich der Rat darauf verständigen konnte, die Höchstgrenze für Landreisende von derzeit 175 € auf 300 € sowie für Flug- und Seereisende auf 430 € anzuheben.

Mehrwertsteuer-Paket (MwSt-Paket)

Bestandteil des so genannten MwSt-Pakets sind folgende Richtlinienvorschläge: Änderung des Ortes der Dienstleistung bei grenzüberschreitender Leistungserbringung, Änderung des Verfahrens der Vorsteuervergütung an in einem anderen EU-Mitgliedstaat ansässige Steuerpflichtige, Einführung einer einzigen Anlaufstelle sowie die Verlängerung der E-Commerce-Richtlinie. In den Schlussfolgerungen einigte sich der Rat darauf, die E-Commerce-Richtlinie, wonach aus Drittstaaten bezogene Online-

Dienste der Mehrwertsteuer in der EU unterworfen sind, bis Ende 2008 zu verlängern. Hinsichtlich der übrigen Elemente des Pakets unterstrich der Rat die Dringlichkeit des Anliegens und erzielte Einvernehmen darüber, noch in der deutschen Ratspräsidentschaft eine Entscheidung vorbereiten zu wollen. Bundesminister Steinbrück wies auf den Zusammenhang mit der Bekämpfung des Steuerbetrugs hin. Dieser Zusammenhang wurde auch in den Schlussfolgerungen des Rates anerkannt.

Bekämpfung des Steuerbetrugs

Der Rat befasste sich mit wirksamen Maßnahmen zur Bekämpfung des Steuerbetrugs in der Gemeinschaft. Als Problemfelder wurden die direkte Besteuerung, die Mehrwertsteuer sowie die besonderen Verbrauchsteuern identifiziert. In Ratsschlussfolgerungen wurde die EU-Kommission aufgefordert, möglichst rasch eine entsprechende Strategie auszuarbeiten.

Verhaltenskodex zum schädlichen Steuerwettbewerb

Mit Beschluss vom 1. Dezember 1997 haben die Mitgliedstaaten einen Verhaltenskodex für die Unternehmensbesteuerung angenommen, dem sich auch die neu beigetretenen Mitgliedstaaten verpflichtet haben. Er fordert, schädliche steuerliche Maßnahmen zurückzunehmen („roll back“) und keine neuen steuerschädlichen Maßnahmen einzuführen („stand still“). Einen Status-quo-Bericht der hochrangigen Gruppe zum Verhaltenskodex nahm der Rat entgegen.

Gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (GKKB)

Kommissar Kovács berichtete dem Rat zum Fortgang der Arbeiten hinsichtlich der Schaffung einer GKKB. Mit der Vorlage eines Richtlinienvorschlags ist 2008 zu rechnen.

Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2006

Das Bundesministerium der Finanzen legt Zusammenfassungen über die Haushaltsentwicklung der Länder für Januar bis einschließlich Oktober 2006 vor.

Die Ausgaben der Länder insgesamt bis einschließlich Oktober 2006 sind im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um – 0,4 % gesunken und betrugen zum Stichtag 209,9 Mrd. €. Im gleichen Zeitraum sind die Einnahmen deutlich um + 5,5 % auf insgesamt 194,9 Mrd. € gestiegen. Wesentliche Ursache für diese positive Entwicklung sind die erheblichen Zuwächse bei den Steuereinnahmen. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum erhöhten sich diese um + 14,0 %. Das Finanzierungsdefizit der Ländergesamtheit belief sich Ende Oktober 2006 auf – 15,0 Mrd. €. Es fiel damit rund 11,0 Mrd. € niedriger aus als im Vorjahreszeitraum. Das in den aktuellen Haushaltsplanungen vorgesehene Gesamtdefizit zum Jahresende 2006 (– 22,9 Mrd. €) wird deutlich um 8,0 Mrd. € unterschritten.

Die Flächenländer West verzeichneten einen Ausgabenzuwachs von + 0,8 % (Soll: + 0,0 %), während die Flächenländer Ost (– 1,1 %) und die Stadtstaaten (– 4,3 %) ihre Ausgaben im Vergleich zum Vorjahreszeitraum reduzierten. Dem stehen deutliche Zuwächse bei den Einnahmen von + 5,8 % bei den Flächenländern West, + 6,5 % bei den Flächenländern Ost und + 2,4 % bei den Stadtstaaten gegenüber. Besonders erfreulich verlief die Entwicklung der Steuereinnahmen. Sie erhöhten sich in den Flächenländern West um + 14,2 %, in den Flächenländern Ost um + 11,7 % und in den Stadtstaaten sogar um + 15,2 %. Das Finanzierungsdefizit der Flächenländer West betrug am Ende des Berichtszeitraums – 11,8 Mrd. €, das der Stadtstaaten – 3,3 Mrd. €. Der Überschuss der Flächenländer Ost reduzierte sich von rund 1,3 Mrd. € bis Ende September auf jetzt nur noch 0,2 Mrd. €.

Länder insgesamt

Bereinigte Ausgaben

Personalausgaben

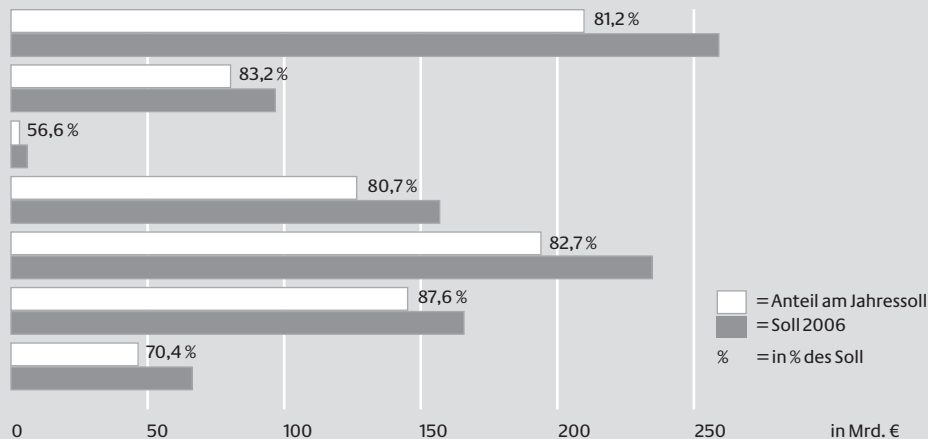
Bauausgaben

übrige Ausgaben

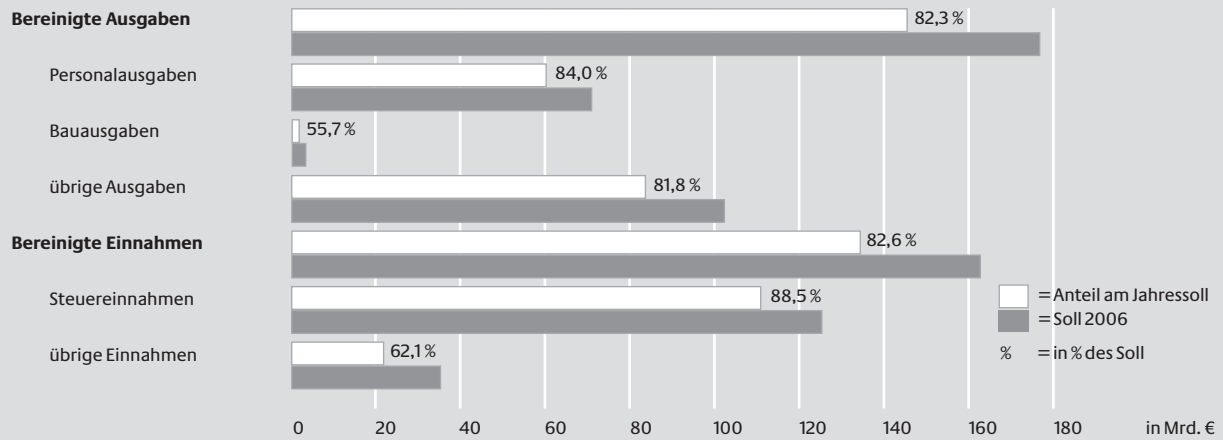
Bereinigte Einnahmen

Steuereinnahmen

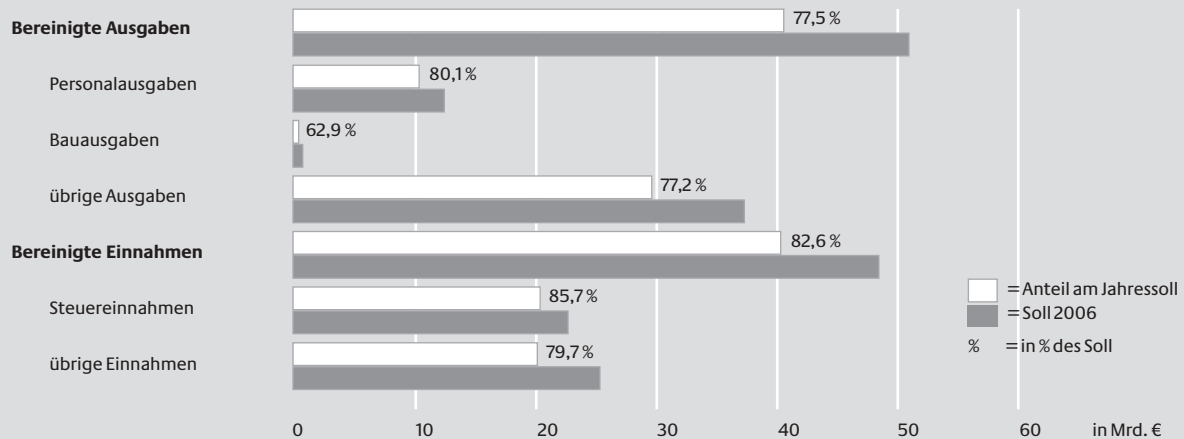
übrige Einnahmen



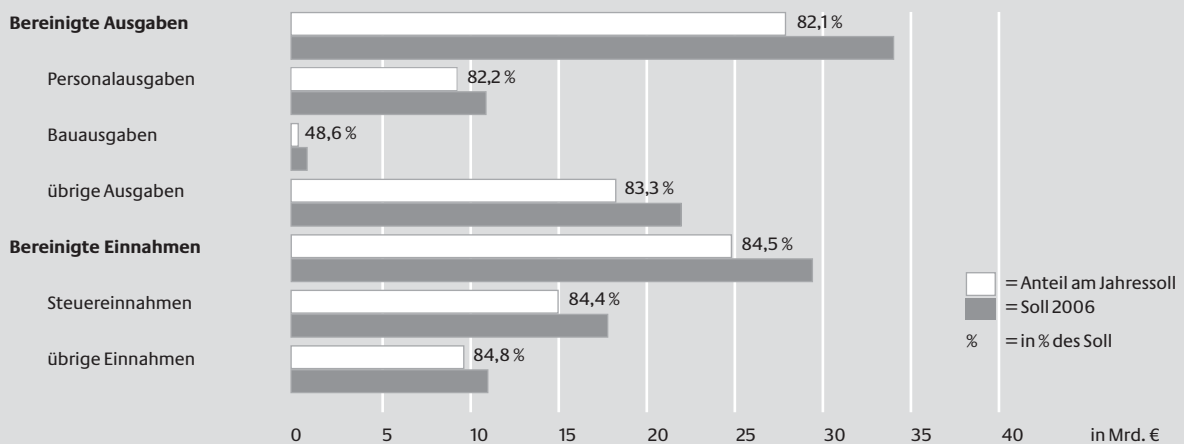
Flächenländer West



Flächenländer Ost



Stadtstaaten



Termine

Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

- 25./26. Januar 2007 – World Economic Forum in Davos
- 29./30. Januar 2007 – Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
- 9./10. Februar 2007 – G 7-Finanzministertreffen in Essen
- 26./27. Februar 2007 – Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
- 8./9. März 2007 – Europäischer Rat in Brüssel
- 26./27. März 2007 – Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel

Aufstellung und Beratung des Haushalt 2007

- bis 23. Juni 2006 – Regierungsinterne Haushaltsverhandlungen
- 29. Juni 2006 – Finanzplanungsrat
- 30. Juni 2006 – Zuleitung an Kabinett
- 5. Juli 2006 – Kabinettsbeschluss
- 11. August 2006 – Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
- 5. bis 8. September 2006 – 1. Lesung Bundestag
- 22. September 2006 – 1. Beratung Bundesrat
- 20. September bis
- 8. November 2006 – Beratungen im Haushaltsausschuss
- 2./3. November 2006 – Steuerschätzung
- 9. November 2006 – Bereinigungssitzung Haushaltsausschuss
- 21. bis 24. November 2006 – 2./3. Lesung Bundestag
- 15. Dezember 2006 – 2. Beratung Bundesrat
- Ende Dezember 2006 – Verkündung im Bundesgesetzblatt

Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

Monatsbericht Ausgabe		Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
2007	Januar	Dezember 2006	31. Januar 2007
	Februar	Januar 2007	22. Februar 2007
	März	Februar 2007	22. März 2007
	April	März 2007	20. April 2007
	Mai	April 2007	23. Mai 2007
	Juni	Mai 2007	21. Juni 2007
	Juli	Juni 2007	19. Juli 2007
	August	Juli 2007	22. August 2007
	September	August 2007	20. September 2007
	Oktober	September 2007	19. Oktober 2007
	November	Oktober 2007	22. November 2007
	Dezember	November 2007	20. Dezember 2007

Publikationen des BMF

Das Bundesministerium der Finanzen hat folgende Publikation neu herausgegeben:

Fachblick – Deutsches Stabilitätsprogramm
– Aktualisierung Dezember 2006 –

Diese und weitere Broschüren sind erhältlich bei:

Bundesministerium der Finanzen
Referat Bürgerangelegenheiten
11016 Berlin
buergerreferat@bmf.bund.de
www.bundesfinanzministerium.de

Zentraler Bestellservice:
telefonisch: 0 18 05 / 77 89 90 (0,12 €/Minute)
per Telefax: 0 18 05 / 77 89 94 (0,12 €/Minute)

Internet: <http://www.bundesfinanzministerium.de> oder
<http://www.bmf.bund.de>





Analysen und Berichte

Aktualisierung des deutschen Stabilitätsprogramms Dezember 2006	37
Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen: Eine Untersuchung für die Mitgliedstaaten der EU	47
Finanz- und Wirtschaftspolitik in ausgewählten Volkswirtschaften	55
G 20-Finanzministertreffen in Australien am 18./19. November 2006	73
Bundespolitik und Kommunalfinanzen – Aktuelle Aspekte	77

Aktualisierung des deutschen Stabilitätsprogramms

Dezember 2006

1	Finanzpolitik in Deutschland	38
1.1	Die Qualität der öffentlichen Finanzen	38
1.2	Die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen	40
1.3	Deutsche Finanzpolitik im europäischen Kontext	41
2	Gesamtwirtschaftliche Lage und Perspektiven bis 2010	42
2.1	Gesamtwirtschaftliche Situation im Jahr 2006	42
2.2	Kurz- und mittelfristige Perspektiven der Gesamtwirtschaft	42
3	Die Entwicklung der öffentlichen Haushalte	44
3.1	Entwicklung des Finanzierungssaldos	44
3.2	Entwicklung von Einnahmen und Ausgaben	45
3.3	Entwicklung des strukturellen Defizits und Anpassungspfad zum mittelfristigen Haushaltsziel	45
3.4	Entwicklung des Schuldenstandes	46

- Das gesamtstaatliche Defizit wird im Jahr 2006 mit 2,1 % des BIP unter den Referenzwert des Maastricht-Vertrages gesenkt. 2007 wird die gesamtstaatliche Defizitquote weiter auf 1 ½ % des BIP zurückgeführt.
- Das strukturelle Defizit wird 2006 und 2007 um insgesamt mehr als einen Prozentpunkt reduziert.
- Das aktualisierte Stabilitätsprogramm zeigt, dass Deutschland die Vorgaben im Rahmen des Defizitverfahrens erfüllt.
- Die Bundesregierung wird den bisherigen Konsolidierungskurs beibehalten. Mittelfristiges Ziel bleibt der Haushaltsausgleich.

Nach den Bestimmungen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes – Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates vom 7. Juli 1997 über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken, geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1055/2005 vom 27. Juni 2005 – sind die Euro-Teilnehmerstaaten verpflichtet, dem ECOFIN-Rat jährlich aktualisierte Stabilitätsprogramme vorzulegen. Die Mitgliedstaaten, die nicht die gemeinsame Währung angenommen haben, legen entsprechende Konvergenzprogramme vor.

Die vorliegende Aktualisierung des deutschen Stabilitätsprogramms wurde am 29. November

2006 durch das Bundeskabinett gebilligt.

Im Folgenden werden die zentralen Elemente des aktualisierten Stabilitätsprogramms – die Darstellung der Finanzpolitik in Deutschland insbesondere im Hinblick auf die Qualität und Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen sowie die Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und der öffentlichen Haushalte – zusammenfassend vorgestellt. Die vollständige Version des deutschen Stabilitätsprogramms Dezember 2006 kann auf der Internetseite des Bundesfinanzministeriums (www.bundesfinanzministerium.de) abgerufen oder als Broschüre angefordert werden.

1 Finanzpolitik in Deutschland

Eine zentrale Aufgabe der Finanzpolitik in Deutschland ist die nachhaltige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Denn eine solide und glaubwürdige Finanzpolitik ist unabdingbar, um dauerhaft günstige Wachstumsbedingun-



gen zu gewährleisten. Gleichzeitig hängt der Erfolg der Haushaltskonsolidierung entscheidend von einem angemessenen Wachstum und einem Anstieg der Beschäftigung ab – dies haben die Erfahrungen der vergangenen Jahre in Deutschland deutlich gezeigt. Die Finanz- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung ist deshalb gleichermaßen auf die strukturelle Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und der sozialen Sicherungssysteme sowie die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung ausgerichtet. Beide Ziele bedingen sich gegenseitig und müssen gleichermaßen erreicht werden, um die Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte langfristig sicherzustellen.

1.1 Die Qualität der öffentlichen Finanzen

Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte sollte nicht nur an quantitativen Kriterien ausgerichtet werden. Es gilt vielmehr, auch die Qualität der öffentlichen Finanzen als Zielstellung finanzpolitischen Handelns aufzunehmen: Nur mit Haushaltsstrukturen, die sich an einer nachhaltig wachstumsfördernden und gesamtwirtschaftlich effizienten Ausgestaltung öffentlicher Ausgaben und Einnahmen orientieren, wird ein dauerhaft höherer Wachstumspfad erreichbar sein.

Diese Erkenntnis sollte auch bei der strukturellen Haushaltskonsolidierung ihren Niederschlag finden. Neben der unbestritten notwendigen Konsolidierung auf der Ausgabenseite durch die Realisierung vorhandener Einspar- und Effizienzpotenziale gilt es – wie z.B. mit dem Impulsprogramm der Bundesregierung –, den Einstieg in eine Umschichtung staatlicher Mittel hin zu Zukunftsausgaben zu erreichen.

Neben der Ausgabenseite ist auch die Einnahmenseite ein wichtiger Faktor bei der Qualität der öffentlichen Finanzen. Die staatliche Einnahmenseite ist – analog zur Ausgabenseite – im Hinblick auf ihre Wachstums- und Beschäftigungseffekte zu beurteilen. Der von der Bundesregierung fortgesetzte Abbau von Steuersubventionen ist hierbei ebenso ein wichtiger Beitrag für eine Erhöhung der Effizienz auf der Einnahmenseite öffentlicher Haushalte wie eine ökonomisch effiziente Ausgestaltung der einzel-

nen Steuerarten durch weitere Steuervereinfachung. Mittel- und langfristig kann sich auch durch die veränderte Gewichtung von direkten und indirekten Steuern die Qualität der Staatsfinanzen verbessern: Wenn auf lange Sicht durch die Anhebung der indirekten Steuern die direkten Steuer- und Abgabelasten gesenkt werden, kann dies zur Stärkung der ökonomischen Leistungsanreize und damit zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Beschäftigung und Wachstum beitragen.

Institutionelle Rahmenbedingungen und nationale Budgetregeln sind ein wichtiger Einflussfaktor für zukunftsorientierte Haushaltsstrukturen. In seinen Schlussfolgerungen vom 10. Oktober 2006 hat der ECOFIN-Rat die wichtige Rolle nationaler Regelungen – insbesondere im Hinblick auf die Haushaltskonsolidierung und die Vermeidung prozyklischer Finanzpolitik – nochmals hervorgehoben. Vor dem Hintergrund der Entwicklung der öffentlichen Haushalte gilt es deshalb, auch die derzeitige Ausgestaltung der nationalen Fiskalregeln in Deutschland einer kritischen Analyse zu unterziehen.

Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung weiter verbessern

Ein ausreichend hohes Wachstums- und Beschäftigungsniveau ist unverzichtbar für die erfolgreiche Konsolidierung der Staatsfinanzen. Die Bundesregierung stellt daher in dieser Legislaturperiode im Rahmen eines Impulsprogramms zusätzlich rd. 25 Mrd. € für ein Maßnahmenpaket zur Verfügung, das die Wachstumsdynamik stärkt und die Rahmenbedingungen für Investitionen und Beschäftigung nachhaltig verbessert.

Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, die Lohnzusatzkosten dauerhaft auf unter 40 % zu senken und damit ein entscheidendes Hemmnis zur Schaffung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse abzubauen. Der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung soll vor diesem Hintergrund ab 1. Januar 2007 von 6,5 % auf 4,2 % reduziert werden. Dies wird durch Einsatz eines vollen Umsatzsteuerpunktes sowie Effizienzgewinne und Effektivitätssteigerungen der Bundesagentur für Arbeit finanziert.

Um die steuerliche Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland zu verbessern, ist ab 2008 eine Reform der Unternehmensbesteuerung vorgesehen, für die am 2. November 2006 konkrete Gestaltungsleitlinien beschlossen wurden. Mit der Reform der Unternehmensbesteuerung werden die steuerlichen Rahmenbedingungen für Investitionen nachhaltig verbessert. Sie ist gleichzeitig ein wichtiger Beitrag zur langfristigen Sicherung der Steuerbasis in Deutschland. Mit der zum 1. Januar 2009 vorgesehenen Einführung einer Abgeltungsteuer auf Kapitaleinkommen wird die Attraktivität des Kapitalstandorts Deutschlands weiter gestärkt.

Die geplanten Maßnahmen zur Entlastung der Kapitalgesellschaften und Personenunternehmen sowie die neue Abgeltungsteuer auf Kapitaleinkommen sollen – auch im Hinblick auf die Konsolidierungsnotwendigkeiten – haushaltsverträglich ausgestaltet werden. Insgesamt werden die Reformmaßnahmen bei voller Jahreswirkung zu Steuerausfällen in Höhe von rund 5 Mrd. € führen.

Ergänzend zur Reform der Unternehmensbesteuerung ist im Rahmen einer Änderung des Erbschaftsteuerrechts ab 1. Januar 2007 eine Erleichterung der Unternehmensnachfolge geplant.

Strukturelle Konsolidierung der öffentlichen Haushalte vorantreiben

Angesichts der großen strukturellen Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben in den öffentlichen Haushalten bedarf es eines umfassenden Maßnahmenpakets zur nachhaltigen Konsolidierung der Staatsfinanzen. Die Konsolidierungsstrategie der Bundesregierung gestaltet sich hierbei ausgaben- und einnahmenseitig ausgewogen.

In der kurzen Frist ist der Spielraum für weitere Einsparungen auf der Ausgabenseite jedoch nicht ausreichend, um die notwendigen strukturellen Konsolidierungsschritte zu erreichen. Dies gilt umso mehr, wenn man beachtet, dass die Realisierung von Konsolidierungszielen über die Ausgabenseite nicht zu Lasten solcher Investitionen in Sach- und Humankapital gehen sollte, die zur Stärkung des gesamtwirtschaftlichen Wachstumspotenzials unverzichtbar sind.

Zur Schließung der strukturellen Lücke in den

öffentlichen Haushalten sowie zur dauerhaften Erfüllung der verfassungsrechtlichen Vorgaben des Art. 115 GG und der Verpflichtungen des Maastricht-Vertrages sind deshalb auch Konsolidierungsbeiträge der Einnahmenseite unverzichtbar. Dies gilt unabhängig von der aktuell positiven Entwicklung der Steuereinnahmen, die im starken Maße konjunkturell bedingt ist und an der Notwendigkeit zur strukturellen Konsolidierung der öffentlichen Haushalte nichts ändert.

Im Vordergrund der einnahmenseitigen Konsolidierungsmaßnahmen steht der Abbau von Steuervergünstigungen und steuerlichen Sonderregelungen. Aufgrund der strukturellen Unterdeckung der öffentlichen Haushalte ist zudem ab 1. Januar 2007 die Anhebung der Umsatz- und Versicherungsteuer um drei Prozentpunkte notwendig. Der ermäßigte Umsatzsteuersatz bleibt unberührt. Nach der Erhöhung wird sich Deutschland bei den Regelsteuersätzen der Umsatzbesteuerung im europäischen Mittelfeld befinden.

Die Anhebung der Umsatzsteuer ist dabei auch im Zusammenhang mit der Absenkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung und den massiven Entlastungen bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer in den vergangenen Jahren zu betrachten. Die Absenkung der direkten Steuer- und Abgabenlasten und die im Gegenzug erfolgte Stärkung der indirekten Besteuerung ist ein Element einer wachstumsfreundlichen und wettbewerbsfähigen Einnahmenstruktur. Dieses Bild ändert sich auch nicht unter Einbeziehung der Maßnahmen zur Verbreiterung der Bemessungsgrundlage und der Anhebung des Spitzensteuersatzes für höchste private Einkommen ab 1. Januar 2007.

Nachdem die Bundesregierung vor dem Hintergrund der labilen konjunkturellen Lage Ende des Jahres 2005 bei der Haushaltsplanung für 2006 bewusst auf eine übermäßig restriktive Ausgabenlinie verzichtet hat, wird das Konsolidierungspaket mit dem Haushalt 2007 seine volle Wirkung entfalten. Die Bundesregierung ist der Überzeugung, dass die konjunkturelle Belebung im kommenden Jahr stabil genug sein wird, um die zusätzlichen Konsolidierungsmaßnahmen zu verkraften.

Reform des Föderalismus

In Deutschland werden die Rahmenbedingungen der Wirtschafts- und Finanzpolitik maßgeblich durch die föderale Struktur des Bundesstaates mitbestimmt. Die im Koalitionsvertrag vereinbarte erste Stufe der Föderalismusreform mit dem Abbau effizienzhinderlicher Zuständigkeitsverflechtungen und einer partiellen Neuordnung der Gesetzgebungszuständigkeiten ist im September 2006 in Kraft getreten.

Bund und Länder haben beschlossen, in einem zweiten Reformschritt die Bund-Länder-Finanzbeziehungen den veränderten Rahmenbedingungen inner- und außerhalb Deutschlands, insbesondere für die Wachstums- und Beschäftigungspolitik, anzupassen. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 19. Oktober 2006 im Verfahren zur Haushaltsnotlage Berlins muss dabei in die Beratungen zur zweiten Reformstufe einbezogen werden. Es verdeutlicht die Notwendigkeit, institutionelle Rahmenbedingungen zu entwickeln, die die Haushaltsdisziplin der staatlichen Ebenen gewährleisten und der Entstehung von Haushaltsnotlagen frühzeitig entgegenwirken.

1.2 Die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen

Deutschlands Bevölkerungsstruktur wird sich – gemäß den auf nationaler wie internationaler Ebene erstellten langfristigen Vorausschätzungen – in den kommenden Jahren aufgrund anhaltend niedriger Geburtenraten und steigender Lebenserwartung stark verändern. Wenn die heute noch aktiven geburtenstarken Jahrgänge der Nachkriegszeit in den Ruhestand treten, wird der Altenquotient – d.h. die Relation der Bevölkerung im Rentenalter zur Bevölkerung im Erwerbsalter – viel höher liegen als in der Vergangenheit. Das Statistische Bundesamt kommt dabei in seiner neuen Bevölkerungsvorausberechnung zu dem Ergebnis, dass sich die Altersstruktur der Bevölkerung noch stärker zu Lasten der jüngeren Generationen verschieben wird als bislang angenommen. Dies lässt bei unveränderten rechtlichen Rahmenbedingungen für die besonders demografieabhängigen Ausgabenkategorien einen zunehmenden

Ausgabendruck in den öffentlichen Haushalten erwarten.

Mit der Fortsetzung der Berichterstattung zur Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen wird das Bundesministerium der Finanzen auch zukünftig sachgerecht über die Folgen der demografischen Veränderungen informieren.

Die Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte langfristig zu sichern, ist eines der zentralen Ziele der Bundesregierung. Nur durch eine geringere öffentliche Verschuldung, bessere Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung und weitere Reformen bei den sozialen Sicherungssystemen kann die demografische Herausforderung erfolgreich bewältigt werden. Bereits durchgeführte Reformen zeigen klare Erfolge und bestätigen den Reformkurs der Bundesregierung. Bei den sozialen Sicherungssystemen gilt es, die Effizienz – insbesondere durch bessere Anreizstrukturen, mehr Wettbewerb und effizientere Verwaltungsstrukturen – noch weiter zu erhöhen. Entscheidend ist zudem, die Einnahmehasis der sozialen Sicherungssysteme dauerhaft zu verbessern, insbesondere durch eine Steigerung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Das aktualisierte Stabilitätsprogramm Dezember 2006 stellt vor diesem Hintergrund wichtige Reformvorhaben der Bundesregierung in den sozialen Sicherungssystemen sowie Maßnahmen bei der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik dar. Auch werden im Programm die Ergebnisse der langfristigen Modellrechnung auf Gemeinschaftsebene zur langfristigen Entwicklung der demografieabhängigen Ausgaben für Deutschland kurz vorgestellt.

1.3 Deutsche Finanzpolitik im europäischen Kontext

Rechtliche Grundlage der haushaltspolitischen Überwachung in der EU sowie der Entscheidungen des ECOFIN-Rates im Rahmen der laufenden Defizitverfahren sind die einschlägigen Regelungen des Maastricht-Vertrages sowie der

im Frühjahr 2005 reformierte Stabilitäts- und Wachstumspakt. Der ECOFIN-Rat hat das Defizitverfahren gegen Deutschland am 14. März 2006 verschärft und Deutschland mit der Maßgabe in Verzug gesetzt, spätestens im Jahr 2007 das übermäßige Defizit zu beenden. Zudem ist Deutschland aufgefordert, sein strukturelles Defizit kumuliert in den Jahren 2006 und 2007 um insgesamt 1 % des BIP zu verringern. Auf der Grundlage eines Umsetzungsberichts der Bundesregierung vom 5. Juli 2006 stellte die Europäische Kommission am 19. Juli 2006 fest, dass Deutschland die notwendigen Maßnahmen zur fristgerechten Rückführung des übermäßigen Defizits ergriffen hat. Der ECOFIN-Rat hat sich am 10. Oktober 2006 der Empfehlung der Europäischen Kommission angeschlossen, das Defizitverfahren gegen Deutschland ruhen zu lassen.

Deutschland wird sein gesamtstaatliches Defizit bereits 2006 deutlich unter den Referenzwert des Maastricht-Vertrages zurückführen. Hierzu hat die finanz- und wirtschaftspolitische Strategie der Bundesregierung mit der Entscheidung für eine konjunkturgerechte Haushaltskonsolidierung einen wichtigen Beitrag geleistet. Es hat sich bewährt, dass mit der Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes eine Möglichkeit geschaffen wurde, die Fristen zur Rückführung des übermäßigen Defizits flexibler handhaben und den ökonomischen Notwendigkeiten eines Mitgliedstaates entsprechend anpassen zu können.



2 Gesamtwirtschaftliche Lage und Perspektiven bis 2010

2.1 Gesamtwirtschaftliche Situation im Jahr 2006

Die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland hat im Jahresverlauf deutlich an Dynamik gewonnen. So ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im 3. Quartal 2006 kalender- und saisonbereinigt um real 0,6 % angestiegen, nach 1,1 % im 2. Quartal. Erfreulich ist, dass die außenwirtschaftlichen Impulse in diesem Jahr endlich auf die Binnennachfrage übergesprungen sind. Die inländischen Auftriebskräfte schlugen sich insbesondere in einem kräftigen Anstieg der Bruttoanlageinvestitionen nieder. Die Unternehmen investierten wieder kräftig, und in der Baubranche zeichnet sich das Ende einer langen Krise ab. Gleichwohl muss hier berücksichtigt werden, dass Sondereffekte wie das Auslaufen der Eigenheimzulage für Neuverträge im vergangenen Jahr sowie Vorzieheffekte vor dem Hintergrund der Umsatzsteuererhöhung im Januar 2007 zusätzliche Anreize gaben. Dennoch hat wohl auch ein deutlicher konjunktureller Impuls die Bautätigkeit beflügelt. Lediglich die Indikatoren für die Konsumausgaben der privaten Haushalte signalisieren noch keine durchgreifende Besserung. Hier wird aufgrund von Vorzieheffekten aber ein deutlicher Anstieg im 4. Quartal erwartet. Darüber hinaus hat sich auch die Lage am Arbeitsmarkt in diesem Jahr sichtlich gebessert: Seit Anfang des Jahres nimmt die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung erstmals seit der letzten Boomphase im Jahr 2000 wieder stetig zu. Dies spiegelt sich auch in einem Rückgang der registrierten Arbeitslosigkeit wider. Trotz der noch bis zum Sommer spürbar gestiegenen Rohölpreise hat sich der Aufschwung unter den Bedingungen einer weiterhin stabilitätsgerechten Preisniveauentwicklung vollzogen.

2.2 Kurz- und mittelfristige Perspektiven der Gesamtwirtschaft

In ihrer Herbstprojektion rechnet die Bundesregierung in diesem Jahr mit einer Zunahme des Bruttoinlandsprodukts von real 2,3 %. Nachdem es im vergangenen Jahr noch per saldo zu einem leichten Stellenabbau gekommen war, hat die Erwerbstätigkeit in diesem Jahr um rund $\frac{1}{2}$ % zugenommen, und die registrierte Arbeitslosigkeit sank um rund 325 000 Personen.



Für das nächste Jahr ist zu erwarten, dass sich die gesamtwirtschaftliche Dynamik aufgrund der Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung vorübergehend – im Wesentlichen wohl auf die erste Jahreshälfte 2007 beschränkt – abschwächen wird, bevor sie dann im Laufe des Jahres wieder an Schwung gewinnen dürfte. Das reale Wirtschaftswachstum dürfte daher im Jahresdurchschnitt 2007 bei etwa 1,4 % liegen. Die Umsatzsteuererhöhung wird vor allem den privaten Konsum und die Bauinvestitionen zu Anfang des nächsten Jahres dämpfen. Die Ausrüstungsinvestitionen profitieren dagegen im kommenden Jahr nochmals von den vergünstigten Abschreibungsbedingungen, die bis Ende 2007 gelten. Aufgrund der nur leicht geringeren weltwirtschaftlichen Dynamik, von der im nächsten Jahr auszugehen ist, wird der Außenhandel nochmals an Stärke zunehmen. Da die Umsatzsteuererhöhung nur die Importe, nicht aber die Exporte betrifft, ist damit zu rechnen, dass der Impuls durch den Außenbeitrag wieder zunimmt. Insgesamt wird damit erwartet, dass die Wachstumskräfte, die in der deutschen Wirtschaft in diesem Jahr – auch durch Sondereffekte unterstützt – besonders stark sind, im nächsten Jahr weitgehend erhalten bleiben. Auch der Arbeitsmarkt wird von der vorübergehenden Abschwächung der wirtschaftlichen Dynamik betroffen sein. Im

Jahresdurchschnitt dürfte die Erwerbstätigkeit aber, auch aufgrund des statistischen Überhangs aus diesem Jahr, in ähnlicher Größenordnung wie 2006 steigen. Entsprechend ist mit einer Fortsetzung des Abbaus registrierter Arbeitslosigkeit zu rechnen, auch wenn er geringer ausfallen dürfte als in diesem Jahr.

In den Folgejahren (2008 bis 2010) wird das Bruttoinlandsprodukt voraussichtlich um jeweils rund $1\frac{3}{4}\%$ zunehmen. Wichtigste Grundlage der gesamtwirtschaftlichen Projektionen zur mittleren Frist sind Überlegungen zu den angebotsseitigen Bestimmungsgründen der Wirtschaftsentwicklung. Die lang anhaltende wirtschaftliche Schwächephase, die mit einer ausgeprägten Investitionszurückhaltung einherging, hat die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten beeinträchtigt. Bei wieder vermehrten Investitionen in Sach- und Humanvermögen wird sich das jährliche Potenzialwachstum gegen Ende des Mittelfristzeitraums voraussichtlich in Richtung $1\frac{1}{2}\%$ bewegen. Erst in der längeren Frist wird dann wieder mit einer Potenzialwachstumsrate zu rechnen sein, die sich in einer Spanne von $1\frac{1}{2}\%$ bis 2% bewegen dürfte.

Die Wachstumsimpulse gehen im **gesamten Vorausschätzungszeitraum** dabei nicht nur von den Exporten aus, auch die Binnennachfrage dürfte immer stärker zum Wirtschaftswachstum beitragen. Dabei dürfte die für die mittlere Frist erwartete Aufwärtsentwicklung der Investitionstätigkeit Hand in Hand mit einer Ausweitung der Konsumnachfrage der privaten Haushalte gehen und sich gegenseitig verstärken. Denn einerseits bedeuten mehr Investitionen auch mehr Beschäftigung und damit eine höhere kaufkräftige Nachfrage der privaten Haushalte. Andererseits ist eine Ausweitung der Privaten Konsumausgaben mit verbesserten Absatzperspektiven der Unternehmen verbunden, die die Investitionstätigkeit anreizen. Durch diesen sich selbst verstärkenden Prozess würde die Binnennachfrage in Deutschland nachhaltig gefestigt, während der Staatsverbrauch als Folge des Konsolidierungskurses über den gesamten Projektionszeitraum nur wenig zunehmen wird. Bei einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts im gesamten Mittelfristzeitraum um real $1\frac{3}{4}\%$ p.a. und einer Preissteigerung von jahresdurch-

schnittlich etwa 1% p.a. könnte das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen um durchschnittlich $2\frac{1}{2}\%$ p.a. steigen. Als Folge der durchgeführten Reformen sollte die Erwerbsbeteiligung steigen (Zunahme der Erwerbsbeteiligung von Frauen und älteren Arbeitnehmern) und sich die Sockelarbeitslosigkeit zugleich verringern. Das Erwerbspersonenpotenzial dürfte damit – nicht zuletzt auch infolge der strukturellen Reformen – besser ausgeschöpft werden. Die Erwerbstätigkeit dürfte um rund $\frac{1}{2}\%$ p.a. steigen, der Abbau der Arbeitslosigkeit allerdings etwas dahinter zurückbleiben.

Risiken dieser Projektion bleiben weiterhin die unvermindert bestehenden globalen Ungleichgewichte sowie mögliche negative Effekte abrupt sinkender Immobilienpreise in anderen Ländern, aber auch eine insgesamt stärkere Abkühlung der weltwirtschaftlichen Dynamik als derzeit erwartet. Die zuletzt zwar wieder gesunkenen Rohölpreise könnten aufgrund geopolitischer Risiken oder witterungsbedingter Engpässe ebenfalls wieder stärker steigen. Binnenwirtschaftlich ist der immer noch labile private Konsum als Risiko zu nennen.

Wenngleich die Abwärtsrisiken etwas größer erscheinen, bestehen auch Chancen auf eine günstigere weltwirtschaftliche Entwicklung, einen niedrigeren Rohölpreis sowie positive Vertrauenseffekte durch die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Bundesregierung, so dass die Belastung der Binnenkonjunktur im kommenden Jahr weniger stark als hier unterstellt ausfallen könnte.

3 Die Entwicklung der öffentlichen Haushalte

3.1 Entwicklung des Finanzierungssaldos

Im Verlauf der Programmperiode lassen sich folgende wesentliche Bestimmungsgründe für die Entwicklung des staatlichen Finanzierungssaldos skizzieren:

– Im laufenden Jahr **2006** wird der staatliche Finanzierungssaldo maßgeblich durch die konjunkturelle Entwicklung und die Dynamik bei den gewinnabhängigen Steuern bestimmt. Die finanzpolitischen Maßnahmen wirken weitgehend ausgewogen. Konsolidierungsmaßnahmen, die zum Teil bereits in der vergangenen Legislaturperiode umgesetzt wurden, führen zu einer Fortsetzung der ausgabenseitigen Konsolidierungslinie. Diese wird durch aktuell beschlossene Maßnahmen zur Stimulierung der Wirtschaftstätigkeit und zur Verbesserung der Wachstumsaussichten flankiert. Zusätzlich führen starke – nicht allein konjunkturell erklärbare – Zuwächse bei den gewinnabhängigen Steuern zu einer deutlichen Reduzie-

rung des gesamtstaatlichen Defizits. Infolgedessen kann die Defizitquote in diesem Jahr auf – 2,1 % des BIP zurückgehen.

- Ab dem Jahr **2007** wird das gesamtstaatliche Defizit durch die Konsolidierungsmaßnahmen weiter auf – 1 ½ % des BIP abgesenkt. Die Bundesregierung hat Umfang und Wirkung der umgesetzten Konsolidierungsmaßnahmen ausführlich in ihrem „Bericht zur Umsetzung von Maßnahmen zur Haushaltssanierung“¹ dargestellt. Die Maßnahmen sind nun Bestandteil des Bundeshaushalts 2007 und der aktuellen Haushaltspläne der Länder geworden. Die Maßnahmen führen im Jahr 2007 – bezogen auf eine Basislinie ohne Maßnahmen – zu einer Brutto-Konsolidierungswirkung von rd. 1 ¼ % des BIP (ohne Berücksichtigung indirekter Wachstumswirkungen). Gegenüber den im Umsetzungsbericht dargestellten Maßnahmen wurde zusätzlich ein Anstieg der Beiträge zur Gesetzlichen Krankenversicherung um rd. 0,5 Prozentpunkte berücksichtigt.
- Für das Jahr **2008** plant die Bundesregierung eine Reform der Unternehmensbesteuerung. Zielsetzung der Reform ist eine deutliche Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland. Deshalb sollen u. a. die Steuersätze für Körperschaften spürbar gesenkt werden. Der Pfad der

Tabelle 1: Entwicklung des staatlichen Finanzierungssaldos

	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Finanzierungssaldo	– in % des BIP –					
Projektion November 2006	– 3,2	– 2,1	– 1 ½	– 1 ½	– 1	– ½
Projektion Februar 2006	– 3,3	– 3,3	– 2 ½	– 2	– 1 ½	–

Die Finanzierungssalden sind auf einen halben Prozentpunkt gerundet.

¹ Vgl. „Bericht zur Umsetzung von Maßnahmen für den zur Haushaltssanierung erforderlichen Abbau des übermäßigen Defizits nach Artikel 2 Abs. 1 der Entscheidung des ECOFIN-Rates vom 14. März 2006 über die Inverzugsetzung Deutschlands gemäß Art. 104 (9) EG Vertrag“ vom 5. Juli 2006, Internet: <http://www.bundesfinanzministerium.de> unter „Pressemitteilung, Juli 2006“.

strukturellen Haushaltskonsolidierung wird sich aufgrund der Berücksichtigung von Mindereinnahmen bei der Unternehmensteuerreform verlängern, da sich die Erträge der Reform erst mittelfristig aus der Verbesserung der steuerlichen Standortbedingungen ergeben. Aufgrund der unterstellten Fortführung der restriktiven Ausgabenlinie wird die Reform jedoch nicht zu einer Erhöhung der Defizitquote führen. Im Jahr 2008 wird das Staatsdefizit dem Niveau des Vorjahres entsprechen.

- In den Jahren **2009 und 2010** wird sich das Wachstum der Steuereinnahmen dann wieder auf dem ursprünglichen Pfad bewegen. Die Konsolidierungswirkung des Maßnahmenpakets fällt wegen des Auslaufens befristeter expansiver Maßnahmen stärker aus. Die Defizitquote kann – bei Beibehaltung der Ausgabenlinie – bis zum Ende des Projektionszeitraumes auf rd. $-1/2\%$ des BIP sinken.

3.2 Entwicklung von Einnahmen und Ausgaben

Die Staatseinnahmen insgesamt werden 2007 rd. $43\frac{1}{2}\%$ des BIP betragen; trotz Steuererhöhung wird die gesamtstaatliche Einnahmequote gegenüber dem Vorjahr nicht zunehmen. Neben den Sozialbeiträgen wirken sich dabei auch die rückläufigen sonstigen Einnahmen aus. So gehen die Vermögenseinkommen des Staates durch die vorzeitige Rückzahlung von Forderungen Deutsch-

lands gegenüber dem Ausland im Jahr 2007 um rd. 0,1 Prozentpunkte des BIP zurück.

Zwar hat die Einnahmeentwicklung in diesem Jahr wesentlich zur Beendigung des übermäßigen Defizits beigetragen. Betrachtet man die Entwicklung gegenüber dem Vorjahr, geht der deutlich höhere Konsolidierungsbeitrag von der Ausgabenseite aus. Während die Einnahmequote gegenüber dem Vorjahresniveau nur geringfügig zunimmt, wird die Staatsquote infolge eines nur geringen Ausgabenzuwachses von rd. $1/2\%$ von $46,8\%$ des BIP im Jahr 2005 auf $45\frac{1}{2}\%$ des BIP zurückgehen. Im Jahr 2007 wird die Staatsquote weiter auf rd. 45% des BIP zurückgehen. Der Rückgang der Staatsquote trägt daher in ganz überwiegendem Teil zur Verringerung der Defizitquote bei.

3.3 Entwicklung des strukturellen Defizits und Anpassungspfad zum mittelfristigen Haushaltsziel

Die Empfehlung des ECOFIN-Rates, das strukturelle Defizit in den Jahren 2006 und 2007 kumuliert um mehr als einen Prozentpunkt zurückzuführen, wird deutlich umgesetzt. Im Jahr 2006 wird das strukturelle Defizit voraussichtlich um rd. $3/4$ Prozentpunkte zurückgehen. Im Jahr 2007 wird ein weiterer Abbau des strukturellen Defizits um rd. $1/2$ Prozentpunkt erreicht.

Deutschland verfolgt das Ziel, einen mittelfristig strukturell ausgeglichenen Staatshaushalt

Tabelle 2: Entwicklung der Staatsquote

	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Staatsquote	– in % des BIP –					
Projektion November 2006	46,8	45 $\frac{1}{2}$	45	44 $\frac{1}{2}$	43 $\frac{1}{2}$	43
Projektion Februar 2006	46,7	46	45	44	43 $\frac{1}{2}$	–

zu erreichen. Daher wird die strukturelle Konsolidierung auch im Projektionszeitraum fortgesetzt. Das strukturelle Defizit wird in jahresdurchschnittlicher Betrachtung im Verlauf der Programmperiode um $1\frac{1}{2}$ Prozentpunkt pro Jahr zurückgeführt. Die jährliche Betrachtung zeigt allerdings, dass sich im Jahr 2008 aufgrund der geplanten Reform der Unternehmensbesteuerung kein Abbau des strukturellen Defizits ergeben kann. Der Pfad der strukturellen Haushaltskonsolidierung wird sich aufgrund der Berücksichtigung möglicher Mindereinnahmen bei der Unternehmensteuerreform verlängern, da sich die Erträge der Reform erst mittelfristig aus der Verbesserung der steuerlichen Standortbedingungen ergeben.

3.4 Entwicklung des Schuldenstandes

Gegenüber der vorherigen Projektion entwickelte sich die Kreditaufnahme günstiger als erwartet. Die Schuldenquote verharrt im laufenden Jahr bei 67,9 % des Bruttoinlandsproduktes, nachdem im Februar noch von einem Anstieg auf 69 % ausgegangen werden musste. Dies ist eine direkte Folge des niedrigeren Finanzierungssaldos und der kassenmäßigen Überschüsse der Sozialversicherungen.

Im Jahr 2006 wird es daher gelingen, den Schuldenstand zu stabilisieren. Schon im Jahr 2007 beginnt dann eine Reduzierung der Quote auf 67 %. Infolge der weiteren Konsolidierung kann der Schuldenstand bis zum Ende der Programmperiode auf $64\frac{1}{2}$ % des BIP zurückgeführt werden.

Tabelle 3: Entwicklung der Schuldenquote

	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Schuldenquote	– in % des BIP –					
Projektion November 2006	67,9	68	67	66 $\frac{1}{2}$	65 $\frac{1}{2}$	64 $\frac{1}{2}$
Projektion Februar 2006	67 $\frac{1}{2}$	69	68 $\frac{1}{2}$	68	67	–

Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen: Eine Untersuchung für die Mitgliedstaaten der EU

1	Vorbemerkung	47
2	Bewertungskonzept	48
3	Ergebnisse der quantitativen Analyse	50
3.1	Ausgangs-Szenario	50
3.2	MTO- Szenario	51
4	Umfassende Risikobeurteilung	52
5	Schlussfolgerungen	54

- Die EU-Kommission hat erstmals einen eigenständigen Bericht über die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen in den Mitgliedstaaten veröffentlicht.
- Deutschland gehört zu den Ländern mit „mittlerem Risiko“.
- Die Haushaltskonsolidierung im mittelfristigen Finanzplanungszeitraum führt zu einer erheblichen Verringerung der Tragfähigkeitslücken.

1 Vorbemerkung

Der Prüfung der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen kommt vor dem Hintergrund des demografischen Wandels eine immer größere Bedeutung zu. Der Blick auf sich langfristig abzeichnende fiskalische Entwicklungen ist seit einigen Jahren schon Bestandteil der haushaltspolitischen Überwachung der Mitgliedstaaten der Europäischen Union durch den Rat der Wirtschafts- und Finanzminister (ECOFIN) und die Europäische Kommission.¹ Jetzt hat sich die Kommission in einer Untersuchung ihrer Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen mit dem Thema noch intensiver – und erstmals in einem gesonderten Bericht – auseinandergesetzt. Sie ist damit dem Beispiel einzelner Länder, die solche Tragfähigkeitsberichte bereits für den nationa-

len Bereich erstellen, gefolgt und orientiert sich konzeptionell an entsprechenden Vorarbeiten des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der EU und der OECD.²

Dem Bericht der Kommissionsdienststellen, der annähernd 200 Seiten umfasst und nur auf Englisch erscheint, ist eine Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament vorangestellt, die auch in einer deutschen Übersetzung zur Verfügung steht. Dort werden die wichtigsten Erkenntnisse der Studie zusammengefasst.³ Darauf aufbauend beschreibt der folgende Artikel die Methodik der Untersuchung, die Ergebnisse der Modellrechnungen und die Beurteilung möglicher Gefahren für die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen durch die Kommission. Er endet mit den Schlussfolgerungen, die der Rat der

¹ Die Ergebnisse ihrer Bewertung hat die Kommission im jährlichen „Public Finance Report“ auch bisher schon veröffentlicht. Siehe BMF-Monatsbericht, Juli 2006, S.69 ff. mit einer Zusammenfassung der Inhalte des jüngsten Berichts.

² In Deutschland hat das Bundesministerium der Finanzen 2005 einen ersten umfassenden „Bericht zur Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen“ vorgelegt.

³ Beide Dokumente können unter http://ec.europa.eu/economy_finance/publications_en.htm abgerufen werden.

Wirtschafts- und Finanzminister für einen erfolgreichen Umgang mit den Herausforderungen des demografischen Wandels gezogen und am 7. November 2006 verabschiedet hat.



2 Bewertungskonzept

Ziel der Berichterstattung der Kommission ist eine Bewertung der Konsequenzen der Bevölkerungsalterung für die öffentlichen Haushalte und der sich daraus ergebenden Risiken. Ausgangspunkt sind vom Statistischen Amt der EU (Eurostat) erstellte Bevölkerungsvorausberechnungen mit einem bis in das Jahr 2050 reichenden Zeithorizont und daran anknüpfende Budgetprojektionen. Dabei wird eine Methodik verwendet, die ursprünglich im Rahmen entsprechender Arbeiten der OECD vorgestellt und in jüngerer Zeit von einer Arbeitsgruppe des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der EU für den Einsatz auf Gemeinschaftsebene fortentwickelt wurde.

Im Mittelpunkt des Interesses steht die Darstellung langfristiger Entwicklungslinien für solche Kategorien staatlicher Ausgaben, die von Änderungen in der Altersstruktur der Bevölkerung – bei ansonsten unveränderten Bedingungen – voraussichtlich stark beeinflusst werden. Explizit betrachtet werden die potenziellen Entwicklungen der öffentlichen Ausgaben bis zum Jahr 2050 in den Bereichen Alterssicherung, Gesundheit und Pflege, dazu die Bildungsausgaben und die Entwicklung der Lohnersatzleistungen als Folge möglicher Änderungen der strukturellen Arbeitslosigkeit. Die Ergebnisse für die einzelnen Budgetkomponenten werden als zusätzlich entstehende Be- und Entlastungen in die Prüfung der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen eingebracht.

Über das grundsätzliche Vorgehen bei der Quantifizierung dieser Ausgaben („ageing-related expenditures“) und die wichtigsten Resultate der Fortschreibungen haben wir an dieser Stelle bereits informiert.⁴

Für die EU insgesamt wäre danach bis zum Ende des Projektionszeitraums, gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP), mit einer Zunahme des Ausgabendrucks in einer Größenordnung von etwa drei bis vier Prozentpunkten zu rechnen. Allerdings verbergen sich hinter dieser Zahl sehr unterschiedliche Entwicklungen in den einzelnen Mitgliedstaaten. Im Falle Deutschlands weist der Bericht der Kommission für die Zeit zwischen 2004 und 2050 einen Anstieg von

⁴ BMF-Monatsbericht, Dezember 2005, S. 61 ff., und April 2006, S. 41 ff.

unter drei Prozentpunkten aus. Die Zunahme des Belastungsquotienten hat sich hier im Vergleich zu älteren Berechnungen um mehr als die Hälfte verringert. Darin zeigen sich unter anderem die Effekte der in Deutschland in mehreren Schritten umgesetzten Reformen im Bereich der Rentenversicherung und deren wirkungsgleiche Übertragung auf die Altersversorgung der Beamten.

Gestützt auf diese Belastungsrechnungen – und ausgehend von der derzeitigen Haushaltslage – werden von der Kommission langfristige Projektionen auch für die Entwicklung von Defizit und Schuldenstand in den Mitgliedstaaten erstellt und anschließend unter Tragfähigkeitsaspekten analysiert.

Erläuterungen zur Berechnung der Tragfähigkeitslücken („sustainability gaps“)

Für die Operationalisierung des Tragfähigkeitsziels und für die Abschätzung etwa erforderlicher Budgetkorrekturen gibt es unterschiedliche Möglichkeiten. Die Kommission hat sich bei der Berechnung der von ihr verwendeten Indikatoren für folgende Alternativen entschieden: In einem Fall (S1) wird bis zum Jahr 2050 ein Erreichen des Maastricht-Kriteriums für den Schuldenstand verlangt. Im anderen Fall (S2) wird ein Einhalten der intertemporalen Budgetrestriktion des Staates über einen unendlichen Zeitraum gefordert, d.h. es soll gewährleistet sein, dass der Staat seinen expliziten wie impliziten Verbindlichkeiten auf Dauer nachkommen kann.

Wird die vorab festgelegte Bedingung – bei Einrechnung der budgetären Effekte der Bevölkerungsalterung – nicht erfüllt, entstehen Tragfähigkeitslücken. Sie beschreiben das Ausmaß der notwendigen Anpassung in Form einer Verringerung der sich anderenfalls einstellenden Defizitquoten. Andere Darstellungsformen sind möglich und werden von der EU-Kommission auch genutzt. Erreicht werden kann ein Schließen der Lücken sowohl über eine Verringerung des Anteils der öffentlichen Ausgaben am BIP als auch über eine Steigerung des Anteils der öffentlichen Einnahmen. Entscheidungen darüber, wie und zu welcher Zeit das geschieht, sind von der Politik zu fällen.

Über eine Zerlegung der Indikatoren in unterschiedliche Komponenten deckt die Kommission darüber hinaus auf, welcher Teil der Lücke schon in der gegenwärtigen Haushaltslage angelegt ist und welcher Teil erst im Laufe der Zeit über die Zunahme der alterungsbedingten Ausgaben entsteht.

Übergang zu einer umfassenden Risikobeurteilung

Die Kommission bleibt in ihrer Untersuchung nicht bei der quantitativen Analyse der Tragfähigkeitsindikatoren stehen. Vor der Gesamtwertung werden vielmehr weitere Faktoren herangezogen, die nach Einschätzung der Kommission erst eine abgerundete Beurteilung – auch im Hinblick auf die Herkunft möglicher Risiken – ermöglichen.

Ein besonderes Augenmerk wird auf die Höhe der aktuellen Schuldenstandsquote gelegt. Damit soll unter anderem berücksichtigt werden, dass sich ein Aufrechterhalten hoher Primärüberschüsse zum Abbau der Staatsverschuldung – wie in den Modellrechnungen unterstellt – in der Praxis angesichts sonstiger haushaltspolitischer Zwänge als schwierig erweisen kann. Auch eine drastische Verringerung der Durchschnittsrenten in Relation zu den Durchschnittslöhnen könnte mit Risiken für die öffentlichen Finanzen verbunden sein, wenn unzureichende Alters-einkünfte das Armutsrisiko erhöhen und sich früher oder später in steigenden Sozialausgaben niederschlagen. Andere Faktoren wie eine gegenwärtig hohe Abgabenquote, die den Spielraum für Steuererhöhungen zur Finanzierung zusätzlicher öffentlicher Ausgaben beschränkt, kommen hinzu.

Derartige Erwägungen lassen sich nicht mehr in einer Maßzahl zusammenfassen, fließen in die zusammenfassende Bewertung der Gefährdungslage durch die Kommission aber ein und können zu einer Differenzierung ihres abschließenden – qualitativen – Urteils führen.

Die Kommission untersucht außerdem, welche Änderungen in den quantitativen Ergebnissen sich bei einer Variation der Annahmen – vor allem bei einer erfolgreichen Haushaltskonsolidierung zu Beginn des Projektionszeitraums – ergeben. Dazu wird neben den üblichen

Sensitivitätsanalysen eine Alternativrechnung erstellt, bei der angenommen wird, dass die Mitgliedstaaten ihre mittelfristigen Haushaltsziele (Medium Term Objectives, MTO) bis zum Jahr 2010 erreichen (MTO-Szenario). Bei den zunächst im Vordergrund stehenden Rechnungen (Ausgangs-Szenario) werden die künftigen Belastungen dagegen auf Basis der strukturellen Haushaltssalden des Jahres 2005 – in den meisten Fällen also unter deutlich ungünstigeren Bedingungen – fortgeschrieben.

3 Ergebnisse der quantitativen Analyse

3.1 Ausgangs-Szenario

Werden bei der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte über das Jahr 2005 hinaus keine Fortschritte mehr gemacht und kommt es auch sonst – etwa über eine verstärkte Förderung von Wachstum und Beschäftigung – nicht zu einem Gegensteuern der Politik, tun sich in den meisten Mitgliedstaaten Tragfähigkeitslücken von erheblicher Größenordnung auf (siehe Tabelle 1, S. 51).

Unter diesen Umständen läge der Umfang der erforderlichen Anpassung – also die Differenz zwischen den 2005 vorhandenen Finanzierungssalden und den zur Sicherstellung von fiskalischer Tragfähigkeit erforderlichen Finanzierungssalden in Relation zum BIP – EU-weit bei etwa 3 ½ %. Die Kombination von ungünstiger Ausgangslage und alterungsbedingtem Ausgabenanstieg hätte einen Anstieg der Schuldenquote in der EU bis 2050 auf nahezu 200 % zur Folge. Wenn sich an den sonstigen Bedingungen nichts ändert und ausschließlich auf budgetäre Anpassungen zurückgegriffen werden soll, würde dies bedeuten, dass das im Jahr 2005 für die EU insgesamt festgestellte strukturelle Defizit von 2 % des BIP in einen Überschuss von 1 ½ % des BIP umgewandelt werden müsste.

Selbst wenn die Auswirkungen des demografischen Wandels ausgeklammert werden, ist die anfängliche Haushaltslage nach Auffassung der Kommission in etwa der Hälfte der Mitgliedstaaten noch nicht hinreichend gefestigt. Sie trägt vielmehr schon an sich zu den Risiken für die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen bei. Das ist nach den im Bericht ausgewiesenen Ergebnissen (Zerlegung der Tragfähigkeitslücke in unterschiedliche Komponenten) auch in Deutschland der Fall. Der errechnete Anpassungsbedarf ist zwar überwiegend auf die fiskalischen Effekte der Bevölkerungsalterung, zu einem ganz erheblichen Teil (bei S1 wie S2) aber auch auf die vergleichsweise ungünstige finanzielle Lage im Jahr 2005 und den Ausschluss weiterer Konsolidierungsschritte in der Berechnung

Tabelle 1:
Tragfähigkeitslücken: Ergebnisse
der Berechnungen für das Aus-
gangs-Szenario (in % des BIP)

	S1	S2
Belgien	0,4	1,8
Tschechien	2,5	5,5
Dänemark	– 4,2	– 2,2
Deutschland	3,5	4,4
Estland	– 4,4	– 3,4
Griechenland	3,2	3,0
Spanien	0,2	3,2
Frankreich	3,2	4,0
Irland	– 0,8	2,9
Italien	3,4	3,1
Zypern	4,0	8,5
Lettland	– 0,6	0,8
Litauen	0,3	1,8
Luxemburg	4,6	9,5
Ungarn	7,9	9,8
Malta	0,4	– 0,3
Niederlande	– 0,2	1,3
Österreich	0,1	0,3
Polen	– 0,4	– 0,2
Portugal	7,9	10,5
Slowenien	3,9	7,3
Slowakei	1,3	3,0
Finnland	– 3,3	– 0,9
Schweden	– 2,7	– 1,1
Vereinigtes Königreich	3,4	4,9
EU-12	2,3	3,5
EU-25	2,1	3,4

zurückzuführen. Insgesamt fallen die für Deutschland errechneten Tragfähigkeitslücken in diesem Szenario deshalb auch vergleichsweise hoch aus (rd. 4 ½ % bzw. 3 ½ %).

3.2 MTO-Szenario

Wenn man davon ausgeht, dass die mittelfristigen Haushaltsziele im Jahr 2010 von allen

Tabelle 2:
Tragfähigkeitslücken: Ergebnisse
der Berechnungen für das MTO-
Szenario (in % des BIP)

	S1	S2
Belgien	1,3	2,7
Tschechien	2,2	5,1
Dänemark	0,7	2,4
Deutschland	0,1	1,2
Estland	– 2,6	– 1,7
Griechenland	– 1,9	– 1,8
Spanien	2,2	5,2
Frankreich	0,0	0,9
Irland	1,7	5,3
Italien	– 1,0	– 1,1
Zypern	2,3	6,9
Lettland	0,6	1,9
Litauen	0,3	1,8
Luxemburg	3,9	8,9
Ungarn	1,7	4,0
Malta	– 2,5	– 3,0
Niederlande	2,2	3,6
Österreich	– 0,7	– 0,5
Polen	– 4,0	– 3,7
Portugal	2,5	5,2
Slowenien	3,8	7,2
Slowakei	0,1	1,8
Finnland	– 0,7	1,6
Schweden	– 1,9	– 0,3
Vereinigtes Königreich	1,0	2,7
EU-12	0,3	1,6
EU-25	0,2	1,6

Mitgliedstaaten erreicht werden, kommt es in den meisten Fällen zu einer deutlichen Verbesserung der Ergebnisse. So würde die gesamtstaatliche Schuldenquote in der EU insgesamt auf rd. 80 % des BIP gebracht und die EU-weite Tragfähigkeitslücke um mehr als die Hälfte auf 1 ½ % des BIP gesenkt. Allerdings gibt es auch bei dieser Rechenvariante wieder erhebliche Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten (siehe Tabelle 2).

Deutschland würde den Referenzwert für die Schuldenstandsquote im Jahr 2050 trotz der wachsenden demografiebedingten Ausgaben in etwa einhalten können (das zeigt der nicht weit von null entfernt liegende Wert von S1) und käme auch auf Dauer dem Tragfähigkeitsziel deutlich näher: Die unter strenger Beachtung der intertemporalen Budgetrestriktion des Staates errechnete Tragfähigkeitslücke würde zu mehr als zwei Dritteln geschlossen. Das zeigt ein Vergleich der beiden Szenarien beim Blick auf S2 (Verminderung von $4\frac{1}{2}\%$ auf unter $1\frac{1}{2}\%$).

Der Kommission liegt viel daran zu veranschaulichen, in welchem Umfang eine Haushaltskonsolidierung schon heute dazu beitragen kann, Risiken für die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu verringern. Die Schuldenquote dürfte wegen der langfristig in Rechnung gestellten Effekte der Bevölkerungsalterung gleichwohl in den meisten Mitgliedstaaten auch im Jahr 2050 noch einen ansteigenden Trend ausweisen.

4 Umfassende Risikobeurteilung

Am Ende werden die Mitgliedstaaten der EU von der Kommission ähnlich wie bei der jüngsten Prüfung der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme hinsichtlich der Tragfähigkeit der Staatsfinanzen in drei Risikokategorien („at high risk“, „at medium risk“, „at low risk“) eingestuft. Die Klassifizierung knüpft an die Ergebnisse der quantitativen Analyse an, bezieht aber weitere Risikofaktoren (siehe Abschnitt 2) in die Bewertung der Gefährdungslage mit ein.

Die Kommission erkennt an, dass Reformen der Alterssicherungssysteme – in Deutschland, Frankreich und Österreich ebenso wie zuvor in Italien und Schweden – im Zeitablauf erheblich dazu beigetragen haben, künftig aufziehenden Problemen für die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu begegnen. Die große Mehrheit habe allerdings noch einen langen Weg vor sich. Insgesamt werden von den 25 untersuchten Ländern sechs Staaten der Kategorie „hohes Risiko“, zehn der Kategorie „mittleres Risiko“ und neun der Kategorie „geringes Risiko“ zugeordnet (siehe Kasten).

Im Großen und Ganzen werden damit die in den ersten Monaten des Jahres 2006 im Rahmen der Prüfung der Stabilitäts- und Konvergenzpro-

Risikoklassifizierung durch die EU-Kommission

Länder mit hohem Risiko

Griechenland
Portugal
Slowenien
Tschechische Republik
Ungarn
Zypern

Länder mit mittlerem Risiko

Belgien
Deutschland
Frankreich
Irland
Italien
Luxemburg
Malta
Slowakei
Spanien
Vereinigtes Königreich

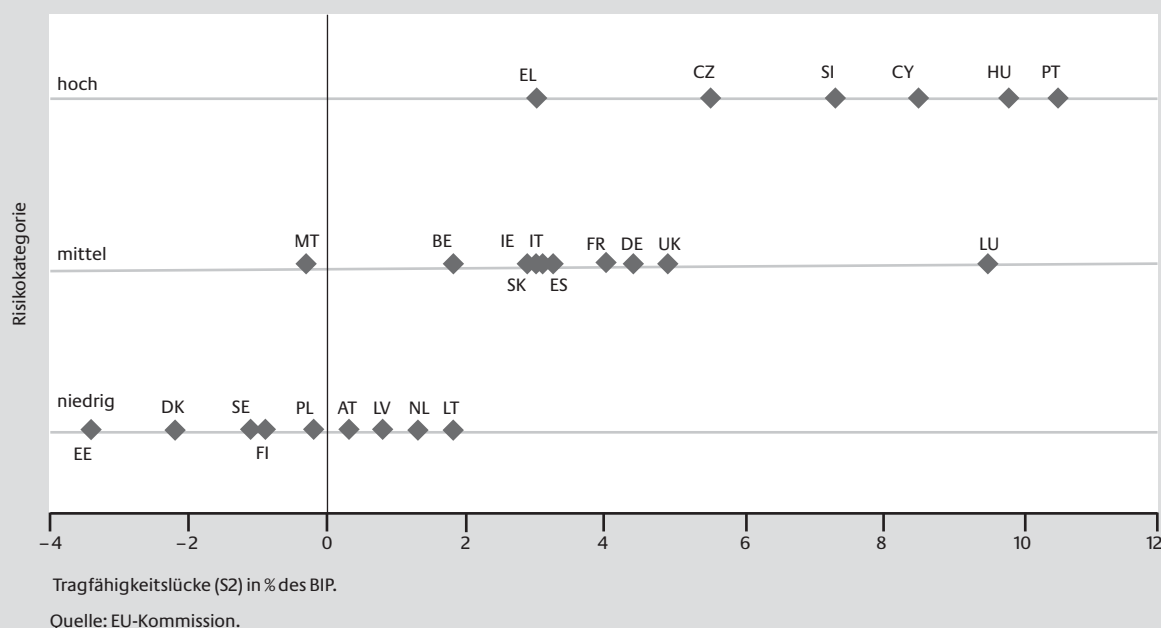
Länder mit geringem Risiko

Dänemark
Estland
Finnland
Lettland
Litauen
Niederlande
Österreich
Polen
Schweden

gramme vorgenommenen Bewertungen bestätigt. Deutschland wird unverändert zur Gruppe der Länder mit einem mittleren Risiko gezählt. Eine neue Beurteilung steht zu Beginn des nächsten Jahres an, wenn die aktualisierten Programme vorliegen. Tendenziell dürften der Übergang auf ein neues Basisjahr mit einer deutlich besseren Haushaltslage, das höhere Wachstum und der fortschreitende Abbau der Arbeitslosigkeit, vor allem aber die Einbeziehung weiterer Maßnahmen zur Erhöhung der Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitnehmer wie die Verlängerung des gesetzlichen Rentenalters von 65 auf 67 Jahre zu einer günstigeren Einschätzung der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen führen.⁵

Wie sich die Einteilung der Mitgliedstaaten in unterschiedliche Risikokategorien und die Höhe der errechneten Tragfähigkeitslücken zueinander verhalten, zeigt Abbildung 1. Danach besteht zwischen den quantitativen Größen und der qualitativen Bewertung ein enger Zusammenhang, aber keine vollständige Übereinstimmung. Näheren Aufschluss über die Ursachen für Verschiebungen können die dem Bericht der Kommission beigefügten Länderblätter geben. Bei der Beurteilung Deutschlands sind Auswirkungen etwaiger „Abschläge“ oder „Zuschläge“ nicht zu erkennen.

Abbildung 1: Umfassende Risikobeurteilung und Höhe der Tragfähigkeitslücken (S 2 im Ausgangs-Szenario)



⁵ Vgl. den Aufsatz zum deutschen Stabilitätsprogramm in diesem Heft, S. 37.

5 Schlussfolgerungen

Ein für alle Mitgliedstaaten gleiches Rezept zur Herstellung langfristig solider öffentlicher Finanzen gibt es nicht. Dazu sind die Ursachen für die Problemlagen zu unterschiedlich. Die Kommission weist allerdings mit Nachdruck auf die breit angelegte Strategie („three-pronged strategy“) hin, die der Europäische Rat in Stockholm für den Umgang mit den Herausforderungen des demografischen Wandels schon vor einigen Jahren entworfen hat. Dabei geht es um

- die zügige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte mit dem Ziel einer beschleunigten Rückführung der Staatsverschuldung,
- die Erhöhung der Erwerbstätigenquote, also des Anteils der tatsächlich Erwerbstätigen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, und der Produktivität,
- die Umsetzung von Reformen in den sozialen Sicherungssystemen (Rente, Gesundheit, Pflege), soweit erforderlich.

Diese Strategie ist so angelegt, dass sie länderspezifische Schwerpunktsetzungen und Kombi-

nationen unterschiedlicher Politikmaßnahmen zulässt. Die Wirtschafts- und Finanzminister der EU haben die Kernelemente dieser Strategie bei ihrer Diskussion über den Tragfähigkeitsbericht der Kommission am 7. November 2006 bestätigt.

Darüber hinaus stellte der ECOFIN-Rat in seinen Schlussfolgerungen fest, dass er die Entwicklung der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen weiter im Rahmen der jährlichen Prüfung der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme bewerten, sich dabei auf den um aktuelle Daten ergänzten Bericht der Kommission stützen und zugleich alle sonstigen relevanten Informationen aus den Programmen berücksichtigen wird.

Ein neuer Tragfähigkeitsbericht soll von der Kommission erstellt werden, wenn neue Bevölkerungsvorausberechnungen von Eurostat und darauf aufbauende Projektionen für die demografiebedingten Ausgaben vorliegen. Grundsätzlich wird eine Wiederholung entsprechender Schätzungen in einem Turnus von drei bis fünf Jahren angestrebt. Nach den derzeitigen Planungen ist mit dem Abschluss einer neuen SchätZRunde vor 2009 nicht zu rechnen. Möglichkeiten für methodische Verbesserungen sind bis dahin zu prüfen.

Finanz- und Wirtschaftspolitik in ausgewählten Volkswirtschaften¹

1	USA	55
2	Japan	57
3	Vereinigtes Königreich	58
4	Frankreich	60
5	Niederlande	62
6	Spanien	64
7	Italien	66
8	Schweden	68

1 USA

- Hohe Steuereinnahmen senken das Haushaltsdefizit erheblich.
- Lockerung der Geldpolitik noch nicht in Sicht.
- Kein umfassender Wechsel in Wirtschafts- und Finanzpolitik nach Wahlen.

Finanzpolitik

Bedingt durch die anhaltend günstige konjunkturelle Entwicklung, wird das Defizit des Staatshaushalts in diesem Jahr voraussichtlich auf 2,3 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zurückgehen (OECD). Es lag 2004 noch bei 4,6 % und 2005 bei 3,7 % des BIP. Ab 2007 erwartet die OECD allerdings wieder steigende Defizite.

Grund für die positive Entwicklung 2006 sind die auf Grund des wirtschaftlichen Wachstums kräftiger gestiegenen Steuereinnahmen in Höhe von 12 % (allein Unternehmensteuern + 22 %). Die Steuerquote stieg im Fiskaljahr 2006 auf 18,3 % des BIP. Die Regierung führt dies auf die wachstumsstimulierenden Effekte ihrer Steuersenkungspolitik zurück.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) empfiehlt eine entschlossener Konsolidierung, die einnahmeseitige Maßnahmen nicht von vorneherein ausschließt. Nach Ansicht des IWF könnte eine Einführung von Konsumsteuern oder eine Erweiterung der Steuerbemessungsgrundlagen die Effizienz steigern. Energiesteuern könnten den Energiekonsum und damit verbundene, negative externe Effekte senken. Gleichzeitig könnten sie über eine Verringerung der Ölimporte einen Beitrag zur Anpassung der globalen Ungleichgewichte leisten. Die Regierung lehnte bisher eine einnahmeseitige Konsolidierung kategorisch ab. Die Demokraten verfolgen den Ansatz, dass jede Ausgabenerhöhung sofort gegenfinanziert werden muss. Das aktuelle Haushaltsverfahren für das seit 1. Oktober 2006 laufende Fiskaljahr 2007 konnte bisher nicht abgeschlossen werden. Anfang Dezember sollen die noch offenen elf Einzelhaushalte für 2007 verabschiedet werden.

Leistungsbilanzdefizit

Wenngleich sich ein Abbau der globalen Ungleichgewichte abzuzeichnen scheint, bleibt das hohe Leistungsbilanzdefizit der USA problematisch. Es könnte in diesem Jahr auf 6,4 % des BIP steigen (EU-Kommission – EU-KOM).

Die zentrale Frage ist, ob der Abbau der Leistungsbilanzungleichgewichte ohne Turbulenzen

¹ Stand: 30. November 2006.

gelingen kann. Im Fall einer abrupten Anpassung etwa in Form einer starken Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar müsste mit erheblich dämpfenden Wirkungen für die Konjunktur des Euroraums gerechnet werden.

Geldpolitik

Erwartungsgemäß hatte die amerikanische Zentralbank die Leitzinsen zuletzt unverändert bei 5,25 % gelassen, nachdem sie sie seit 2004 schrittweise um mehr als vier Prozentpunkte anhub. Die Kerninflation ist lt. OECD z.T. wegen des indirekten Einflusses der Energiepreise, die die Kerninflation schätzungsweise um einen halben Prozentpunkt nach oben trieben, auf ein problematisch hohes Niveau gestiegen. Spielraum für eine Senkung der Zinssätze dürfte sich ergeben, wenn die Kerninflation auf einen deutlichen Abwärtspfad einschwenkt. Die Preise für Bildung, Gesundheit und Wohnungsmieten haben zuletzt schnell zugenommen, während die Preise für Kraftfahrzeuge und Kommunikation rückläufig waren. Ein Aufwärtsrisiko für die Inflation besteht vor allem in evtl. wieder steigenden Energiepreisen.

Reformpolitik

Nach den Zwischenwahlen (7. November 2006) wird nicht mit einer fundamentalen Änderung der Wirtschafts- und Finanzpolitik gerechnet. Weder dürfte eine umfassende Reform der Alters- und Gesundheitsvorsorge noch eine

große Steuerreform, die bereits im vergangenen Jahr veragt wurde, vor 2008 (Präsidentchaftswahl) in Angriff genommen werden. Nach dem Erfolg der Demokraten wird erwartet, dass die Erhöhung der Mindestlöhne, eine Einwanderungsreform, die Konsolidierung der außerbudgetären Militärausgaben, Erleichterungen für Studentenkredite und die Einführung eines Monitoring der Öl- und Gasindustrie sowie der militärnahen Industrien zuerst angegangen werden. Allerdings muss bei all diesen Vorhaben damit gerechnet werden, dass Präsident Bush von seinem Vetorecht Gebrauch macht.

Zur Frage der Mindestlöhne ist festzustellen, dass schon im Vorfeld der Zwischenwahlen Forderungen nach einer Anhebung der seit September 1997 unverändert bei 5,15 US-Dollar/Std. festgeschriebenen Mindestlöhne auf 7,15 US-Dollar/Std. laut wurden. 23 US-Staaten (mit 60 % aller Arbeitnehmer) haben bereits gesetzliche Mindestlöhne festgeschrieben, die über dem bundesstaatlichen Ansatz liegen. In mehreren Staaten wird der Lohn zudem jährlich der Inflationsrate angepasst. Andere Bundesstaaten haben schrittweise jährliche Erhöhungen beschlossen.

Bei den außerbudgetären Militärausgaben wird davon ausgegangen, dass die Demokraten 2007/2008 anstreben, die Ausgaben für die Militäreinsätze im Irak und Afghanistan in das reguläre Budget einzugliedern.

Auf die Reformagenda gelangen könnten auch die Entwicklung einer nationalen Strategie für alternative Energien sowie Gesetzesinitiativen zur Vermeidung der globalen Erwärmung.

Abbildung 1: Leistungsbilanz USA



Quelle: Herbstprognose der EU-Kommission, 2006.

2 Japan

- Eindämmung der Staatsverschuldung vorrangig durch Begrenzung der Ausgabendynamik.
- Geldpolitik weiter zurückhaltend.
- Reformkurs der alten Regierung wird fortgesetzt.

Finanzpolitik

Im September 2006 wurde Shinzo Abe zum neuen Ministerpräsidenten gewählt, nachdem Koizumi sein Amt niedergelegt hatte. Die neue Regierung hat sich dazu bekannt, den von Koizumi eingeleiteten Reformkurs beizubehalten. Schwerpunkt ist eine weitere Verringerung des Haushaltsdefizits. Die Staatsverschuldung Japans ist mit 158,9 % des BIP 2005 und erwarteten 161,5 % des BIP für 2006 (lt. EU-KOM) doppelt so hoch wie die vergleichbarer Industriestaaten. Vor diesem Hintergrund soll an dem schon von der Regierung Koizumi formulierten Ziel des Ausgleichs der Primärbilanz bis 2011 nicht gerüttelt werden. Allerdings steht dies unter der relativ optimistischen Annahme eines nominalen Wachstums von 3 %.

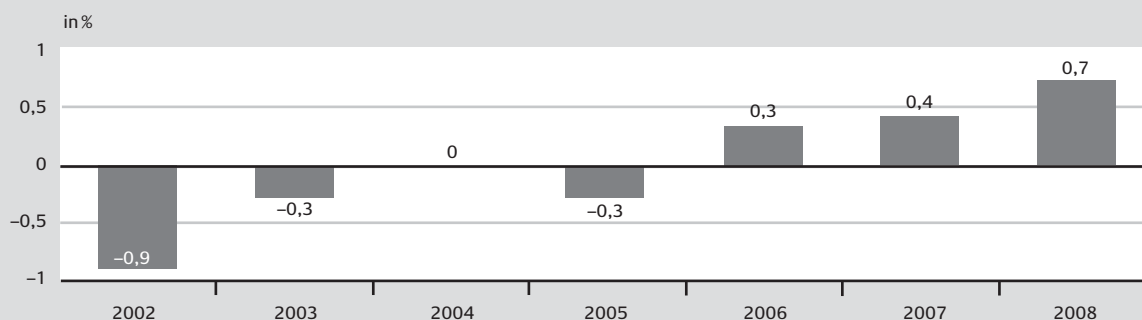
Der Umfang des Haushalts für das Fiskaljahr 2007 (1. April 2007 bis 31. März 2008) soll bei 46,8 Bio. Yen (ca. 300 Mrd. €) liegen und damit geringfügig (0,4 Bio. Yen, ca. 2,6 Mrd. €) über dem von 2006. Für die Ausgabenkürzungen in

einigen Bereichen wurden konkrete Ziele festgelegt, z.B. 3 % weniger öffentliche Investitionen gegenüber dem Vorjahr, 3 % weniger Ausgaben für Entwicklungshilfe und eine 1%ige Kürzung der Militärausgaben. Bedeutend sind aber insbesondere die Eindämmung des Anstiegs der Sozialausgaben (größter Einzelposten mit 20,4 Bio. Yen, ca. 130 Mrd. €) von ursprünglich 770 Mrd. Yen um 220 Mrd. Yen und die Begrenzung der Neuverschuldung auf unter 30 Bio. Yen (ca. 190 Mrd. €).

Außerdem plant Abe lt. seiner Regierungserklärung einen drastischen Personalabbau im öffentlichen Dienst von mehr als 19 000 Beschäftigten in den nächsten fünf Jahren. Einnahmesteigerungen sollen vor allem durch ein starkes Wirtschaftswachstum und damit einhergehende höhere Steuereinnahmen aus der Körperschaftsteuer erzielt werden. Eine Erhöhung der Verbrauchsteuer wird derzeit zwar nicht erwogen, zur Finanzierung der weiter steigenden Sozialausgaben dürfte das Thema jedoch ab 2008/2009 wieder aktuell werden.

Durch die in den letzten fünf Jahren praktizierte faktische Nullzinspolitik der Zentralbank konnte Japan seinen Aufwand für die Schuldentrückzahlung gering halten. Die Änderung der Geldpolitik (erstmal seit Jahren Anhebung des Leitzinses um 25 Basispunkte am 14. Juli 2006) birgt allerdings das Risiko höherer finanzieller Belastungen für den Staatshaushalt. Die Anhebung des Zinssatzes um 100 Basispunkte erhöht die Zinslast um 10 % im darauf folgenden Jahr und die Kosten der Schuldenfinanzierung um 1,5 Bio. Yen. Auch deshalb ist die Diskussion

Abbildung 2: Inflationsrate Japan



Quelle: Herbstprognose der EU-Kommission, 2006.

um eine Erhöhung der mit 5 % im internationalen Vergleich niedrigen Mehrwertsteuer immer wieder auf der Tagesordnung.

Geldpolitik

Entsprechend den Erwartungen hat sich die Inflationsrate in den letzten Monaten auf niedrigem positiven Niveau stabilisiert (0,3 %, Prognose EU-KOM für 2006). Überwiegende Einschätzung ist, dass die jahrelange Phase der Deflation nunmehr überwunden ist. Im Oktober 2006 hat die Bank of Japan ihre Leitzinsen erwartungsgemäß nicht erhöht. Allerdings ist eine Zinserhöhung bis Jahresende vor dem Hintergrund einer positiven Wachstumsentwicklung im 3. Quartal nicht auszuschließen. Das OECD-Sekretariat erwartet eine Zinserhöhung wegen des geringen Inflationsdrucks jedoch nicht vor Ende 2007.

Die Zentralbank will mittelfristig die Inflationsrate im Bereich von 0 % bis 2 % halten. Die OECD empfiehlt allerdings, die untere Grenze dieses Korridors anzuheben.

Reformpolitik

Ministerpräsident Abe will die von Koizumi gegründeten, langfristig ausgerichteten Räte wie den Council for Economic and Fiscal Policy (CEFP) und den Council for Science and Technology Policies beibehalten. Sie waren mit dem Ziel gegründet worden, den Reformen mehr Schwung zu verleihen. Sie sind mit Vertretern von Wirtschaft, Staat und Wissenschaft besetzt und sprechen politische Handlungsempfehlungen aus, der jeweilige Regierungschef sitzt ihnen vor. So ist der CEFP beauftragt worden, bis Januar 2007 einen Reformplan für die nächsten fünf Jahre vorzulegen. Schwerpunktthemen werden sein: Steigerung von Produktivität durch Innovation, Erhöhung der Effizienz des japanischen Arbeitsmarktes, weitere Öffnung der japanischen Märkte (insbesondere Landwirtschaft), Deregulierung, Übertragung von mehr Autonomie auf lokale Verwaltungen, effizienterer Einsatz staatlicher Mittel (z.B. leistungsbezogene Bezahlung von Beamten), Schaffung von auf Marktbasis funktionierenden Sozialsystemen.

3 Vereinigtes Königreich

- Defizitquote sinkt unter Referenzwert aufgrund günstiger Wirtschaftsentwicklung.
- Diskussion um Steuerreform.
- Steigende Inflation als Begründung für schrittweise Zinserhöhung auf 5 %.
- Beschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit.

Finanzpolitik

Die staatliche Defizitquote weist einen rückläufigen Trend auf (EU-KOM prognostiziert für 2006 einen Wert von 2,9 % im Vgl. zu 3,3 % in 2005), allerdings bleibt der Abbau des strukturellen Defizits hinter den Empfehlungen der EU-KOM zurück. Die Schuldenstandsquote wird ansteigen (EU-KOM: 2005 42,4 %, 2006 43,2 %). Der allgemeine wirtschaftliche Hintergrund zeichnet sich durch ein im Vergleich zum Vorjahr deutlich angezogenes BIP-Wachstum aus (nach EU-KOM 2,7 % in 2006 ggü. 1,9 % in 2005), das in starkem Maße von der inländischen Nachfrage getrieben wird.

Durch die Vorlage des Berichtes einer hochrangig besetzten unabhängigen Expertenkommission zur Steuerreform (sog. Forsyth-Bericht) am 19. Oktober kam Bewegung in die Steuerdiskussion. Die Hauptbotschaft des Berichtes ist die Notwendigkeit von Strukturreformen im Steuersystem, die zu niedrigeren Steuern, mehr Gerechtigkeit, mehr Stabilität und Vereinfachungen des Systems führen, um damit einen Beitrag zu mehr Investitionen und Beschäftigung zu leisten. Die wesentlichen Vorschläge umfassen Vereinfachungen und Senkungen sowohl bei der Einkommensteuer (Erhöhung des Freibetrages, Absenkung des Basissatzes auf 20 %, Reduzierung der Ausnahmetatbestände) als auch bei der Unternehmensteuer (einheitlicher Satz von 20 % angestrebt, generelle Orientierung des Systems am rechnerischen Unternehmensgewinn, Reduzierung der Möglich-

keiten für Steuergutschriften). Wegen der mit den Vorschlägen verbundenen geringeren Steuereinnahmen waren die Reaktionen der Parteien eher kritisch, was in der Presse als neuer Konsens hin zu höherer Besteuerung und zu höheren Staatsausgaben gedeutet wurde.

Geldpolitik

Die Inflation lag im September und im Oktober jeweils bei 2,4 % und liegt damit leicht über dem EU-Durchschnitt von 2,3 %. Für den Jahreswert 2006 geht die EU-KOM ebenfalls von 2,4 % aus. Die steigende Inflation war die wesentliche Begründung der Bank of England (BoE) für zwei Zinserhöhungen im Verlauf der letzten Monate. Anfang August stiegen die Leitzinsen unerwartet von 4,5 % auf 4,75 % (erste Erhöhung seit August 2005) und Anfang November dann auf 5 %. Nach Einschätzung der BoE hätte die Inflation ohne Zinsschritt bis zum Jahresende 2,7 % erreicht und damit deutlich oberhalb des Zielwertes von 2 % gelegen.

Neben der allgemeinen wirtschaftlichen Dynamik sind die hohen Energiepreise sowie die stark angehobenen Gebühren an vielen Universitäten (Heraufsetzung der maximal möglichen Gebühr für Studienanfänger von 1175 £ auf 3000 £) wesentliche Faktoren für die gestiegene Inflation. Die BoE geht in der kurzen Frist von weiteren Inflationssteigerungen aus, erwartet aber mittelfristig eine Rückkehr zum Zielwert von 2 %. Sie rechnet mit verhaltenerem Wachstum bei Energie- und Importpreisen. Demgegenüber könnte sich aber durch Lohn- (insbesondere aufgrund der zum 1. Oktober wirksamen Erhöhung der Mindestlöhne) und Gewinnsteigerungen die Inflation verstärken.

Wegen der verbleibenden Inflationsrisiken und der bislang ausgebliebenen Abkühlung auf dem Wohnungsmarkt infolge der Zinserhöhungen rechnen einige Beobachter mit einem weiteren Zinsschritt 2007.

Reformagenda

Der erste Umsetzungsbericht zum nationalen Lissabon-Reformprogramm 2005, der Mitte Oktober 2006 vorgelegt wurde, bestätigt die Reformprioritäten der Regierung: makroökonomische Stabilität, fiskalische Nachhaltigkeit,

Modernisierung des Wohlfahrtsstaates, Flexibilisierung des Unternehmenssektors, Förderung von Innovationen, erleichteter Zugang zu Bildung sowie Stärkung von Innovationen und Effizienz im Energiebereich.

Die im letzten Jahr umgesetzten Maßnahmen stellen dabei weitgehend Fortsetzungen bereits laufender Projekte dar, wie z. B. die genaue Analyse der Staatsausgaben (in den sog. Spending reviews werden u. a. auch Ausgabengrenzen für die Ressorts festgelegt), Effizienzsteigerungen (u. a. über Stellenreduzierungen und Verlagerung von Stellen aus London heraus) und weitere Investitionen in die öffentlichen Dienstleistungen (insb. Gesundheit, Bildung, Verkehr). Außerdem laufen Programme zur Steigerung der Produktivität (bspw. über Stärkung von Wettbewerb und Innovationen sowie über eine Anhebung des Ausbildungsniveaus) und zur Verbesserung des unternehmerischen Umfelds (z. B. KMU-Förderung, Aktionsplan bessere Rechtssetzung). Die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes (Modernisierung und Vereinfachung des Sozialstaates, Modell sozialer Brücken) und gezielte Maßnahmen zum Beschäftigungsaufbau (Programme zur Arbeitsmarktintegration für bestimmte Gruppen) sind weitere Schwerpunktgebiete für Reformen.

Gegenwind bzgl. ihrer Reformagenda schlägt der Regierung zum Teil auch aus den eigenen Reihen entgegen. So verabschiedete der Labour-Parteitag Ende September Resolutionen sowohl gegen die geplanten weiteren Privatisierungen im Gesundheitsbereich als auch gegen die Erhöhung des Rentenalters.

Arbeitsmarkt und Migration

Die Regierung hat mit Blick auf die bevorstehende EU-Erweiterung um Bulgarien und Rumänien Maßnahmen angekündigt, die den Zuzug von Arbeitskräften beschränken sollen. So ist vorgesehen, ungelernten Arbeitskräften ausschließlich Zugang zu den Bereichen Landwirtschaft und Lebensmittelverarbeitung zu gewähren. Diese Maßnahmen kontrastieren mit dem völlig freien Zugang zum Arbeitsmarkt nach der EU-Erweiterung 2005. Die damalige Politik wird zwar als Erfolg bewertet, da die Zuwanderer aus den neuen Mitgliedstaaten dazu beitragen konnten, Engpässe in bestimmten Berufen zu beheben.

Die Zahl der Zuwanderer übertraf mit über 400 000 aber bei weitem die Schätzungen der Regierung, die lediglich von bis zu 13 000 ausgegangen war. Dies wird insbesondere auch vor dem Hintergrund der steigenden Arbeitslosigkeit (EU-KOM erwartet für 2006 5,5 % im Vergleich zu 4,8 % in 2005) kritisch betrachtet.

4 Frankreich

- Haushaltsentwurf 2007 setzt auf Ausgabendisziplin und Schuldenreduzierung.
- Reformschwerpunkte bleiben Wachstum, Beschäftigung und Wissensgesellschaft.
- Maßnahmenpaket für Erhöhung des sozialen Zusammenhalts.

Finanzpolitik

Der Haushaltsentwurf für 2007, den Finanzminister Breton am 27. September dem Ministerrat vorlegte, sieht eine reale Verringerung der Staatsausgaben um 1 % vor. Das Haushaltsdefizit soll 2007 auf einen Wert von 2,5 % des BIP sinken (EU-KOM geht für 2006 von 2,7 % und für 2007 von 2,6 % aus); die Schuldenstandsquote soll 2007 von 64,6 % des BIP auf 63,6 % zurückgefahren werden. Der Haushaltsentwurf setzt wesentliche Akzente bei der Ausgabendisziplin (Deckelung der gesamten Staatsausgaben, Nicht-Nachbesetzung von Stellen im öffentlichen Dienst, geringere Transferausgaben wegen besserer Beschäftigungssituation) und der Stützung der Kaufkraft (Einkommensteuerreform mit Steuererleichterungen in Höhe von 0,2 % des BIP, insbesondere auch für Bezieher geringer Einkommen, sowie Erhöhung des Mindestlohnes SMIC). Die erhöhte Wachstumsdynamik (EU-KOM geht für 2006 von einem BIP-Anstieg von 2,2 % aus, im Vgl. zu 1,2 % in 2005) bringt über steigenden Konsum und steigende Gewinne sowie eine verbesserte Beschäftigungsbilanz ansteigende Steuereinnahmen mit sich. Der Haushaltsentwurf 2007 ist der zweite, der nicht mehr nach einem kamealistischen System aufgestellt wurde, sondern projektbezogen. Dem Haushaltsentwurf liegt eine Wachstumsannahme von 2 % bis 2,5 % des BIP zugrunde, was im Rahmen der Vorausschätzungen der internationalen Organisationen liegt (EU-KOM erwartet für 2007 2,3 % nach 2,2 % im laufenden Jahr).

Reformpolitik

Die französische Regierung sieht die Wirtschaftsentwicklung als Bestätigung ihres Reformkurses, der insbesondere auf drei Bereiche fokussiert ist: Bedingungen für mehr Wachstum schaffen, Beschäftigung erhöhen, Wissensgesellschaft ausbauen und damit die Wettbewerbsfähigkeit steigern. Die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen (s.o.) und die Erhöhung der Beschäftigung stehen derzeit im Mittelpunkt. Im Bereich der Beschäftigung konzentrieren sich die Anstrengungen auf die Schaffung finanzieller Anreize, die zur Aufnahme einer Beschäftigung führen (z.B. Steuererleichterungen für Geringverdiener, deutliche Aufstockung der sog. Arbeitsprämie als zusätzliches Einkommen für Geringverdiener auf einen Maximalbetrag von 714 € pro Jahr, Reform des Lohnverhandlungssystems), auf verstärkte Vermittlungsaktivitäten für arbeitsmarktpolitische Problemgruppen, auf mehr Investitionen in Humankapital und die stärkere Förderung von lebenslangem Lernen. Der Arbeitsmarkt soll zudem weiter flexibilisiert werden, damit sich Marktentwicklungen direkter und schneller auf das Einstellungsverhalten von Unternehmen auswirken können (z.B. Umsetzung eines Projekts, das kleineren Unternehmen Einstellungen erleichtern soll). Forschung und Entwicklung sollen insbesondere von einer verstärkten Zusammenarbeit öffentlicher und privater Forschungseinrichtungen profitieren. Im Bereich der Innovation setzt Frankreich auf sog. Innovationspole, d.h. Unternehmen, Forschungs- und Bildungseinrichtungen einer Region schließen sich zusammen, um mit koordinierten Projekten die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen.

Politik gegen soziale Ausgrenzung

In Reaktion auf die Unruhen im letzten Herbst hat Mitte Oktober 2006 die Agentur für den sozialen Zusammenhalt und die Chancengleichheit (ANCSEC) ihre Arbeit aufgenommen. Die Einsetzung dieser Agentur war Teil des Gesetzes über die Chancengleichheit vom 31. März 2006. Der Agentur stehen für 2007 Mittel von ca. 500 Mio. € zur Verfügung. Aufgaben der Agentur sind die Integration sowie die

Bekämpfung von Diskriminierungen von Menschen mit Migrationshintergrund, besondere Maßnahmen für die Bewohner sozial schwacher Viertel, die Bekämpfung des Analphabetismus sowie die Einrichtung eines freiwilligen zivilen Dienstes, bei dem Jugendliche über einen Zeitraum von mindestens sechs Monaten gemeinnützige Arbeiten übernehmen sollen und gleichzeitig bei der Arbeitssuche unterstützt werden.

Ebenfalls zur Verbesserung der Situation in den sozialen Brennpunkten hat die Regierung bis 2013 Investitionen von 35 Mrd. € in Maßnahmen der Stadterneuerung angekündigt. Diese zielen insbesondere auf die Verbesserung der Wohnsituation durch Renovierungsmaßnahmen und Neubauten sowie die Beschäftigungsförderung in den benachteiligten Vierteln, z.B. durch intensivere Betreuung von Jugendlichen durch die Agentur für Arbeit.

5 Niederlande

- Konjunkturelle Lage begünstigt Realisierung eines ausgeglichenen Haushalts 2006.
- Positive Entwicklung ist auch auf dem Arbeitsmarkt spürbar.
- Reforminitiativen zur Stärkung der Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten und zur Erhöhung des Bildungsniveaus.

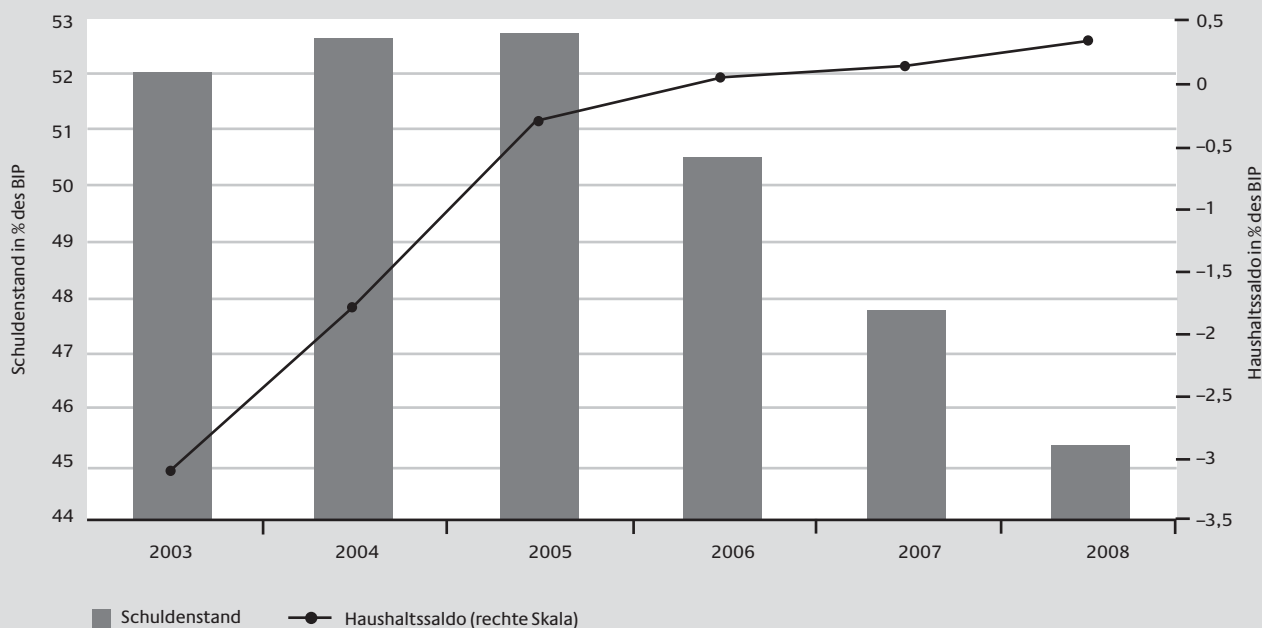
Finanzpolitik

Der Haushalt wird 2006 nach der beträchtlichen Konsolidierung in den vergangenen Jahren nochmals eine leichte Verbesserung erfahren und voraussichtlich ausgeglichen abschließen, wobei es in struktureller Betrachtung zu keiner weiteren Straffung kommt. Der im Jahr 2005 einsetzende wirtschaftliche Aufschwung hat sich im laufenden Jahr fortgesetzt. Neben den

Erfolgen vergangener Konsolidierungsmaßnahmen wie beispielsweise der verkürzten Bezugsdauer beim Arbeitslosengeld, der Gesundheitsreform sowie den Einschränkungen bei der Rente und Berufsunfähigkeit kann das Erreichen des Haushaltsausgleichs auf die höheren Einnahmen bei den indirekten Steuern (Mehrwertsteuer) zurückgeführt werden. Darüber hinaus tragen aber auch die gestiegenen Energiepreise zu mehr Staatseinnahmen aus dem Gasgeschäft bei.

Es wird erwartet, dass sich die vorteilhafte Haushaltsentwicklung auch im kommenden Jahr fortsetzt. Die EU-Kommission geht von einem leichten Überschuss im Jahr 2007 aus (0,1 % des BIP). Die Gesamtausgaben dürften nach diesen Schätzungen die Ausgabenobergrenze unterschreiten. Zudem wird mit einem weiteren Anstieg der energiepreisbezogenen Einnahmen gerechnet. Vor diesem Hintergrund gab es erste Überlegungen für die Absenkung der Einkommen- und Körperschaftsteuer. Die kommende finanzpolitische Ausrichtung ist aber bedingt durch die vorgezogenen Parlamentswahlen vom 22. November 2006 noch nicht festgelegt.

Abbildung 3: Niederlande
Schuldenstand und Haushaltssaldo



Arbeitsmarkt

Die günstige wirtschaftliche Entwicklung macht sich zunehmend auch auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar. Der öffentliche Haushalt wird somit auch von dieser Seite entlastet. Nach Schätzungen der EU-Kommission dürfte die Beschäftigung (in Vollzeitäquivalenten) sowohl 2006 als auch 2007 um rund 1 1/2 % wachsen. Die Arbeitslosenquote könnte im Jahr 2007 auf 3 % sinken. Bestehende Tarifvereinbarungen schreiben die Löhne im laufenden Jahr noch auf einem relativ geringen Niveau fest. Daher muss erst für das Jahr 2007 damit gerechnet werden, dass sich die Verknappung auf dem Arbeitsmarkt über steigende Arbeitskosten in einem inflationären Druck bemerkbar macht.

Reformpolitik

Die niederländische Regierung informiert in der Aktualisierung des Nationalen Reformprogramms (NRP) vom Oktober 2006 über Maßnahmen zur besseren Zielerreichung der Lissabon-Agenda. Dazu gehören Strukturreformen auf dem Arbeitsmarkt und bei der sozialen Sicherung. So wurden die Bedingungen für den Bezug von Sozialleistungen verschärft. Die Dauer für die Gewährung von Arbeitslosengeld wird von fünf Jahren auf den im internationalen Vergleich nach wie vor langen Zeitraum von 38 Monaten reduziert. Die Anfang 2006 privatisierten staatlichen Krankenkassen stellen einen weiteren umfassenden Reformschritt dar. Die Patienten haben nun umfassende Wahlfreiheit. Die Finanzierung der Gesundheitsversorgung erfolgt über eine Kopfpauschale und einen einkommensabhängigen Beitrag. Daneben werden im NRP Maßnahmen zur Verbesserung des Geschäftsklimas, zur Stärkung der Forschungs- und Entwicklungsaktivität sowie solche zur Erreichung eines höheren Bildungsniveaus dargestellt.

Wesentlicher Bestandteil der Strategie zur Verbesserung des Geschäftsklimas ist der Abbau der administrativen Kosten insbesondere für kleine und mittelständische Betriebe und für Neugründungen. In den Niederlanden wurde das Ziel formuliert, bis 2007 die administrativen Kosten um 25 % zu senken. Hierzu wurden

bereits 100 Maßnahmen umgesetzt und eine Kostenverringerung von 1,9 Mrd. € bzw. 12 % erreicht. Weitere 70 zu ergreifende Maßnahmen sollen die Kosten zusätzlich um 2,1 Mrd. € verringern. Ein Anknüpfungspunkt zur Verringerung der administrativen Last ist die genaue Überprüfung der Kompatibilität des europäischen Rechts mit dem nationalen Recht. In einigen Fällen konnte auf zusätzliche nationale Regelungen verzichtet werden. Ein weiterer Bestandteil der Verbesserung des Geschäftsklimas ist die Unterstützung bei der Unternehmensgründung. Neben einem vereinfachten Zugang zu Information und Beratung über den Einsatz neuer Informationstechnologien werden Maßnahmen in Angriff genommen, die es ermöglichen, dass ein Unternehmen binnen einer Woche gegründet werden kann.

Ferner zielt die niederländische Politik u. a. auch auf die Stärkung der privaten Forschungs- und Entwicklungsaktivität. Insbesondere soll die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und wissenschaftlichen Instituten verbessert werden. Zu diesem Zweck wurden steuerliche Anreize erhöht und Innovationsgutscheine eingeführt, die kleine und mittelständische Unternehmen beim Erwerb von Leistungen wissenschaftlicher Institute unterstützen. Darüber hinaus sollen so genannte „Innovation-Durchführungsverträge“ (IDV) den Unternehmen Anreize bieten, zum Zwecke der Forschung und Entwicklung Kooperationen einzugehen und auf externes Wissen zurückzugreifen.

Ein weiteres Reformziel ist ein höheres Bildungsniveau. Im Bereich der Hochschulbildung wurden vor diesem Hintergrund Freiräume geschaffen, die es den Bildungseinrichtungen erlauben, verschiedene Formen von Studiengebühren oder Eingangstests zu erproben. Zudem können private Bildungsinstitutionen öffentliche Mittel erhalten. Insgesamt soll sich der Bildungssektor stärker an der Nachfrage orientieren. Daher ist vorgesehen, Bildungsgutscheine einzuführen. Auch hierdurch soll die Rolle privater Bildungsanbieter gestärkt werden.

6 Spanien

- Auch 2006 Haushaltsüberschuss, Staatsschuldenquote könnte 2007 unter 40 % des BIP sinken.
- Weiterhin hohes Leistungsbilanzdefizit, vergleichsweise geringes Produktivitätswachstum.
- Reformen im Energiesektor, Einzelhandel, Arbeitsmarkt und F&E-Bereich.

Konjunktur/Finanzpolitik

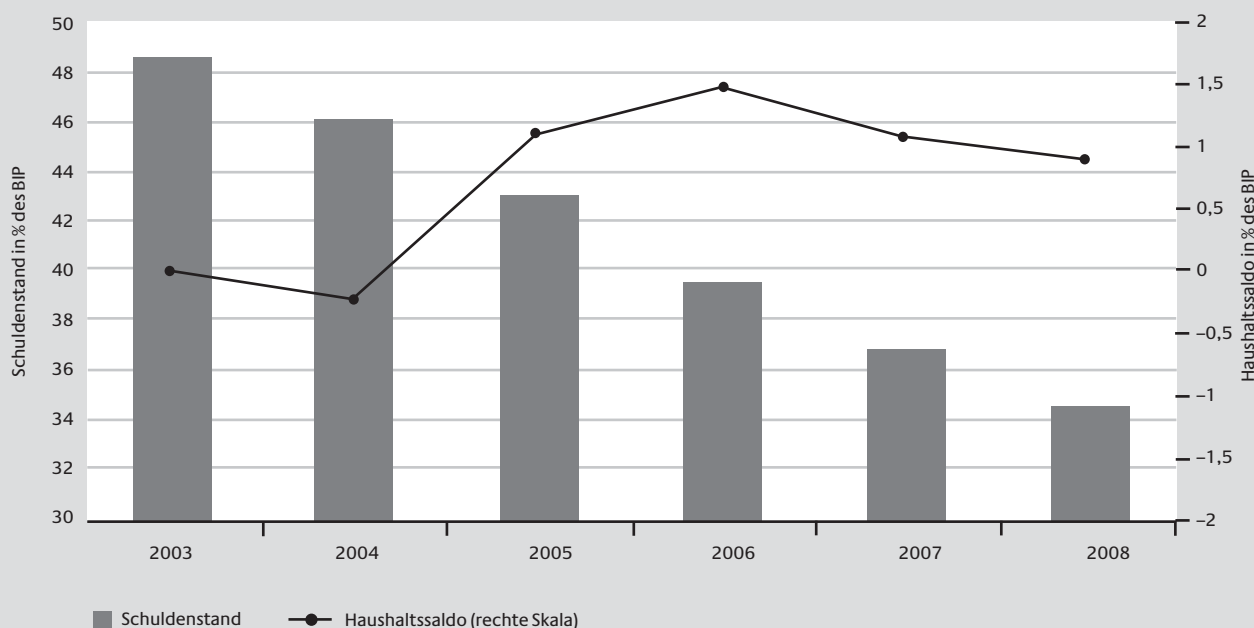
Die EU-Kommission geht für das laufende Jahr von einem Haushaltsüberschuss in Höhe von 1,5 % des BIP aus. Vermutlich aufgrund der über die Erwartung gestiegenen Einnahmen liegt der Überschuss deutlich über der Haushaltsplanung und auch über der Schätzung im aktualisierten Stabilitätsprogramm.

Die spanische Regierung basiert ihre Finanzplanung für das Jahr 2007 auf einem

gegenüber 2006 leicht geringeren BIP-Wachstum (3,2 %). Prognostizierter moderater privater Konsum, gemäßigte Bauinvestitionen sowie ein weniger negativer Beitrag des Außenhandels und eine erhöhte Produktivität könnten auf eine ausgeglichene Entwicklung in Spanien hinweisen. Im EU-Vergleich liegt das Produktivitätswachstum unter dem Durchschnitt der von den anderen Mitgliedstaaten erzielten Werte. Die überdurchschnittliche Preissteigerung, verbunden mit einer ungenügenden Wettbewerbsfähigkeit, schlägt sich auch im Leistungsbilanzdefizit nieder, das im laufenden Jahr einen Wert von 8,6 % des BIP erreichen und 2007 nochmals einen Prozentpunkt darüber liegen dürfte.

Für 2007 ist eine Erhöhung der Staatsausgaben auf allen föderalen Ebenen geplant (7,2 %). Auffällig ist u. a. die deutliche Ausweitung der Ausgaben im Sozialbereich (8,4 %). Da die Einnahmen aber stärker steigen dürften, ist von einem Haushaltsüberschuss auszugehen. Die Staatsschuldenquote könnte damit unter 40 % des BIP sinken. Gegenüber dem laufenden Jahr dürfte sich der Haushaltsüberschuss aber verringern, da sowohl die Änderungen der persönlichen Einkommensteuer und der Körper-

Abbildung 4: Spanien
Schuldenstand und Haushaltssaldo



schaftsteuer als auch reduzierte EU-Transfers zu geringeren Einnahmewachsen führen. Der Überschuss der Sozialversicherung dürfte 2007 weiter ausgebaut werden. Damit wird eine Aufstockung der Rückstellungen für den Pensionsfonds möglich. Der Haushaltsentwurf für das Jahr 2007 spiegelt wider, dass die Dezentralisierung in Spanien fortgesetzt wird. Auch im kommenden Jahr werden die Budgetanteile der territorialen Verwaltung einschließlich der autonomen Gebiete zu Lasten der Zentralregierung wieder leicht erhöht.

Reformprioritäten

Die Regierung stellt in ihrem Nationalen Lissabon-Reformprogramm die zentrale Bedeutung der Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit heraus. Die Aktualisierung vom Oktober 2006 verweist auf die Reformbemühungen in den Bereichen, die auch die EU-Kommission und der Rat als ausschlaggebend für die Entwicklung Spaniens erkannt haben:

Im Energiesektor zielen die Reformen auf die Einrichtung eines iberischen Elektrizitätsmarktes (MIBEL). In diesem Zusammenhang wird es Versorgern in Spanien und Portugal nun gestattet, neue Instrumente zum Risikomanagement einzusetzen (Handel mit Terminkontrakten). Vor dem Hintergrund des Ziels der weitgehenden Liberalisierung des Elektrizitätsmarktes bis Januar 2011 wurde ein schrittweiser, zeitlicher Ablauf festgelegt, an dessen Ende die Gebührenordnungen für Gas und Elektrizität beseitigt sein werden.

Im Einzelhandel werden Maßnahmen zur Steigerung der Qualität im Handel ergriffen. Finanzielle Unterstützung soll Anreize geben, Qualitätszertifikate zu erwerben und verstärkt neue Technologien anzuwenden. Die Preistransparenz soll so erhöht und auch die logistischen Abläufe verbessert werden.

Auf dem Arbeitsmarkt sollen Fördermittel dazu beitragen, die Erwerbsbeteiligung von Frauen zu erhöhen und mehr jungen Menschen eine Chance zu bieten, unbefristet am Erwerbsleben teilzunehmen. Ab 2007 ist der Staat verpflichtet, jungen Arbeitssuchenden innerhalb von sechs Monaten ein Angebot für eine Einarbeitung, eine Ausbildung oder eine Ar-

beitsstelle zu machen. Nach Einschätzung der spanischen Regierung sollen finanzielle Anreize für unbefristete Arbeitsverträge und auch die Beschränkungen der Aneinanderreihung befristeter Verträge dazu beitragen, den Anteil befristeter Arbeitsverträge deutlich zu verringern.

Zur Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation wurden bereits im laufenden Jahr die Budgetmittel gegenüber dem Vorjahr um 32 % aufgestockt und drei strategische Programme aufgelegt. Die Programme zielen darauf ab, die Kooperation zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor zu verstärken, die Forschungstätigkeit insgesamt auf ein ausreichend hohes Niveau zu bringen und schließlich in puncto Informationsgesellschaft an Europa anzuschließen. Auch im kommenden Jahr ist im Haushaltsentwurf eine Steigerung des Mitteleinsatzes für Forschung und Entwicklung in Höhe von 33 % vorgesehen. Die Auszahlungen aus den europäischen Strukturfonds werden zunehmend in diesen Bereich geleitet.

Um unternehmerisches Potenzial freizusetzen, soll die Unternehmensbesteuerung ab 2007 um fünf Prozentpunkte – von 35 % auf 30 % bzw. von 30 % auf 25 % für kleine und mittelständische Unternehmen – verringert werden. Daneben ist vorgesehen, die Steuergesetze zu vereinfachen und Ausnahmetatbestände abzubauen. Außerdem soll auch die Verringerung des administrativen Aufwands bei der Gründung eines Unternehmens dazu beitragen, dass die unternehmerische Aktivität zunimmt.

7 Italien

- Weiterer Anstieg der Defizitquote und der Schuldenstandsquote.
- Budgetentwurf sieht für 2007 erhebliche, insbesondere einnahmenseitige Korrekturen vor.
- Reformagenda setzt auf effiziente Märkte, Forschung und Entwicklung, Beteiligung am Erwerbsleben, Infrastruktur und Umweltschutz.

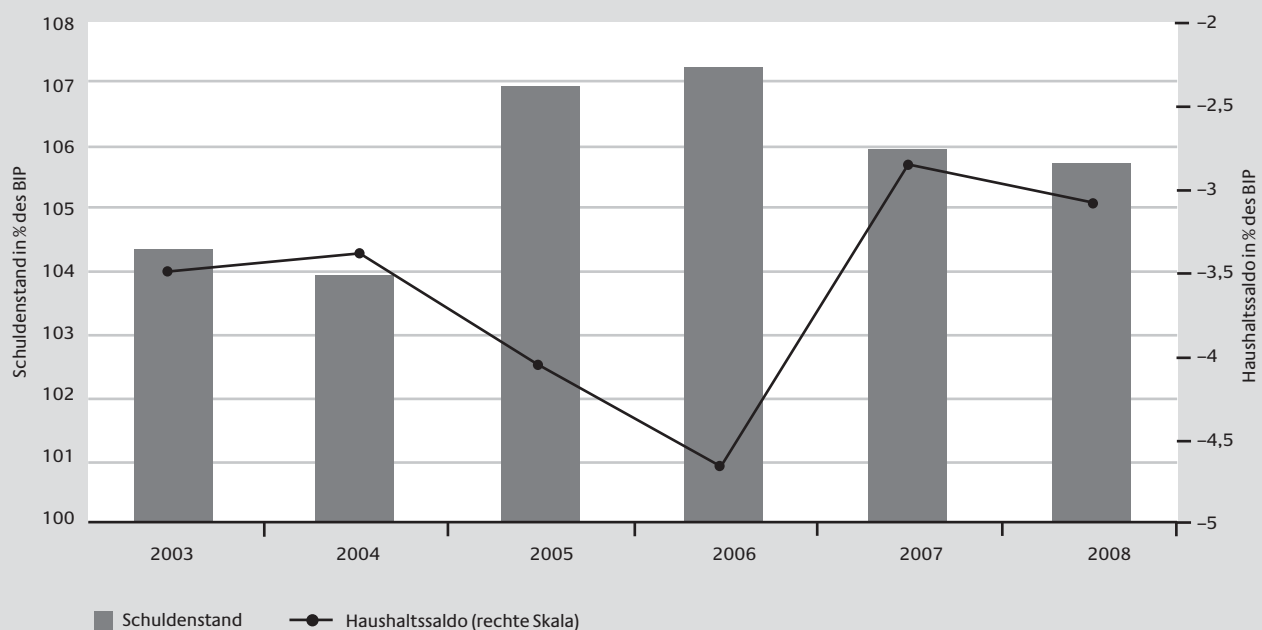
Finanzpolitik

Im laufenden Jahr kann Italien mit Steuereinnahmen rechnen, die über den Erwartungen zu Beginn des Jahres liegen dürften. Trotz Einhaltung der Ausgabenplanung wird sich aber das Defizit voraussichtlich auf 4,7 % des BIP (nach 4,1 % des BIP im Vorjahr) erhöhen. Ursache hier-

für ist insbesondere die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes vom September 2006, in dessen Folge der Staat nicht gewährten Vorsteuerabzug für Dienstwagen für die Jahre 2003 bis 2005 in Höhe von insgesamt 13,4 Mrd € rückerstatten muss. Diese angemahnte Änderung der Steuerpraxis wird auch die Mehrwertsteuereinnahmen ab 2006 mindern. Die EU-Kommission stellt in der Herbstprognose 2006 fest, dass sich dennoch das strukturelle Defizit – d. h. konjunkturbereinigt und ohne Berücksichtigung von Einmalmaßnahmen und temporären Effekten – gegenüber dem Vorjahr um $\frac{1}{4}$ % des BIP verbessert haben könnte.

Unter Berücksichtigung des vom Finanzministerium im Oktober eingebrachten Korrekturpakets („Finanziaria“) zum Haushaltsentwurf vom Juli 2006 wurde nun eine Vorlage für das Haushaltsgesetz präsentiert, mit der es gelingen soll, das Defizit im kommenden Jahr gemäß der Auflagen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes unter 3 % des BIP zu senken. Die EU-Kommission prognostiziert einen Haushaltssaldo von –2,9 % des BIP. Das Korrekturpaket von insgesamt

Abbildung 5: Italien
Schuldenstand und Haushaltssaldo



34,7 Mrd € umfasst Ausgabenkürzungen, darunter die Reorganisation des öffentlichen Dienstes, geringere Transfers an den staatlichen Gesundheitsbereich und an die lokalen Gebietskörperschaften und Einnahmenerhöhungen, darunter die Erhöhung der Erbschaft- und Einkommensteuer. Außerdem sollen 50 % der betrieblichen Rückstellungen für die Betriebsrenten zwangsweise an die Sozialversicherung überwiesen werden. Die Rentenkassen sollen zusätzlich Mittel durch Beiträge Selbstständiger u.ä. erhalten. Durch die forcierten Anstrengungen gegen die Steuervermeidung sollen insgesamt 7,9 Mrd € erbracht werden. Aber nur die Hälfte des Gesamtpakets ist zur Verringerung des Defizits vorgesehen. Der andere Teil soll für höhere Infrastrukturausgaben, für höhere Sozialleistungen und für Friedensmissionen bereitgestellt werden. Insgesamt könnte sich das strukturelle Defizit gegenüber dem Vorjahr dennoch um 1 % des BIP verbessern, sofern alle Einnahmen wie vorgesehen erzielt werden und defizitwirksam zu buchen sind. Es ist jedoch nicht auszuschließen, dass der Entwurf in den anstehenden Verhandlungen im Abgeordnetenhaus und im Senat noch substantielle Änderungen erfährt.

Reformpolitik

Die Regierung ließ verlautbaren, dass der Haushaltsentwurf auch im Lichte der Überzeugung aufgestellt wurde, dass solide öffentliche Finanzen das Fundament für nachhaltiges Wachstum sind. Im Nationalen Lissabon-Reformprogramm, das im Oktober 2006 aktualisiert wurde, stellt die Regierung vor diesem Hintergrund ihre Priorität für fünf Aufgaben vor.

Effizienz der Märkte steigern: Hierzu setzt die Regierung auf die Vereinfachung der Administration sowie den Abbau von Zutrittsschranken zu Produktmärkten und auf die Liberalisierung von Dienstleistungsmärkten. Geringere administrative Kosten sollen vor allem das Wachstum von Unternehmen erleichtern.

Förderung von Forschung und Entwicklung: Angestrebt wird insbesondere der Ausbau von

öffentlich-privaten Partnerschaften. Die Maßnahmen berücksichtigen die besondere, durch klein- und mittelständische Betriebe geprägte Wirtschaftsstruktur Italiens. Anreize für private Investitionen – etwa durch Steuerbefreiung und Forschungsförderung – zielen darauf, die Forschungsaktivität unmittelbar zu erhöhen.

Die Teilnahme am Erwerbsleben soll gesteigert und bessere Anreize für Investitionen in Humanvermögen geboten werden. Ziel ist eine Verbesserung der Qualität der Arbeit insbesondere durch lebenslanges Lernen, aber auch durch die Steigerung der Effektivität des Bildungssystems. Die Einführung von Trainingsgutscheinen ist in diesem Zusammenhang besonders hervorzuheben. Durch aktive Arbeitsmarktpolitik soll die Teilnahme der Frauen und jungen Menschen am Erwerbsleben gesteigert sowie der Anreiz zum Verbleib im Erwerbsprozess für ältere Berufstätige erhöht werden. Darüber hinaus ist vorgesehen, positive Beschäftigungsanreize steuerpolitisch über Ermäßigungen im Bereich der regionalen Produktionssteuer (IRAP) zu erreichen.

Die Mittel zur Verbesserung der Infrastruktur sollen in prioritäre Bereiche gelenkt werden, um die Produktivität in der Volkswirtschaft zu erhöhen. Hierzu gehören u. a. eine Verbesserung der physischen Infrastruktur und moderne Transporttechnologie. Maßnahmen zur besseren Anbindung Italiens an Europa sollen sich auf den Norden des Landes konzentrieren. Programme für die Entwicklung innovativer Technologien werden durch nationale Forschungsaktivitäten in verschiedenen Programmen unterstützt.

Umweltschutz und technologischer Fortschritt sollen in Einklang gebracht und die Wettbewerbsfähigkeit Italiens gleichzeitig damit gestärkt werden. Vorgesehen sind dafür Projekte für Forschung und Technologie im Bereich der Energieeffizienz und für erneuerbare Energiequellen. So sollen beispielsweise verbilligte Darlehen den Einsatz hocheffizienter Industriemotoren erleichtern. Ziel ist, die technologische Erneuerung in Italien zu beschleunigen und den Export italienischer Ingenieurprodukte zu fördern.

8 Schweden

- Solide Fundamentaldaten stellen günstige Ausgangsposition für neue Regierung dar.
- Neue Regierung setzt Reformschwerpunkte im arbeitsmarktpolitischen Bereich.

Konjunktur/Finanzpolitik

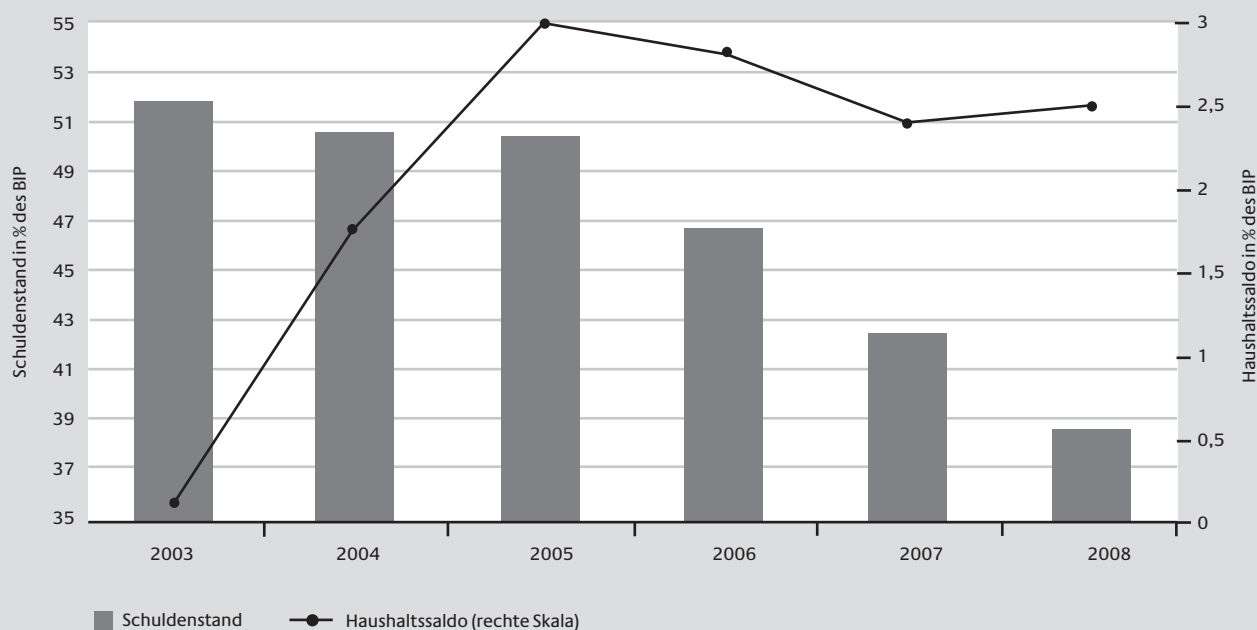
Das nach dem Regierungswechsel im September neu konstituierte Kabinett kann seine geplanten Reformmaßnahmen auf solide Fundamentaldaten stützen. Für 2006 wird von der Regierung und der EU-KOM ein reales BIP-Wachstum von 4 % prognostiziert, für 2007 von 3,3 %. Für 2006 wird u. a. aufgrund der über die Erwartung gestiegenen Einnahmen von einem Budgetüberschuss von 2,8 % des BIP ausgegangen. Auch für 2007 wird trotz der recht expansiven Haushaltsplanung der neuen Regierung (u. a. umfangrei-

che Steuersenkungen) ein Überschuss im Staatshaushalt erwartet (Regierung und EU-KOM: 2,4%). Die Schuldenstandsquote, die in 2005 rd. 50 % betrug, dürfte nach Schätzung der EU-KOM in 2006 auf 46,7 % und bis 2008 auf unter 40 % sinken. Dazu soll der Verkauf staatlicher Unternehmen beitragen. Im November gebilligte mehrjährige Richtlinien sollen ab 2007 ein langfristiges Schuldenmanagement gewährleisten.

Geldpolitik

Die Inflation liegt mit 1,5 % im Jahr 2006 weiterhin deutlich unter dem EU-Durchschnitt von 2,3 %. Gründe hierfür sind ein geringer Anstieg der Importpreise sowie moderate Lohnabschlüsse, bedingt durch internationalen Wettbewerb. Trotz des niedrigen Inflationsdrucks hebt die Zentralbank die Zinsen angesichts der steigenden Preise auf dem Wohnungsmarkt und des für 2007 erwarteten lebhaften Wirtschaftswachstums weiter an. Nach drei Zinsschritten von je 25 Basispunkten im März, Juni und August 2006 erhöhte die schwedische Notenbank im Oktober 2006 erneut den Leitzins auf nun 2,75 %.

Abbildung 6: Schweden
Schuldenstand und Haushaltssaldo



Quelle: Herbstprognose der EU-Kommission, 2006.

Reformpolitik

Die neue schwedische Regierung hat Mitte Oktober ihren ersten Haushaltsentwurf vorgestellt. Der Haushalt steht unter dem Motto „Arbeit und Unternehmertum müssen sich wieder lohnen“. Übergeordnetes Ziel ist die Schaffung von Arbeitsplätzen, insbesondere indem der Unterschied zwischen Erwerbseinkommen und Transferleistungen spürbarer werden soll. Statt auf arbeitsmarktpolitische Maßnahmen setzt die Regierung auf mehr Beschäftigung im primären Arbeitsmarkt. In Schweden steht etwa ein Fünftel der Erwerbsbevölkerung (1 Mio. Personen) außerhalb des regulären Arbeitsmarktes (6 % offene Arbeitslosigkeit, Krankschreibungen, Frühverrentungen, Unterbeschäftigung).

Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik

Anreize auf der Angebotsseite des Arbeitsmarktes sollen durch eine nach Einkommen gestaffelte Senkung der Einkommensteuer geschaffen werden. Die auf ca. 40 Mrd. Schwedische Kronen (SEK, rd. 4,4 Mrd. €) geschätzten Mindereinnahmen sollen – zumindest teilweise – durch erhöhte Eigenbeiträge zur Arbeitslosenversicherung sowie die Abschaffung der steuerlichen Absetzbarkeit von Gewerkschaftsbeiträgen gegenfinanziert werden. Über die Einführung einer obligatorischen Arbeitslosenversicherung wird zzt. noch diskutiert. Transferleistungen sollen darüber hinaus deutlich gekürzt werden, sowohl hinsichtlich der Höhe als auch der Bezugsdauer. Auch die Voraussetzungen zum Bezug von Arbeitslosengeldern sollen verschärft werden: Die Auszahlungsdauer soll auf 300 Tage begrenzt werden, 450 Tage bei Personen mit Kindern; die Tagessätze werden auf höchstens 680 SEK (rd. 74,50 €), mindestens 320 SEK (rd. 35 €) festgesetzt. Der bisherige Lohnfortzahlungssatz in Höhe von 80 % gilt nur noch für die

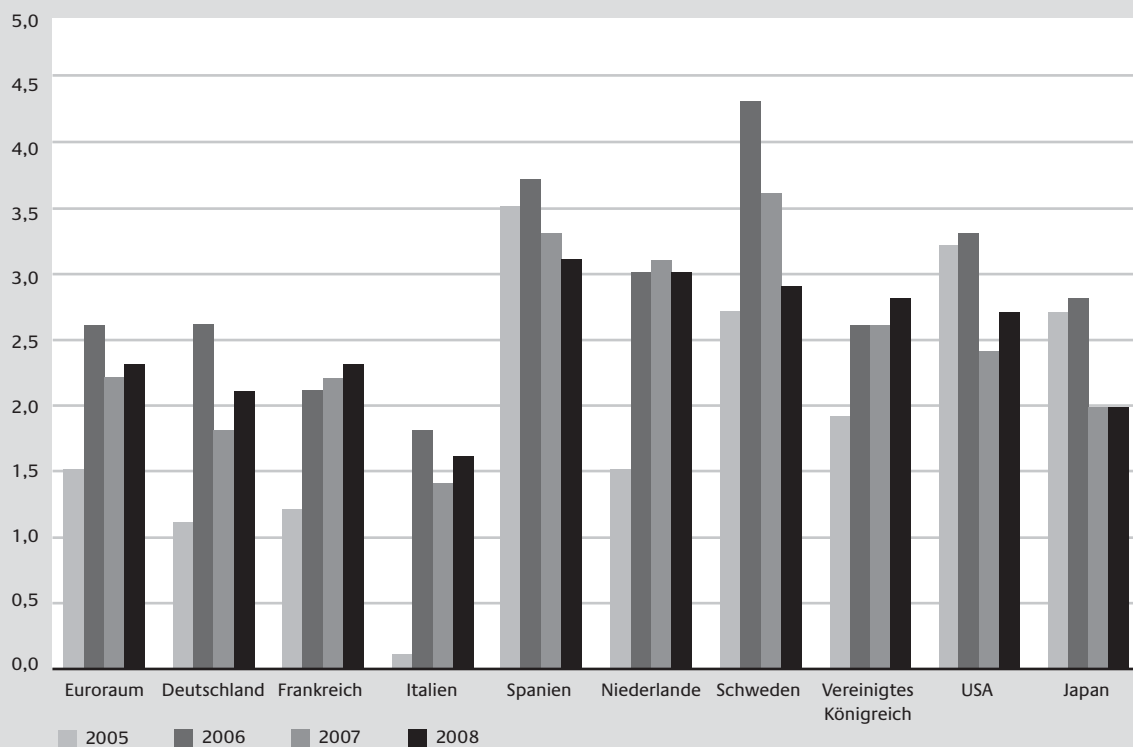
ersten 200 Tage, danach sinkt er auf 70 %. Nach 300 Tagen Arbeitslosigkeit ist eine Leistungskürzung auf 65 % vorgesehen, vorausgesetzt dass der Betroffene an einem staatlichen Beschäftigungsprogramm teilnimmt, sonst entfällt der Anspruch ganz. Im Anschluss an ein Studium besteht kein Anspruch mehr auf Arbeitslosengeld. Die Abschaffung des Arbeitgeberbeitrages in Höhe von 15 %, der ab dem 15. Krankheitstag fällig wird, soll zu einer erhöhten Neueinstellung vor allem bei kleinen Unternehmen führen. Im Gegenzug werden allerdings die Arbeitgeberbeiträge zur Krankenversicherung angehoben.

Die von der Vorgängerregierung eingeleitete Rentenreform soll, ergänzend zu Reformen anderer sozialer Sicherungssysteme mit dem Ziel der Sicherung der Stabilität öffentlicher Finanzen, fortgeführt werden

Weitere geplante Reformmaßnahmen

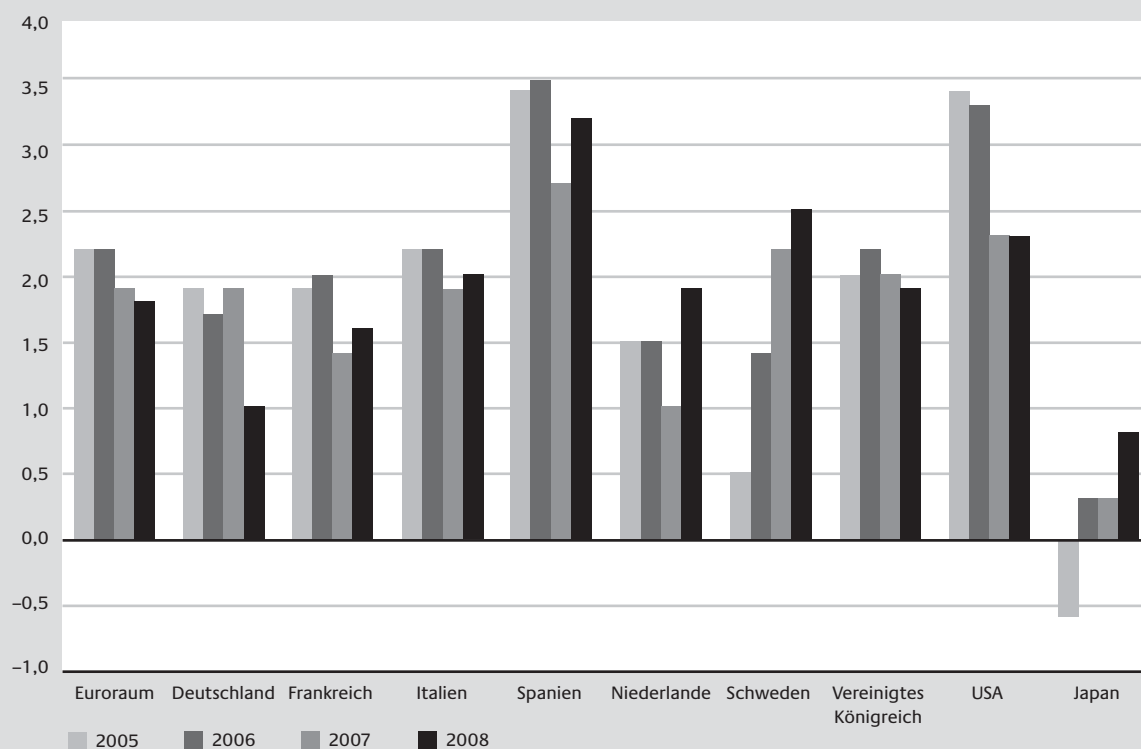
Ab 1. Januar 2007 soll eine schrittweise Senkung der Vermögensteuer erfolgen bis zur gänzlichen Abschaffung in der Mandatsperiode. Es ist vorgesehen, die Immobiliensteuer im Laufe des Jahres 2008 durch eine niedrige kommunale Abgabe zu ersetzen. Der Verkauf staatlicher Unternehmen im Wert von 50 Mrd. SEK (rd. 5,48 Mrd. €) pro Jahr soll zum Abbau der Staatsschuld beitragen. Steuerliche Erleichterungen wurden für bestimmte Dienstleistungssektoren angekündigt. Für Haushaltsdienste werden die Maßnahmen voraussichtlich schon zum 1. Januar 2007 in Kraft treten. Eine detaillierte Ausarbeitung der Reform der Besteuerung von Kleinunternehmen wird für den Frühjahrshaushalt erwartet. Ein erklärtes Ziel der neuen Regierung ist nicht zuletzt der Bürokratieabbau. Derzeit werden über 500 schwedische Behörden einer Effektivitätsprüfung unterzogen.

Abbildung 7: BIP in % gegenüber Vorjahr



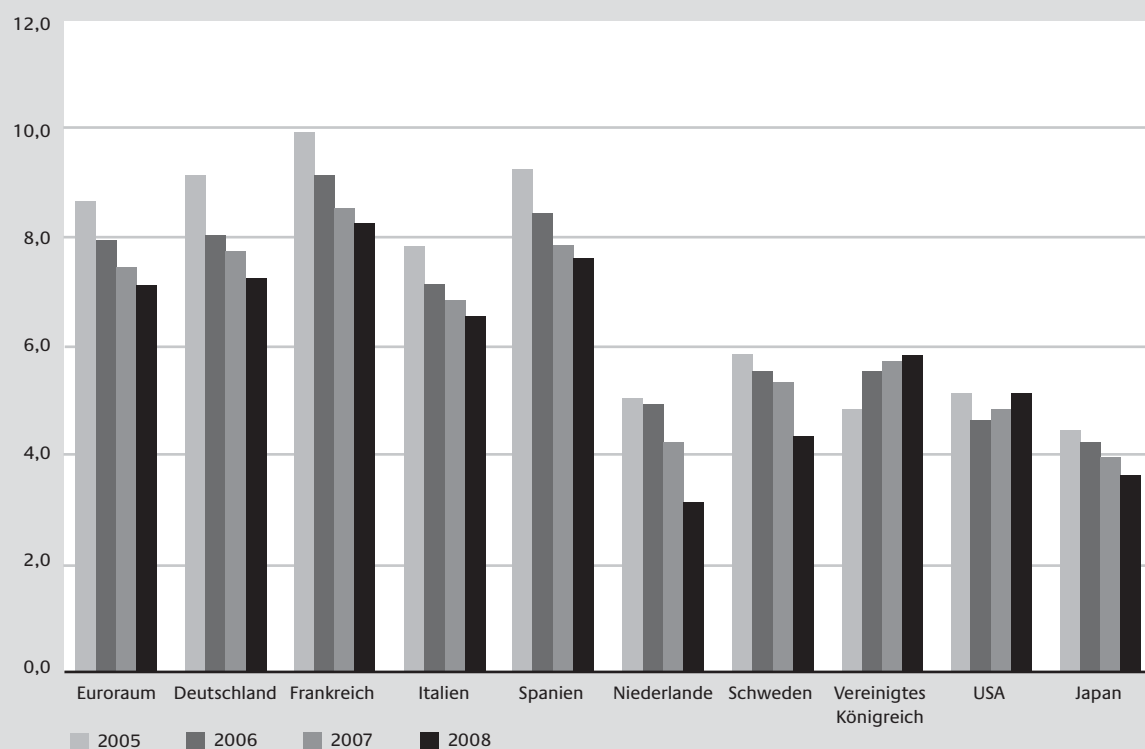
Quelle: OECD Economic Outlook Nr. 80, vorläufige Ausgabe, November 2006.

Abbildung 8: Inflation in %



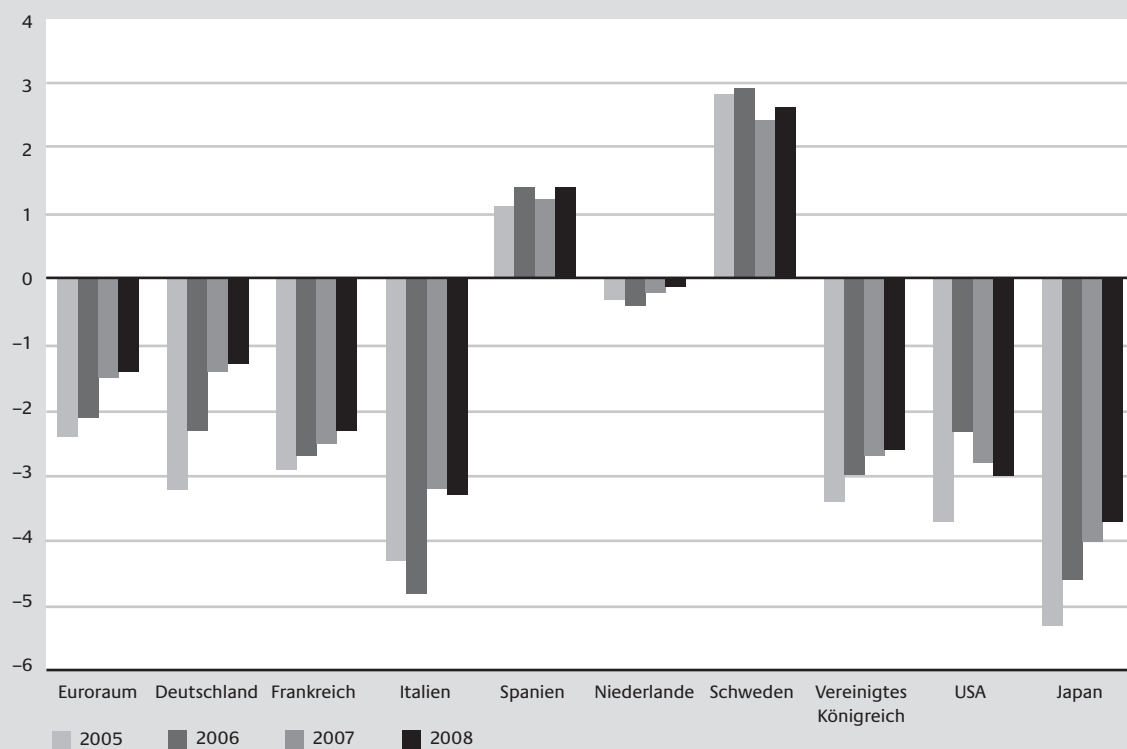
Quelle: OECD Economic Outlook Nr. 80, vorläufige Ausgabe, November 2006.

Abbildung 9: Arbeitslosenquoten in %



Quelle: OECD Economic Outlook Nr. 80, vorläufige Ausgabe, November 2006.

Abbildung 10: Haushaltssalden in % des BIP



Quelle: OECD Economic Outlook Nr. 80, vorläufige Ausgabe, November 2006.



G 20-Finanzministertreffen in Australien am 18./19. November 2006

1	Vorbemerkungen	73
2	Lage der Weltwirtschaft	74
3	Reform der Bretton-Woods-Institutionen	74
4	Energie- und Rohstoffmärkte	75
5	Demografischer Wandel	76
6	Reformpolitik in den Mitgliedstaaten	76
7	Ausblick	76

- Solides Wachstum der Weltwirtschaft dauert an.
- Engagement der G 20 bei zweiter Stufe der IWF-Reform bekräftigt.
- Weitere Behandlung des Zusammenhangs von Energiepolitik und Klimawandel im Rahmen der G 20 vereinbart.
- Wissensstand der Bevölkerung über Möglichkeiten auf den Finanzmärkten zur Alterssicherung soll erhöht werden.
- Aktualisierte „G 20-Reform-Agenda“ verabschiedet.

1 Vorbemerkungen

Am 18./19. November 2006 fand in Melbourne das 8. Treffen der G 20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure statt. Die G 20 ist ein informelles Forum, das den Dialog der Industrie- und Schwellenländer mit dem Ziel weltweiter wirtschaftlicher Stabilität fördern soll. Sie wurde 1999 als Reaktion auf die Finanzkrisen in Asien, Brasilien und Russland unter maßgeblicher Mitwirkung Deutschlands gegründet. Das erste G 20-Finanzministertreffen fand am 15./16. Dezember 1999 in Berlin statt. Die Mitgliedstaaten der G 20 repräsentieren zwei Drittel der Weltbevölkerung und 85 Prozent des weltweit erwirtschafteten Bruttoinlandsprodukts.

In Melbourne wurde Deutschland durch Bundesfinanzminister Steinbrück und Bundesbankpräsident Professor Axel Weber vertreten. Neben einem ausführlichen Meinungsaustausch über die Lage der Weltwirtschaft standen u. a. die Reform der Bretton-Woods-Institutionen, Energie-

politik, demografischer Wandel sowie die Reformpolitik in den Mitgliedstaaten auf der Agenda dieses Treffens. Die wesentlichen Ergebnisse sind im Folgenden skizziert.

2 Lage der Weltwirtschaft

Die G 20 begrüßten das weiterhin andauernde, solide Wachstum der Weltwirtschaft. Auch der Ausblick bleibt nach Ansicht der G 20 positiv. Während das Wachstum in den entwickelten Industriestaaten eine leichte Abschwächung erfahren dürfte, wird für wichtige Schwellenländer wie China und Indien die Fortsetzung der starken Expansion erwartet. Es herrschte Einigkeit darüber, dass zur Aufrechterhaltung eines starken weltwirtschaftlichen Wachstums bei gleichzeitiger Begrenzung der Inflation weitere Anpassungen auf dem Gebiet der Geld-, Währungs-, Finanz- und Strukturpolitik erforderlich sind. Die G 20 warnten vor einer Beeinträchtigung des weltweiten Wohlstands durch zunehmenden Protektionismus bei Handel und Investitionen. In diesem Zusammenhang unterstrichen sie die grundlegende Bedeutung eines Erfolges der DOHA-Runde für freieren Handel, höheres Wirtschaftswachstum und bessere Entwicklung sowie eine nachhaltige Bekämpfung von Armut. Die G 20 riefen daher zu einer raschen Wiederaufnahme der WTO-Verhandlungen mit dem Ziel eines ambitionierten Ergebnisses auf.

3 Reform der Bretton-Woods Institutionen

Die G 20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure stimmten darin überein, dass Effektivität und Legitimierung von Internationalem Währungsfonds (IWF) und Weltbank über eine umfassende Reform der Führungsstrukturen dieser Institutionen sowie eine Überprüfung ihrer strategischen Ausrichtung gestärkt werden müssen.

Ein starker, glaubwürdiger IWF, der die gegenwärtige wirtschaftliche Realität widerspiegelt, ist im gemeinsamen Interesse der G 20. Die jüngst bestärkte Unterstützung der IWF-Gouverneure für eine Reform der Quotenstruktur mit dem Ziel, die Position der Mitgliedstaaten in der Weltwirtschaft besser wiederzugeben und die Stimme von Niedrig-Einkommens-Ländern im IWF zu stärken, wurde daher in Melbourne ausdrücklich begrüßt. Der Beitrag der G 20 zu diesem historischen Resultat wurde gewürdigt. Die G 20 unterstrichen ihr Engagement, zu einem erfolgreichen Abschluss eines umfassenden Reformpakets beizutragen. Schlüsselfaktor dafür ist die Erstellung einer neuen, transparenten und einfachen Quotenformel, die die wirtschaftliche Position der Mitgliedstaaten angemessen berücksichtigt.

In Melbourne herrschte Übereinstimmung, dass weitere Überlegungen hinsichtlich der strategischen und politischen Ausrichtung von IWF und Weltbank notwendig sind. Dies schließt insbesondere die Überwachungsfunktion des IWF („Surveillance“), seine Rolle in Schwellenländern und die weitere Zusammenarbeit von IWF und Weltbank ein. Die G 20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure wiederholten ihre bereits im Oktober 2005 erhobene Forderung, dass die Auswahl der Führung von IWF und Weltbank nach deren Verdiensten und unter Wahrung einer breiten Repräsentierung aller Mitgliedstaaten erfolgen soll. Sie begrüßten alle Überlegungen, die dazu beitragen, die volle Transparenz der Auswahlverfahren für IWF Managing Director und Weltbankpräsident sicherzustellen.

4 Energie- und Rohstoffmärkte

Die Behandlung dieses Themas auf dem G 20-Finanzministertreffen ist Ausdruck der großen Bedeutung der Energie- und Rohstoffmärkte für die Weltwirtschaft. Aufgrund des starken Wachstums der Weltwirtschaft, wachsender Einkommen, fortschreitender Industrialisierung und zunehmender Stadtbevölkerung ist eine deutliche Zunahme der weltweiten Nachfrage nach Energie und Rohstoffen absehbar. Die G 20 stimmten darin überein, dass eine Verbesserung des weltweiten Handels durch Stärkung der Märkte sowie die Sicherung von Nachhaltigkeit durch Investitionen und Förderung von Effizienz die besten Wege sind, um Versorgungssicherheit dauerhaft zu gewährleisten. Weitere Schwerpunkte der Diskussion der Finanzminister und Notenbankgouverneure bildeten die makroökonomischen Auswirkungen der Energie- und Rohstoffpreiszyklen auf die Einnahmenseite der Staatshaushalte sowie die geeignete Ausgestaltung von Energiesubventionen. Es herrschte Übereinstimmung, dass weitere Reformen im Bereich der Energiesubventionen erforderlich seien, um sowohl die finanzpolitische Nachhaltigkeit zu erhöhen als auch das Funktionieren der Preissignale für Angebotsausweitungen und Effizienzsteigerungen sicherzustellen.

Hinsichtlich der Nutzung des derzeitigen Booms auf den Rohstoffmärkten zur Stärkung des weltwirtschaftlichen Wachstums bekräftigten die G 20 den unter deutschem G 20-Vorsitz im Jahr 2004 ins Leben gerufenen „G 20-Wachstumsakkord“. Dieser rief dazu auf, die nationalen Politiken auf die Schaffung eines günstigen Investitionsklimas und die Verbesserung des nationalen und internationalen Wettbewerbs auszurichten. Gleichzeitig wurde unterstrichen, dass eine langfristige Sicherung der Rohstoffversorgung und die weltweiten Herausforderungen wie der Klimawandel effektive internationale politische Rahmenbedingungen und Maßnahmen erfordern. Gut funktionierende Märkte mit klaren Preissignalen, freiem Handel und freien Investitionen, Markttransparenz, gute Regierungsführung und wirksamer Wettbewerb werden nach Ansicht der G 20 zu Investitionen in

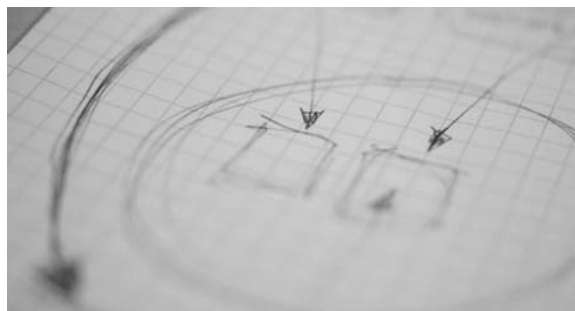
neue Angebotskapazitäten beitragen. Das wiederum trägt dazu bei, effiziente Ressourcennutzung und neue Technologien zur Nutzung alternativer und erneuerbarer Energiequellen voranzubringen und den grenzüberschreitenden Wissens- und Rohstofftransfer zu befördern. Die Entwicklung von klaren Prinzipien für Handel und Investitionen der Rohstoffindustrien wurde auf dem Treffen in Melbourne unterstützt. Außerdem wurde die weitere Behandlung des Zusammenhangs von Energiepolitik und Klimawandel im Rahmen der G 20 vereinbart.



5 Demografischer Wandel

Die zunehmende Alterung der Gesellschaft ist eine weltweite Entwicklung, die auch viele G 20-Staaten erfasst. Obgleich sich die G 20-Staaten in unterschiedlichen Stadien der demografischen Entwicklung ihrer Bevölkerung befinden, wurde die grundlegende Bedeutung von Überlegungen hinsichtlich unausweichlicher Anpassungserfordernisse unterstrichen. Unter australischer G 20-Präsidentschaft wurden in diesem Jahr in verschiedenen Seminaren vor allem die Auswirkungen auf die Finanzmärkte sowie weitere Aspekte der Mobilität von Arbeitskräften betrachtet. Es herrschte Übereinstimmung, dass gut funktionierende Finanzmärkte dazu beitragen können, die wirtschaftlichen Auswirkungen des demografischen Wandels zu glätten. Verbesserungen der Effizienz von Finanzmärkten sowie die Förderung von Finanzmarktinnovationen sind wichtig, um nötige Anpassungsprozesse zu erleichtern. Die G 20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure vereinbarten Zusammenarbeit bei dem Bemühen, die Bevölkerung hinsichtlich ihres Einkommensbedürfnisses im Ruhestand stärker zu sensibilisieren sowie ihre Kenntnis der verfügbaren Möglichkeiten auf den Finanzmärkten zu verbessern.

Bei der Betrachtung der Rolle, die der Mobilität von Arbeitskräften vor dem Hintergrund alternder Gesellschaften zuwächst, wurde der unterschiedliche Nutzen sowohl für sich entwickelnde als auch für entwickelte Länder betrachtet. In diesem Zusammenhang erneuerten die G 20 ihren Aufruf zur internationalen Zusammenarbeit bei der Verbesserung der Rahmenbedingungen für Überweisungen von Migranten in ihre Heimatländer. Als Grundlage für die weitere Diskussion in den G 20 wurde die Weltbank um eine Quantifizierung von Kosten und Nutzen einer verbesserten Übertragbarkeit erworbener Ansprüche auf Rentenzahlungen und Gesundheitsleistungen gebeten.



6 Reformpolitik in den Mitgliedstaaten

Bei der Erörterung dieses Themas wurde unterstrichen, dass der „G 20-Wachstumsakkord“ gute Prinzipien für nationale, das wirtschaftliche Wachstum stärkende Politiken enthält. In Melbourne wurde eine weit reichende, pragmatische Diskussion geführt, in der Erfahrungen bei der Umsetzung von Reformen ausgetauscht wurden. Die derzeitigen Prioritäten der Mitgliedstaaten wurden in einer aktualisierten „G 20-Reform-Agenda“ zusammengefasst. Darin verpflichtet sich Deutschland, die Konsolidierung seiner Staatsfinanzen fortzusetzen und die Grundlagen für Wachstum und Beschäftigung weiter zu verbessern. Wichtige Elemente dieses Ansatzes sind die geplante Reform der Unternehmensteuer, die Reduzierung der Verwaltungskosten durch weiteren Bürokratieabbau und eine neue High-Tech-Strategie. Weitere Strukturreformen wie die Anhebung des Rentenalters oder Maßnahmen zur Verbesserung des Gesundheitssystems sollen dazu beitragen, Nachhaltigkeit und Effizienz des sozialen Sicherungssystems in Deutschland zu gewährleisten.

7 Ausblick

Im nächsten Jahr wird Südafrika die G 20-Präsidentschaft übernehmen. Vereinbart wurde, 2008 Brasilien den Vorsitz zu übertragen. Weitere Informationen können im Internet unter www.G20.org abgerufen werden.

Bundespolitik und Kommunalfinanzen – Aktuelle Aspekte

1	Zusammenfassung	77
2	Positive Entwicklung der Kommunalfinanzen setzt sich fort	78
3	Sicherung der Steuerbasis durch die Unternehmensteuerreform	80
4	Außerordentliche Entlastung der Kommunen bei Unterkunftskosten	81

- In den Jahren 2006 und 2007 dürften Städte, Gemeinden und Landkreise insgesamt Finanzierungsüberschüsse erzielen.
- Die Unternehmensteuerreform trägt ab 2008 zur Verstetigung der Einnahmebasis der Kommunen bei.
- Eine außerordentliche Entlastung der Kommunen bei den Kosten der Unterkunft ermöglicht auch künftig ein bedarfsgerechtes Angebot an Tagesbetreuungsplätzen.

1 Zusammenfassung

Die finanzielle Situation der Kommunen insgesamt verbessert sich – trotz der schwierigen finanziellen Lage einer Anzahl von Städten, Gemeinden und Landkreisen – weiter. Die kommunale Ebene als Ganzes dürfte in 2006 und 2007 wohl Finanzierungsüberschüsse erzielen. Zurückzuführen ist diese Entwicklung insbesondere auf das erneut kräftige Wachstum der kommunalen Steuereinnahmen. Die kommunalen Steuereinnahmen entwickeln sich – mit Ausnahme des Jahres 2007 – deutlich dynamischer als jene von Bund und Ländern.

Von der Stärkung des Standorts Deutschland durch die Unternehmensteuerreform werden auch die Kommunen profitieren. Während die Anschubfinanzierung im Wesentlichen durch Bund und Länder zu tragen ist, kommt den Kommunen u. a. die Stabilisierung der Gewerbesteuer durch die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage zugute. Auch kommunale Spitzenverbände äußern sich zustimmend zu den bislang vorgelegten Eckpunkten.

Mit der Neuregelung des Bundesanteils an den Kosten der Unterkunft im Zusammenhang mit der Grundsicherung für Arbeitsuchende werden die Kommunen ab 1. Januar 2007 – wie

bereits in den Vorjahren – jährlich um deutlich mehr als die zugesagten 2,5 Mrd. € entlastet. Damit stehen den Kommunen – entgegen abweichender Berechnungen aus dem kommunalen Raum – auch die finanziellen Mittel in Höhe von jährlich 1,5 Mrd. € zur Einrichtung eines bedarfsgerechten Angebots an Tagesbetreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren zur Verfügung.

2 Positive Entwicklung der Kommunalfinanzen setzt sich fort

Mit einem Defizit von nur noch 1,7 Mrd. € im 1. Halbjahr 2006 hat sich der Fehlbetrag der kommunalen Haushalte im Vergleich zum 1. Halbjahr 2005 mehr als halbiert. Die deutliche Reduzierung des Defizits geht insbesondere auf die äußerst positive Entwicklung der Steuereinnahmen zurück: Im 1. Halbjahr 2006 erhöhten sie sich gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 12,3 %.

Bereits im Jahr 2005 hatte sich die finanzielle Situation der Kommunen weiter verbessert. Das Defizit der Kommunen sank gegenüber dem Vorjahr um 1,5 Mrd. € auf 2,3 Mrd. €. Zurückzuführen war diese Entwicklung insbesondere auf einen Anstieg der kommunalen Einnahmen um 3,9 %, wozu – neben gestiegenen Steuereinnahmen – zusätzliche Leistungen des Bundes und der Länder an die Kommunen im Rahmen von Hartz IV beitrugen. Nicht zuletzt im Zusammenhang mit dieser Umstellung von der Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II durch Hartz IV stiegen

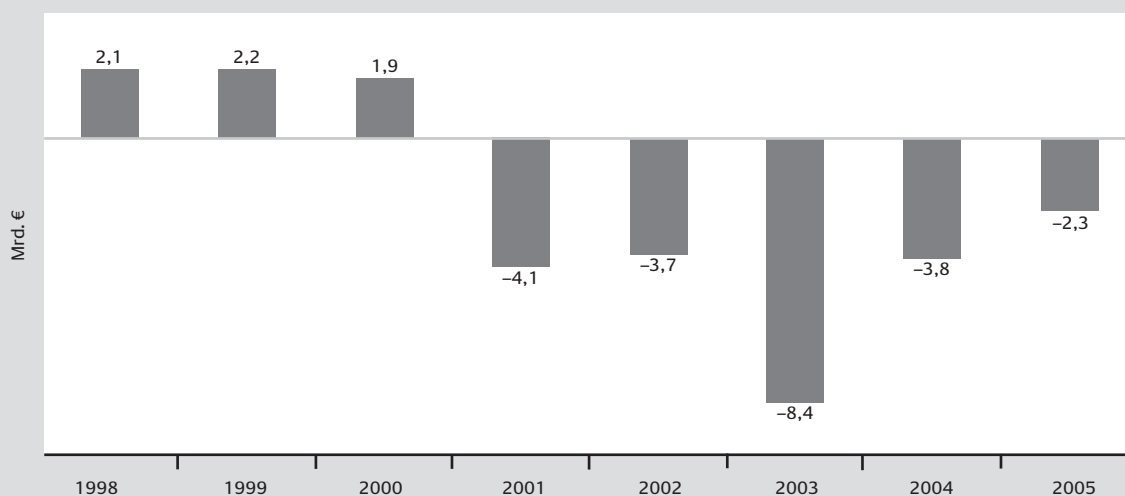
im Jahr 2005 auch die kommunalen Ausgaben. Der Ausgabenzuwachs insgesamt blieb aber mit +2,8 % hinter dem Anstieg der Einnahmen zurück.¹

Aufgrund der bisher auch im 2. Halbjahr 2006 positiven Entwicklung der Steuereinnahmen dürfte die kommunale Ebene insgesamt im Gesamtjahr 2006 – und wohl auch im Jahr 2007 – Finanzierungsüberschüsse erzielen. Damit setzt sich wie bereits in den Vorjahren die Gesundung der kommunalen Finanzen weiter fort.

Der weiter steigende Bestand an Kassenkrediten – bei gleichzeitigem Rückgang des Finanzierungsdefizits – stützt die Vermutung einer größer werdenden Kluft zwischen strukturschwachen und -starken Kommunen. Während der kommunale Finanzierungssaldo im 1. Halbjahr 2006 mit –1,7 Mrd. € deutlich unter dem des 1. Halbjahrs 2005 (–3,9 Mrd. €) lag, stieg der Bestand an Kassenkrediten von rund 23,3 Mrd. € (Stand 30. Juni 2005) auf rund 27,6 Mrd. € (Stand 30. Juni 2006) erneut deutlich.

Die jedoch grundsätzlich positive Entwicklung in 2006 lässt sich wesentlich auf die erneut starke Zunahme bei den Steuereinnahmen zurückführen. Die aktuelle Steuerschätzung No-

Abbildung 1: Finanzierungssalden der Gemeinden/Gemeindeverbände (ohne Stadtstaaten)



Quelle: 1998 bis 2004 Jahresrechnungsstatistik, 2005 Kassenstatistik (Statistisches Bundesamt).

¹ Zur Finanzsituation der Kommunen in 2005 vgl. Monatsbericht des BMF, Juni 2006, S. 49 ff.

vember 2006 schätzt die Steuereinnahmen aller Gemeinden (einschl. Gemeindesteuern der Stadtstaaten) für 2006 auf rund 66,8 Mrd. € und für 2007 auf rund 67,8 Mrd. €. Die Schätzungen liegen damit um jeweils rund 4 Mrd. € über den Werten aus der Mai-Steuerschätzung. Dem liegt insbesondere ein starker Anstieg der Gewerbesteureinnahmen zugrunde: Diese steigen 2006 nach den Ergebnissen der aktuellen Steuerschätzung um 19,8 % auf rund 28 Mrd. € (netto, ohne Stadtstaaten) und verzeichnen so im dritten Jahr in Folge ein Rekordergebnis.

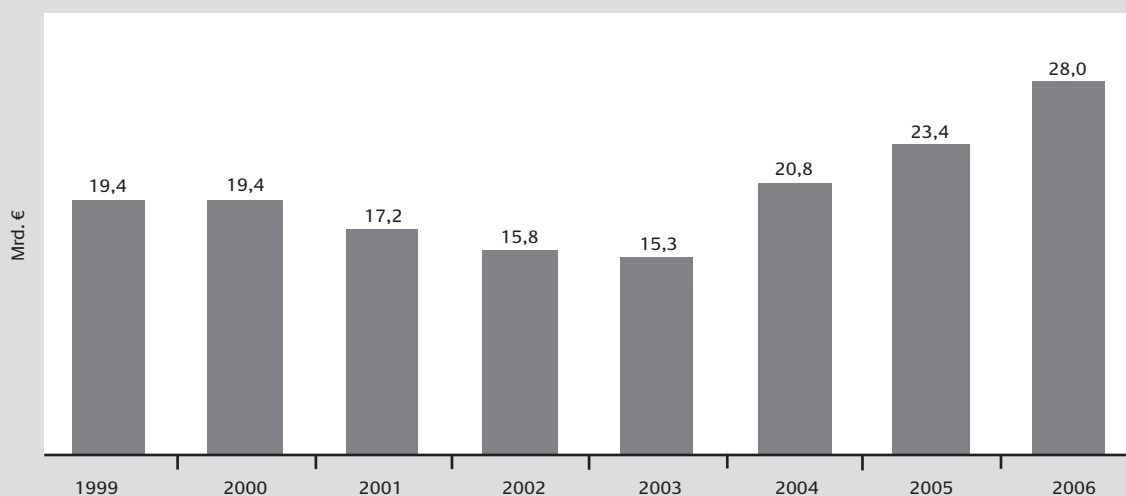
Die Entwicklung der Steuereinnahmen aller Gemeinden in den Jahren 2005 und 2006 ist eindeutig dynamischer als bei Bund und Ländern. Nach der letzten mittelfristigen Steuerschätzung vom Mai 2006 wird dies – mit Ausnahme des Jahres 2007 – auch bis 2010 gelten.²

Nach der aktuellen Steuerschätzung vom November 2006 – die nur den Zeitraum bis zum Jahr 2007 umfasst – steigen die Steuereinnahmen der Gemeinden insgesamt (einschließlich der Gemeindesteuereinnahmen der Stadtstaaten) im Jahr 2006 gegenüber dem Vorjahr um annähernd 12 %. Dazu trägt der Anstieg der Ge-

werbesteuer (netto) mit rund 20 % überdurchschnittlich bei. Damit liegt die Entwicklung bei den Gemeinden deutlich über dem durchschnittlichen Anstieg der Steuereinnahmen aller staatlichen Ebenen von rund 7 %. Für die kommunale Investitionstätigkeit eröffnen sich somit neue Spielräume.

Zwar ist der Zuwachs der kommunalen Steuereinnahmen in 2007 – u.a. aufgrund der Umsatzsteuererhöhung – geringer als bei Bund und Ländern, die Gemeinden partizipieren über den kommunalen Finanzausgleich aber mittelbar an den Mehreinnahmen der Länder aus der höheren Umsatzsteuer. In der Steuerschätzung ist dieser für die Gemeinden positive Effekt nicht berücksichtigt.

Abbildung 2: Einnahmen der Gemeinden/Gemeindeverbände aus der Gewerbesteuer (ohne Stadtstaaten)



Quelle: 1999 bis 2005 Statistisches Bundesamt, 2006 Steuerschätzung und eigene Berechnungen.

² Zu den Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften bis 2010 auf der Basis der Steuerschätzung Mai 2006 vgl. Monatsbericht des BMF, Juni 2006, S. 56.

Tabelle 1: Entwicklung der Steuereinnahmen (Beträge in Mrd. €)

	Ist	Schätzung	
	2005	2006	2007
1. Bund (Mrd. €)	190,2	202,4	219,4
Veränderung gegenüber Vorjahr (in %)	1,7	6,4	8,4
2. Länder (Mrd. €)	180,4	193,4	202,7
Veränderung gegenüber Vorjahr (in %)	0,3	7,2	4,8
3. Gemeinden (Mrd. €)	59,8	66,8	67,8
Veränderung gegenüber Vorjahr (in %)	6,0	11,8	1,5
– dar. Gewerbesteuer (netto)	25,9	31,0	30,3
Veränderung gegenüber Vorjahr (in %)	14,1	19,7	– 2,2
4. Steuereinnahmen insgesamt (Mrd. €)	452,1	484,9	514,1
Veränderung gegenüber Vorjahr (in %)	2,1	7,2	6,0

Quelle: Steuerschätzung vom November 2006; Länder ohne, Gemeinden mit Gemeindesteuereinnahmen der Stadtstaaten; „Steuereinnahmen insgesamt“ einschließlich EU.

3 Sicherung der Steuerbasis durch die Unternehmensteuerreform

Die Kommunen insgesamt werden von der Unternehmensteuerreform profitieren, deren Eckpunkte beschlossen wurden. Durch die höhere Attraktivität des Standorts Deutschland werden auch die Kommunen gewinnen. Sie können damit weiterhin auf einer verlässlichen Einnahmehasis wirtschaften und profitieren von der Unternehmensteuerreform, die langfristig über mehr Wachstum und zusätzliche Arbeitsplätze auch den Haushalten der Städte und Gemeinden zugute kommt. Die Einschränkung vielfältiger Gestaltungsmöglichkeiten zur Steuervermeidung leistet einen wichtigen Beitrag zur Verstetigung des kommunalen Steueraufkommens. Damit sind die Voraussetzungen zur Sicherung und Stärkung der Investitionskraft der Kommunen geschaffen, die etwa 60 % aller öffentlichen Investitionen tätigen. Dies wird nicht zuletzt dem arbeitsintensiven deutschen Mittelstand nutzen.

Durch die Unternehmensteuerreform – die zum 1. Januar 2008 in Kraft treten soll – entstehen den Kommunen insgesamt, gemessen am Jahr der vollen Wirksamkeit, im Gegensatz zu Bund und Ländern keine Mindereinnahmen. Die folgenden Einzelmaßnahmen des Koalitionsbeschlusses haben über die Gewerbesteuer bzw. über die Einkommensteuer unmittelbare finan-

zielle Auswirkungen (sowohl Belastungen als auch Entlastungen) auf die Kommunen:

- Senkung der Gewerbesteuer-Messzahl von 5 % auf 3,5 %,
- Abschaffung des Staffeltarifs bei der Gewerbesteuer,
- Anhebung des Anrechnungsfaktors der Gewerbesteuer bei der Einkommensteuer von 1,8 auf 3,8,
- Maßnahmen zur Einschränkung von Gestaltungsmöglichkeiten (Einführung einer Zinsbeschränke von 30 % mit einer Freigrenze von 1 Mio. € und Escape-Klausel als Ersatz für den Wegfall der Bestimmungen für die Gesellschafter-Fremdfinanzierung nach § 8a KStG, Einschränkung von Gestaltungsmöglichkeiten im Rahmen der Wertpapierleihe, Besteuerung von „Funktionsverlagerungen“, Verschärfung der Mantelkaufregelungen),
- Mehraufkommen durch Sicherung des nationalen Steuersubstrats,
- Maßnahmen zur Verbreiterung der Bemessungsgrundlage (Ersatz der 50%-Hinzurechnung von Dauerschuldzinsen einschließlich Mieten und Pachten durch eine 25%-Hinzurechnung aller Zinsen und der pauschalierten Finanzierungsanteile bei Mieten, Pachten, Leasing und Lizenzen unter Berücksichtigung eines Freibetrags von 100 000 €),
- Gegenfinanzierung u. a. durch die Abschaffung der Abziehbarkeit der Gewerbesteuer als Betriebsausgabe, die Abschaffung der degressi-

ven AfA und die Begrenzung der Sofortabschreibung für geringwertige Wirtschaftsgüter für Unternehmen, die § 7g EStG in Anspruch nehmen können,

- Entlastung auch der Personenunternehmen bei der Einkommensteuer durch eine verbesserte Ansparabschreibung nach § 7g EStG sowie durch eine Thesaurierungsbegünstigung,
- Einführung einer Abgeltungsteuer auf Kapitalerträge mit Veranlagungsoption in Höhe von 25 % ab dem Jahr 2009.

Durch die beschlossenen Maßnahmen wird die Struktur der Gewerbesteuer nicht verändert. Die Änderungen bei den Hinzurechnungen verbreitern die Bemessungsgrundlage durch die Einbeziehung weiterer ertragsunabhängiger Elemente und stabilisieren so die kommunalen Finanzen. Sie vereinfachen die Gewerbesteuer, weil nicht mehr zwischen kurzfristigen und langfristigen Verbindlichkeiten unterschieden werden muss, und sie sorgen gleichzeitig dafür, dass Ausweichgestaltungen erschwert werden.

Die kommunalen Spitzenverbände (Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund) haben die Einigung der Koalitionsparteien zur Unternehmensteuerreform begrüßt. Als besonderer Erfolg der Kommunen sei zu werten, dass die Gewerbesteuer als wichtigste Einnahmequelle der Städte erhalten bleibe und stabilisiert werden solle, als Realsteuer eher noch verbessert werde und die ursprünglich geplante Vereinheitlichung der Bemessungsgrundlagen von Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer durch Streichung der Hinzurechnungen bei der Gewerbesteuer nicht zum Tragen komme.

4 Außerordentliche Entlastung der Kommunen bei Unterkunftskosten

Der Bundestag hat auf ein einstimmiges Votum des Bundesrates hin beschlossen, dass der Bund sich im Jahr 2007 in Baden-Württemberg mit 35,2 %, in Rheinland-Pfalz mit 41,2 % und in den übrigen Ländern mit 31,2 % an den Leistungen der kommunalen Träger für Unterkunft und Heizung im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende beteiligt. Der Bund wird damit von den Leistungen in Höhe von insgesamt voraussichtlich 13,5 Mrd. € einen Anteil von 4,3 Mrd. € an den Kosten der Unterkunft übernehmen. Die Kommunen werden einen Betrag in Höhe von 9,2 Mrd. € tragen. Es ist unabdingbar, dass die Länder ihre Entlastungen beim Wohngeld vollständig an die Kommunen weitergeben.

Unter Beachtung aller Be- und Entlastungen der Kommunen im Zusammenhang mit dem Vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt werden die Kommunen damit wie schon in den Jahren 2005 und 2006 um deutlich mehr als die zugesagten 2,5 Mrd. € entlastet. Dabei ist – im Unterschied zu den Berechnungen der kommunalen Spitzenverbände – berücksichtigt, dass ohne die Zusammenlegung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe zum 1. Januar 2005 die Sozialhilfeausgaben der Kommunen ausgehend vom damaligen Niveau weiter gestiegen wären.

Da sich Bund und Länder über eine Gesamtberechnung nicht verständigen konnten, wurde auf politischer Ebene beschlossen, die Bundesbeteiligung auf die Höhe von 31,8 % festzusetzen, auch um den Kommunen zum 1. Januar 2007 Planungssicherheit zu geben. Das einstimmige Votum des Bundesrates zur Notwendigkeit einer Umverteilung unter den Ländern aufgreifend, ist der Beteiligungssatz für das Jahr 2007 daraufhin für 14 Länder von 31,8 % auf 31,2 % reduziert worden. Im Gegenzug ist für das Land Baden-Württemberg die Höhe der Bundesbeteiligung auf insgesamt 35,2 % und für das Land Rheinland-Pfalz auf 41,2 % erhöht worden. Auf dieser Grundlage wird die Entlastung der Kommunen auch für die Jahre 2008 bis 2010 festgeschrieben.

Eine grundsätzlich jährlich vorzunehmende Anpassung durch Bundesgesetz bewirkt zudem, dass Änderungen bei den Kosten der Unterkunft aufgrund von Änderungen bei der Zahl der Bedarfsgemeinschaften über den Bundesanteil ausgeglichen werden.

Den Kommunen stehen damit jährlich weiterhin die 1,5 Mrd. € für den Ausbau der Betreuungsangebote für unter dreijährige Kinder zur Verfügung, mit denen der Bund ihnen den finanziellen Spielraum zur Einrichtung von zu-

sätzlich 230 000 Tagesbetreuungsplätzen sichert. Für Kinder im Alter unter drei Jahren ist gemäß Achtem Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII) ein bedarfsgerechtes Angebot an Plätzen in Tageseinrichtungen und in der Kindertagespflege vorzuhalten. Die Kommunen sind gemäß Tagesbetreuungsausbaugesetz – was in der Koalitionsvereinbarung bekräftigt wurde – verpflichtet, die dafür notwendigen zusätzlichen Betreuungsplätze bis zum Jahr 2010 einzurichten.



Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	86
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	109
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	113

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	86
1 Kreditmarktmittel nach Eingliederung der Sondervermögen	86
2 Gewährleistungen	87
3 Bundeshaushalt 2005 bis 2010	87
4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2005 bis 2010	88
5 Haushaltsquerschnitt: Gliederungen der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2006	90
6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2007	94
7 Öffentlicher Gesamthaushalt von 2001 bis 2007	96
8 Steueraufkommen nach Steuergruppen	98
9 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	99
10 Entwicklung der Staatsquote	100
11 Schulden der öffentlichen Haushalte	101
12 Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte	102
13 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	103
14 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	104
15 Steuerquoten im internationalen Vergleich	105
16 Abgabenquoten im internationalen Vergleich	106
17 Staatsquoten im internationalen Vergleich	107
18 Entwicklung der EU-Haushalte von 2001 bis 2006	108
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	109
1 Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2006 im Vergleich zum Jahressoll 2006	109
2 Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2006	109
3 Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Oktober 2006	110
4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Oktober 2006	111
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	113
1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	113
2 Preisentwicklung	113
3 Außenwirtschaft	114
4 Einkommensverteilung	114
5 Reales Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich	115
6 Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	116
7 Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich	117
8 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanzsaldo in ausgewählten Schwellenländern	118
9 Entwicklung von DAX und Dow Jones	119
10 Übersicht Weltfinanzmärkte	120
11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF (BIP, Verbraucherpreise, Arbeitslosenquote)	121
12 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF (Haushaltssaldo, Staatsschuldenquote, Leistungsbilanzsaldo)	124

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

1 Kreditmarktmittel nach Eingliederung der Sondervermögen¹

I. Schuldenart

	Stand: 31. Oktober 2006 Mio. €	Zunahme Mio. €	Abnahme Mio. €	Stand: 30. November 2006 ² Mio. €
Anleihen	563 550	7 000	0	570 550
Bundesobligationen	181 949	0	0	181 949
Bundesschatzbriefe	10 308	150	213	10 246
Bundesschatzanweisungen	117 000	0	0	117 000
Unverzinsliche Schatzanweisungen	35 642	5 895	5 914	35 623
Finanzierungsschätze	2 888	225	108	3 004
Schuldscheindarlehen	25 201	122	382	24 941
Medium Term Notes Treuhand	240	0	36	205
Kredite aus Wertpapierpensionsgeschäften	0	0	0	0
Gesamte umlaufende Schuld	936 778			943 517

II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand: 31. Oktober 2006 Mio. €	Stand: 30. November 2006 ² Mio. €
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	176 024	177 803
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	306 807	304 830
langfristig (mehr als 4 Jahre)	453 946	460 883
Gesamte umlaufende Schuld	936 778	943 517

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

¹ Unter Berücksichtigung des Gesetzes zur Eingliederung der Schulden der Sondervermögen Erblastentilgungsfonds, Ausgleichsfonds Steinkohle und Bundeseisenbahnvermögen in die Bundesschuld vom 21. Juni 1999.

² Vorläufig.

2 Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen 2006 in Mrd. €	Belegung am 30. September 2006 in Mrd. €	Belegung am 30. September 2005 in Mrd. €
Ausfuhr	117,0	107,7	105,9
Internationale Finanzierungsinstitute	46,6	40,3	40,3
Kapitalanlagen und sonstiger Außenwirtschaftsbereich einschließlich Mitfinanzierung bilateraler FZ-Vorhaben	42,0	29,3	27,8
Binnenwirtschaftliche Gewährleistungen (einschließlich Ernährungsbevorratung und Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen)	103,9	61,7	62,1

3 Bundeshaushalt 2005 bis 2010 Gesamtübersicht

Gegenstand der Nachweisung	2005 Ist Mrd. €	2006 Soll Mrd. €	2007 Soll Mrd. €	2008	2009	2010
				Finanzplanung		
				Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €
1. Ausgaben	259,8	261,1	270,5	274,3	274,9	276,8
Veränderung gegen Vorjahr in %	3,3	0,7	3,4	1,4	0,2	0,7
2. Einnahmen	228,4	223,2	250,7	252,6	253,7	256,1
Veränderung gegen Vorjahr in %	7,8	- 2,3	12,3	0,8	0,4	0,9
darunter:						
Steuereinnahmen	190,1	194,0	220,5	218,2	226,0	231,1
Veränderung gegen Vorjahr in %	1,7	2,0	13,7	- 1,1	3,6	2,3
3. Finanzierungssaldo	- 31,4	- 38,4	- 19,8	- 21,7	- 21,2	- 20,7
in % der Ausgaben	12,1	14,7	7,3	7,9	7,7	7,5
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos						
4. Bruttokreditaufnahme (-)¹	229,4	230,2	235,8	242,5	242,0	239,6
5. sonstige Einnahmen und haushalterische Umbuchungen	0,2	3,6				
6. Tilgungen (+)²	193,0	195,8	216,3	221,1	221,0	219,1
7. Nettokreditaufnahme	- 31,2	- 38,2	- 19,6	- 21,5	- 21,0	- 20,5
8. Münzeinnahmen	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2
nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	23,8	23,2	24,0	23,4	23,6	23,3
Veränderung gegen Vorjahr in %	6,2	- 2,3	3,2	- 2,2	0,8	- 1,3
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	0,7	2,9	3,5	3,5	3,5	3,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹ Inkl. Finanzierung der Eigenbestandsveränderung.

² Inkl. Eigenbestandsveränderung.

Stand: Dezember 2006.

4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2005 bis 2010

Ausgabeart	2005 Ist	2006 Soll	2007 Soll	2008	2009	2010
				Finanzplanung		
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	26 372	26 237	26 204	26 127	26 179	26 168
Aktivitätsbezüge	19 891	19 819	19 761	19 617	19 611	19 527
Ziviler Bereich	8 537	8 523	8 554	8 593	8 624	8 647
Militärischer Bereich	11 353	11 296	11 206	11 024	10 987	10 880
Versorgung	6 481	6 418	6 443	6 510	6 568	6 642
Ziviler Bereich	2 434	2 337	2 320	2 303	2 290	2 283
Militärischer Bereich	4 047	4 081	4 124	4 207	4 278	4 359
Laufender Sachaufwand	17 712	17 990	18 715	18 783	19 030	19 383
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 596	1 474	1 517	1 497	1 509	1 517
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	7 992	8 426	8 654	9 259	9 604	9 986
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 124	8 090	8 543	8 027	7 917	7 880
Zinsausgaben	37 371	37 557	39 278	41 498	42 488	44 778
an andere Bereiche	37 371	37 557	39 278	41 498	42 488	44 778
Sonstige	37 371	37 557	39 278	41 498	42 488	44 778
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	37 326	37 513	39 233	41 454	42 445	44 735
an Ausland	3	2	4	2	2	2
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	154 274	156 896	162 467	163 834	162 802	163 005
an Verwaltungen	13 921	13 759	14 770	12 477	12 833	12 704
Länder	8 381	8 289	9 141	6 573	6 585	6 417
Gemeinden	66	39	26	24	22	20
Sondervermögen	5 473	5 430	5 601	5 879	6 225	6 266
Zweckverbände	2	1	1	1	1	1
an andere Bereiche	140 353	143 137	147 697	151 357	149 969	150 301
Unternehmen	13 474	16 649	18 002	23 741	23 863	23 632
Renten, Unterstützungen u. Ä.						
an natürliche Personen	32 747	30 386	27 847	27 112	25 225	24 899
an Sozialversicherung	90 219	92 079	97 633	96 271	96 648	97 534
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	767	801	881	825	817	817
an Ausland	3 140	3 217	3 328	3 403	3 411	3 417
an Sonstige	5	5	5	5	5	1
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	235 728	238 680	246 664	250 242	250 499	253 335
Ausgaben der Kapitalrechnung¹						
Sachinvestitionen	7 246	6 945	6 860	6 730	6 750	6 649
Baumaßnahmen	5 779	5 487	5 326	5 290	5 325	5 232
Erwerb von beweglichen Sachen	961	922	1 029	945	937	928
Grunderwerb	506	536	505	495	488	489
Vermögensübertragungen	12 977	13 073	14 051	13 721	13 332	13 027
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	12 617	12 679	13 674	13 366	12 998	12 707
an Verwaltungen	5 587	5 540	6 051	5 272	5 243	4 883
Länder	5 527	5 459	5 979	5 201	5 161	4 795
Gemeinden und Gemeindeverbände	60	74	66	65	77	82
Sondervermögen	–	6	6	6	6	6
an andere Bereiche	7 030	7 139	7 624	8 094	7 755	7 824
Sonstige – Inland	4 933	4 989	5 333	5 716	5 334	5 370
Ausland	2 096	2 150	2 291	2 378	2 421	2 454
Sonstige Vermögensübertragungen	360	395	376	355	333	320
an andere Bereiche	360	395	376	355	333	320
Unternehmen – Inland	–0	–	–	–	–	–
Sonstige – Inland	160	175	161	155	148	145
Ausland	201	220	215	200	185	175

4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2005 bis 2010

Ausgabeart	2005	2006	2007	2008	2009	2010
	Ist	Soll	Soll	Finanzplanung		
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	3 899	3 601	3 422	3 329	3 856	3 952
Darlehensgewährung	3 340	3 013	2 778	2 554	2 969	3 192
an Verwaltungen	53	38	1	1	1	1
Länder	53	38	1	1	1	1
an andere Bereiche	3 287	2 974	2 777	2 553	2 968	3 191
Sozialversicherungen	900	–	–	–	–	–
Sonstige – Inland (auch Gewährleistungen)	1 505	1 991	1 666	1 413	1 823	1 849
Ausland	882	984	1 111	1 140	1 145	1 341
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	559	588	644	775	888	760
Inland	0	0	28	16	13	13
Ausland	558	588	616	759	874	747
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung¹	24 121	23 619	24 333	23 779	23 938	23 628
¹ Darunter: Investive Ausgaben	23 761	23 225	23 957	23 425	23 604	23 308
Globale Mehr-/Minderausgaben	–	– 699	– 496	278	463	– 164
Ausgaben zusammen	259 849	261 600	270 500	274 300	274 900	276 800

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2006

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
0 Allgemeine Dienste	49 037	44 206	23 760	14 355	–	6 091
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	7 629	7 343	3 748	1 226	–	2 369
02 Auswärtige Angelegenheiten	6 514	3 066	445	165	–	2 456
03 Verteidigung	28 229	27 778	15 335	11 637	–	806
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	2 950	2 609	1 801	706	–	102
05 Rechtsschutz	334	318	220	82	–	16
06 Finanzverwaltung	3 381	3 092	2 210	539	–	343
1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	13 118	9 355	452	657	–	8 246
13 Hochschulen	2 272	1 278	7	4	–	1 267
14 Förderung von Schülern, Studenten	1 505	1 505	–	–	–	1 505
15 Sonstiges Bildungswesen	498	436	9	62	–	365
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	7 320	5 659	436	584	–	4 639
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	1 522	477	1	7	–	470
2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	134 757	133 959	194	545	–	133 220
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	90 762	90 762	35	0	–	90 726
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	5 160	5 159	–	–	–	5 159
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	3 409	3 193	–	146	–	3 047
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	34 158	34 025	45	339	–	33 641
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	105	105	–	–	–	105
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	1 164	715	114	59	–	542
3 Gesundheit und Sport	919	682	224	236	–	222
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	362	310	124	137	–	49
312 Krankenhäuser und Heilstätten	–	–	–	–	–	–
319 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	362	310	124	137	–	49
32 Sport	108	83	–	2	–	82
33 Umwelt- und Naturschutz	186	150	64	45	–	42
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	263	139	37	53	–	50
4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 983	782	2	4	–	777
41 Wohnungswesen	1 444	779	–	3	–	777
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	1	1	–	1	–	–
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	4	2	2	–	–	–
44 Städtebauförderung	534	–	–	–	–	–
5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	997	529	27	131	–	370
52 Verbesserung der Agrarstruktur	632	244	–	1	–	242
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	125	125	–	53	–	71
533 Gasölverbilligung	–	–	–	–	–	–
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	125	125	–	53	–	71
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	241	160	27	77	–	57

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2006

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehens- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Ausgaben der Kapital- rechnung*	*darunter: Investive Ausgaben
0 Allgemeine Dienste	986	1 891	1 954	4 831	4 796
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	283	3	0	286	286
02 Auswärtige Angelegenheiten	48	1672	1729	3 449	3 447
03 Verteidigung	296	97	58	451	418
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	222	119	–	341	341
05 Rechtsschutz	16	–	–	16	16
06 Finanzverwaltung	121	1	166	289	289
1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	145	3 618	–	3 763	3 763
13 Hochschulen	1	993	–	994	994
14 Förderung von Schülern, Studenten	–	–	–	–	–
15 Sonstiges Bildungswesen	0	62	–	63	63
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	140	1521	–	1661	1661
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	4	1041	–	1045	1045
2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	11	787	1	799	463
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	–	–	–	–	–
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	–	1	–	1	1
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2	214	1	217	6
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	5	127	–	133	8
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	–	–	–	–	–
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	3	445	–	449	449
3 Gesundheit und Sport	164	73	–	237	237
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	40	12	–	52	52
312 Krankenhäuser und Heilstätten	–	–	–	–	–
319 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	40	12	–	52	52
32 Sport	–	25	–	25	25
33 Umwelt- und Naturschutz	6	30	–	36	36
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	118	7	–	124	124
4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	–	1 196	5	1 201	1 201
41 Wohnungswesen	–	660	5	664	664
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	–	–	–	–	–
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	–	2	–	2	2
44 Städtebauförderung	–	534	–	534	534
5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	36	432	2	469	469
52 Verbesserung der Agrarstruktur	–	388	1	388	388
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	–	–	–	–	–
533 Gasölverbilligung	–	–	–	–	–
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	–	–	–	–	–
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	36	44	1	81	81

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2006

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 118	3 269	46	360	–	2 863
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	489	438	–	204	–	235
621 Kernenergie	223	223	–	–	–	223
622 Erneuerbare Energieformen	39	13	–	4	–	9
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	226	202	–	199	–	3
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	2 215	2 195	–	5	–	2 190
64 Handel	100	100	–	54	–	46
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	692	65	–	12	–	52
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1 623	471	46	85	–	340
7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	10 728	3 634	973	2 010	–	650
72 Straßen	6 911	958	–	848	–	110
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 509	779	467	246	–	65
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	337	4	–	–	–	4
75 Luftfahrt	203	202	45	16	–	141
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	1 768	1 691	461	900	–	330
8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	10 762	7 128	–	19	–	7 109
81 Wirtschaftsunternehmen	5 321	1 687	–	19	–	1 668
832 Eisenbahnen	3 473	83	–	5	–	78
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	1 848	1 604	–	14	–	1 590
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 441	5 441	–	–	–	5 441
873 Sondervermögen	5 421	5 421	–	–	–	5 421
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	20	20	–	–	–	20
9 Allgemeine Finanzwirtschaft	40 180	40 261	530	314	39 235	182
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	218	180	–	–	–	180
92 Schulden	39 275	39 275	–	40	39 235	–
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	687	806	530	274	–	2
Summe aller Hauptfunktionen	267 600	243 806	26 209	18 632	39 235	159 730

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2006

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehens- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Ausgaben der Kapital- rechnung*	*darunter: Investive Ausgaben
6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	1	698	1 150	1 849	1 849
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	–	51	–	51	51
621 Kernenergie	–	–	–	–	–
622 Erneuerbare Energieformen	–	26	–	26	26
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	–	25	–	25	25
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	–	20	–	20	20
64 Handel	–	–	–	–	–
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	–	627	–	627	627
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1	–	1 150	1 151	1 151
7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	5 346	1 748	0	7 094	7 094
72 Straßen	4 546	1 407	–	5 953	5 953
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	730	–	–	730	730
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	–	333	–	333	333
75 Luftfahrt	1	–	0	1	1
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	69	8	–	77	77
8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	–	3 319	314	3 634	3 634
81 Wirtschaftsunternehmen	–	3 319	314	3 634	3 634
832 Eisenbahnen	–	3 113	277	3 389	3 389
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	–	206	38	244	244
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	–	–	–	–	–
873 Sondervermögen	–	–	–	–	–
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	–	–	–	–	–
9 Allgemeine Finanzwirtschaft	–	38	–	38	38
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	–	38	–	38	38
92 Schulden	–	–	–	–	–
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	–	–	–	–	–
Summe aller Hauptfunktionen	6 689	13 799	3 425	23 913	23 543

6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2007

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	1998	1999
Ist-Ergebnisse									
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	233,6	246,9
Veränderung gegen Vorjahr	%	8,6	12,7	37,5	2,1	.	- 1,4	3,4	5,7
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	204,7	220,6
Veränderung gegen Vorjahr	%	17,9	0,2	6,0	5,0	.	- 1,5	5,8	7,8
Finanzierungssaldo	Mrd.€	0,6	- 16,9	- 14,1	- 11,6	- 24,6	- 25,8	- 28,9	- 26,2
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 0,0	- 15,3	- 27,1	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 28,9	- 26,1
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	- 0,4	- 27,1	- 0,2	- 0,7	- 0,2	- 0,1	- 0,1
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	- 1,2	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	-	-	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,7	27,0
Veränderung gegen Vorjahr	%	12,4	5,9	6,5	3,4	4,5	0,5	- 0,7	1,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	11,4	10,9
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	24,3	21,5	19,8	19,1	.	14,4	16,1	16,1
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	28,7	41,1
Veränderung gegen Vorjahr	%	14,3	23,1	24,1	5,1	6,7	-6,2	5,2	43,1
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	12,3	16,6
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	35,1	35,9	47,6	52,3	.	38,7	42,1	58,9
Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	29,2	28,6
Veränderung gegen Vorjahr	%	10,2	11,0	- 4,4	- 0,5	8,4	8,8	1,3	- 2,0
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	12,5	11,6
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	34,4	35,4	32,0	36,1	.	37,0	35,5	35,7
Steuereinnahmen¹	Mrd.€	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	174,6	192,4
Veränderung gegen Vorjahr	%	18,7	0,5	6,0	4,6	4,7	- 3,4	3,1	10,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	74,7	77,9
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	85,3	87,2
Anteil am gesamten Steuer- aufkommen ³	%	54,0	49,2	48,3	47,2	.	44,9	41,0	42,5
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 0,0	- 15,3	- 13,9	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 28,9	- 26,1
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7	.	10,8	12,4	10,6
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	0,0	117,2	86,2	67,0	.	75,3	98,8	91,2
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts ^{3, 4}	%	0,0	55,8	50,4	55,3	.	51,2	88,6	82,3
nachrichtlich: Schuldenstand³									
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	59,2	129,4	236,6	386,8	536,2	1010,4	1153,4	1183,1
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	153,4	200,6	277,2	385,7	488,0	708,3

¹ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

² Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

³ Stand Finanzplanungsrat November 2006; 2003–2005 vorläufiges Ist, 2006 und 2007 = Schätzung.

⁴ Ab 2003: Nettokreditaufnahme = Finanzierungssaldo.

6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2007 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
		Ist-Ergebnisse						Soll	
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	244,4	243,1	249,3	256,7	251,6	259,8	261,6	270,5
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 1,0	- 0,5	2,5	3,0	- 2,0	3,3	0,7	3,4
Einnahmen	Mrd.€	220,5	220,2	216,6	217,5	211,8	228,4	223,2	250,7
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 0,1	- 0,1	- 1,6	0,4	- 2,6	7,8	- 2,3	12,3
Finanzierungssaldo	Mrd.€	- 23,9	- 22,9	- 32,7	- 39,2	- 39,8	- 31,4	- 38,4	- 19,8
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 23,8	- 22,8	- 31,9	- 38,6	- 39,5	- 31,2	- 38,2	- 19,6
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	- 0,1	- 0,9	- 0,6	- 0,3	- 0,2	- 0,2	- 0,2
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	26,5	26,8	27,0	27,2	26,8	26,4	26,2	26,2
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 1,7	1,1	0,7	0,9	- 1,8	- 1,4	- 0,5	- 0,1
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,8	11,0	10,8	10,6	10,6	10,1	10,0	9,7
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	15,7	15,9	15,7	15,8	15,6	15,5	15,4	15,5
Zinsausgaben	Mrd.€	39,1	37,6	37,1	36,9	36,3	37,4	37,6	39,3
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 4,7	- 3,9	- 1,5	- 0,5	- 1,6	3,0	0,5	4,6
Anteil an den Bundesausgaben	%	16,0	15,5	14,9	14,4	14,4	14,4	14,4	14,5
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	58,0	56,8	56,3	56,4	56,2	58,6	58,6	60,0
Investive Ausgaben	Mrd.€	28,1	27,3	24,1	25,7	22,4	23,8	23,2	24,0
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 1,7	- 3,1	- 11,7	6,9	- 13,0	6,2	- 2,3	3,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	11,5	11,2	9,7	10,0	8,9	9,1	8,9	8,9
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	35,0	34,2	33,2	36,6	33,9	34,8	35,1	37,3
Steuereinnahmen¹	Mrd.€	198,8	193,8	192,0	191,9	187,0	190,1	194,0	220,5
Veränderung gegen Vorjahr	%	3,3	- 2,5	- 0,9	- 0,1	- 2,5	1,7	2,0	13,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	81,3	79,7	77,0	74,7	74,3	73,2	74,2	81,5
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	90,1	88,0	88,7	88,2	88,3	83,2	86,9	88,0
Anteil am gesamten Steuer- aufkommen ³	%	42,5	43,4	43,5	43,4	42,2	42,1	40,0	42,8
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 23,8	- 22,8	- 31,9	- 38,6	- 39,5	- 31,2	- 38,2	- 19,6
Anteil an den Bundesausgaben	%	9,7	9,4	12,8	15,1	15,7	12,0	14,6	7,2
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	84,4	83,7	132,4	150,2	176,7	131,3	164,4	81,7
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts ^{3, 4}	%	62,0	57,8	61,6	56,4	59,5	58,9	92,0	73,6
nachrichtlich: Schuldenstand³									
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	1198,2	1203,9	1253,2	1325,7	1395,0	1447,5	1489 1/2	1517
darunter: Bund	Mrd.€	715,6	697,3	719,4	760,5	803,0	872,7	918	938

¹ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

² Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

³ Stand Finanzplanungsrat November 2006; 2003–2005 vorläufiges Ist, 2006 und 2007 = Schätzung.

⁴ Ab 2003: Nettokreditaufnahme = Finanzierungssaldo.

7 Öffentlicher Gesamthaushalt von 2001 bis 2007

	2001	2002	2003	2004	2005	2006 ²	2007 ²
	Mrd. €						
Öffentlicher Gesamthaushalt¹							
Ausgaben	603,6	609,7	618,4	612,5	625,9	632	641
Einnahmen	556,3	552,4	550,9	547,2	572,9	590 ^{1/2}	614 ^{1/2}
Finanzierungssaldo	- 47,2	- 57,3	- 67,5	- 65,3	- 53,0	- 41 ^{1/2}	- 26 ^{1/2}
darunter:							
Bund							
Ausgaben	243,3	249,3	256,7	251,6	259,9	261 ^{1/2}	270 ^{1/2}
Einnahmen	220,2	216,6	217,5	211,8	228,4	231	250 ^{1/2}
Finanzierungssaldo	- 23,0	- 32,7	- 39,2	- 39,8	- 31,4	- 30 ^{1/2}	- 20
Länder							
Ausgaben	255,1	257,0	258,7	256,1	259,3	259	262 ^{1/2}
Einnahmen	229,4	227,6	228,2	231,7	235,3	246	254
Finanzierungssaldo	- 25,7	- 29,4	- 30,5	- 24,4	- 24,1	- 12 ^{1/2}	- 8 ^{1/2}
Gemeinden							
Ausgaben	147,9	149,2	149,9	149,2	153,3	157 ^{1/2}	159 ^{1/2}
Einnahmen	144,0	144,5	141,3	145,3	151,1	158 ^{1/2}	160 ^{1/2}
Finanzierungssaldo	- 3,9	- 4,6	- 8,6	- 3,8	- 2,2	1	1
	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %						
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	0,8	1,0	1,4	- 0,9	2,2	1	1 ^{1/2}
Einnahmen	- 1,6	- 0,7	- 0,3	- 0,7	4,7	3	4
darunter:							
Bund							
Ausgaben	- 0,5	2,5	3,0	- 2,0	3,3	^{1/2}	3 ^{1/2}
Einnahmen	- 0,1	- 1,6	0,4	- 2,6	7,8	1	8 ^{1/2}
Länder							
Ausgaben	1,8	0,7	0,7	- 1,0	1,3	- 0	1 ^{1/2}
Einnahmen	- 4,6	- 0,8	0,3	1,5	1,6	4 ^{1/2}	3
Gemeinden							
Ausgaben	1,3	0,9	0,5	- 0,5	2,8	2 ^{1/2}	1 ^{1/2}
Einnahmen	- 2,7	0,4	- 2,2	2,9	3,9	5	1 ^{1/2}

¹ Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Steinkohlefonds, Fonds Aufbauhilfe.

² Schätzung.

³ Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.

Stand: Finanzplanungsrat November 2006.

7 Öffentlicher Gesamthaushalt von 2001 bis 2007

	2001	2002	2003	2004	2005	2006 ²	2007 ²
	Anteile in %						
Finanzierungssaldo							
(1) in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 2,2	- 2,7	- 3,1	- 3,0	- 2,4	- 2	- 1
darunter:							
Bund	- 1,1	- 1,5	- 1,8	- 1,8	- 1,4	- 1 1/2	- 1
Länder	- 1,2	- 1,4	- 1,4	- 1,1	- 1,1	- 1/2	- 1/2
Gemeinden	- 0,2	- 0,2	- 0,4	- 0,2	- 0,1	0	0
(2) in % der Ausgaben							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 7,8	- 9,4	- 10,9	- 10,7	- 8,5	- 6 1/2	- 4
darunter:							
Bund	- 9,5	- 13,1	- 15,3	- 15,8	- 12,1	- 11 1/2	- 7 1/2
Länder	- 10,1	- 11,4	- 11,8	- 9,5	- 9,3	- 5	- 3 1/2
Gemeinden	- 2,6	- 3,1	- 5,7	- 2,5	- 1,4	1	1/2
Ausgaben in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	28,6	28,4	28,6	27,8	27,9	27 1/2	27
darunter:							
Bund	11,5	11,6	11,9	11,4	11,6	11 1/2	11 1/2
Länder	12,1	12,0	12,0	11,6	11,6	11	11
Gemeinden	7,0	7,0	6,9	6,8	6,8	7	6 1/2
Gesamtwirtschaftliche Steuerquote ³	21,1	20,6	20,5	20,1	20,2	21	22

¹ Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Steinkohlefonds, Fonds Aufbauhilfe.

² Schätzung.

³ Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.

Stand: Finanzplanungsrat November 2006.

8 Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

Steueraufkommen					
Jahr	insgesamt	davon			
		Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
	Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €	%	%
Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990					
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
Bundesrepublik Deutschland					
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6
2006 ²	484,9	244,1	240,7	50,4	49,6
2007 ²	514,1	249,4	264,7	48,5	51,5

¹ Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.9.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.3.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.1.1983); Kuponsteuer (31.7.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.6.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

² Steuerschätzung vom 2. bis 3. November 2006.
Stand: November 2006.

9 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten¹ (Steuer- und Sozialbeitragsentnahmen des Staates)

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ²		Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
	Anteile am BIP in %			
1960	23,0	33,4	22,6	32,2
1965	23,5	34,1	23,1	32,9
1970	23,5	35,6	22,4	33,5
1975	23,5	39,1	23,1	37,9
1976	24,2	40,4	23,4	38,9
1977	25,1	41,2	24,5	39,8
1978	24,6	40,5	24,4	39,4
1979	24,4	40,4	24,3	39,3
1980	24,5	40,7	24,3	39,7
1981	23,6	40,4	23,7	39,5
1982	23,3	40,4	23,3	39,4
1983	23,2	39,9	23,2	39,0
1984	23,3	40,1	23,2	38,9
1985	23,5	40,3	23,4	39,2
1986	22,9	39,7	22,9	38,7
1987	22,9	39,8	22,9	38,8
1988	22,7	39,4	22,7	38,5
1989	23,3	39,8	23,4	39,0
1990	22,1	38,2	22,7	38,0
1991	22,0	38,9	22,0	38,0
1992	22,4	39,6	22,7	39,2
1993	22,4	40,2	22,6	39,6
1994	22,3	40,5	22,5	39,8
1995	21,9	40,3	22,5	40,2
1996	22,4	41,4	21,8	39,9
1997	22,2	41,4	21,3	39,5
1998	22,7	41,7	21,7	39,5
1999	23,8	42,5	22,5	40,2
2000	24,2	42,5	22,7	40,0
2001	22,6	40,8	21,1	38,3
2002 ³	22,3	40,5	20,6	37,7
2003 ³	22,3	40,6	20,5	37,7
2004 ³	21,8	39,8	20,1	37,0
2005 ³	22,0	39,7	20,2	36,8
2006 ⁴	23	40	20 1/2	36 1/2

¹ Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

³ Vorläufige Ergebnisse; Stand: August 2006.

⁴ Schätzung; Stand: November 2006.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

10 Entwicklung der Staatsquote^{1,2}

Jahr	insgesamt	Ausgaben des Staates	
		darunter	
		Gebietskörperschaften ³	Sozialversicherungen ³
		Anteile am BIP in %	
1960	32,9	21,7	11,2
1965	37,1	25,4	11,6
1970	38,5	26,1	12,4
1975	48,8	31,2	17,7
1980	46,9	29,6	17,3
1981	47,5	29,7	17,9
1982	47,5	29,4	18,1
1983	46,5	28,8	17,7
1984	45,8	28,2	17,6
1985	45,2	27,8	17,4
1986	44,5	27,4	17,1
1987	45,0	27,6	17,4
1988	44,6	27,0	17,6
1989	43,1	26,4	16,7
1990	43,6	27,3	16,4
1991	46,3	28,2	18,0
1992	47,2	28,0	19,2
1993	48,2	28,3	19,9
1994	47,9	27,8	20,0
1995	48,1	27,6	20,6
1996	49,3	27,9	21,4
1997	48,4	27,1	21,2
1998	48,0	27,0	21,1
1999	48,1	26,9	21,1
2000	47,6	26,5	21,1
2000 ⁴	45,1	24,0	21,1
2001	47,6	26,3	21,3
2002 ⁵	48,1	26,4	21,7
2003 ⁵	48,5	26,5	22,0
2004 ⁵	47,1	25,9	21,2
2005 ⁵	46,8	26,0	20,8
2006 ⁶	45 1/2	25 1/2	20

¹ Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

² Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

³ Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

⁴ Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.

⁵ Vorläufige Ergebnisse; Stand: August 2006.

⁶ Schätzung; Stand: November 2006.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

11 Schulden der öffentlichen Haushalte

	2001	2002	2003	2004	2005
	Schulden in Mio. €¹				
Öffentlicher Gesamthaushalt	1 203 887	1 253 195	1 325 733	1 394 955	1 447 505
Bund ²	697 290	719 397	760 453	802 994	872 653
Sonderrechnungen Bund (SR)	59 084	59 210	58 830	57 250	15 367
Länder	357 684	384 773	414 952	442 922	468 214
Gemeinden	82 669	82 662	84 069	84 258	83 804
Zweckverbände	7 160	7 153	7 429	7 531	7 467
nachrichtlich:					
Bund + SR	756 374	778 607	819 283	860 244	888 020
Länder + Gemeinden	440 353	467 435	499 021	527 180	552 018
nachrichtlich:					
Länder (West) ³	299 759	322 899	348 111	372 352	394 148
Länder (Ost)	57 925	61 874	66 841	70 570	74 066
Gemeinden (West)	67 041	67 155	68 726	68 981	69 030
Gemeinden (Ost)	15 628	15 507	15 343	15 277	14 774
Länder und Gemeinden (West)	366 800	390 054	416 837	441 333	463 178
Länder und Gemeinden (Ost)	73 553	77 381	82 184	85 847	88 840
nachrichtlich:					
Sonderrechnungen Bund	59 084	59 210	58 830	57 250	15 367
ERP	19 161	19 400	19 261	18 200	15 066
Fonds Deutsche Einheit	39 638	39 441	39 099	38 650	–
Entschädigungsfonds	285	369	469	400	301
	Anteil der Schulden am BIP (in %)				
Öffentlicher Gesamthaushalt	57,0	58,4	61,3	63,0	64,4
Bund ²	33,0	33,6	35,2	36,4	38,9
Sonderrechnungen Bund	2,8	2,8	2,7	2,6	0,7
Länder	16,9	18,0	19,2	20,1	20,9
Gemeinden	4,3	4,2	4,2	4,2	4,1
nachrichtlich:					
Bund + SR	35,8	36,3	37,9	39,0	39,6
Länder + Gemeinden	20,8	21,8	23,1	23,9	24,6
nachrichtlich:					
Länder (West) ³	14,2	15,1	16,1	16,9	17,6
Länder (Ost)	2,7	2,9	3,1	3,2	3,3
Gemeinden (West)	3,2	3,1	3,2	3,1	3,1
Gemeinden (Ost)	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7
Länder und Gemeinden (West)	17,4	18,2	19,3	20,0	20,7
Länder und Gemeinden (Ost)	3,5	3,6	3,8	3,9	4,0
nachrichtlich:					
Maastricht-Schuldenstand ⁴	58,8	60,3	63,9	65,7	67,9
	Schulden insgesamt (€)				
je Einwohner	14 603	15 183	16 063	16 908	17 559
je Erwerbstätigen	30 621	32 054	34 235	35 883	37 285
nachrichtlich:					
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 113,2	2 143,2	2 161,5	2 207,2	2 241,0
Einwohner (in Mio.) (30.6.)	82,403	82,526	82,532	82,501	82,438
Erwerbstätige (Jahresdurchschnitt, in Mio.)	39,316	39,096	38,724	38,875	38,823

¹ Kreditmarktschulden im weiteren Sinne.² Ab 1992 ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen, ab 1974 ohne Schulden der Eigenbetriebe.³ West- und Ost-Berlin.⁴ Schuldenstand in der Abgrenzung des Maastricht-Vertrages.

Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

12 Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte¹

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ²						Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherungen	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherungen	Öffentlicher Gesamthaushalt ³	
	Mrd. €			Anteile am BIP in %			Mrd. €	Anteile am BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9	.	.
1965	- 1,4	- 3,2	1,8	- 0,6	- 1,4	0,8	- 4,8	- 2,0
1970	1,9	- 1,1	2,9	0,5	- 0,3	0,8	- 4,1	- 1,1
1975	- 30,9	- 28,8	- 2,1	- 5,6	- 5,2	- 0,4	- 32,6	- 5,9
1980	- 23,2	- 24,3	1,1	- 2,9	- 3,1	0,1	- 29,2	- 3,7
1981	- 32,2	- 34,5	2,2	- 3,9	- 4,2	0,3	- 38,7	- 4,7
1982	- 29,6	- 32,4	2,8	- 3,4	- 3,8	0,3	- 35,8	- 4,2
1983	- 25,7	- 25,0	- 0,7	- 2,9	- 2,8	- 0,1	- 28,3	- 3,1
1984	- 18,7	- 17,8	- 0,8	- 2,0	- 1,9	- 0,1	- 23,8	- 2,5
1985	- 11,3	- 13,1	1,8	- 1,1	- 1,3	0,2	- 20,1	- 2,0
1986	- 11,9	- 16,2	4,2	- 1,1	- 1,6	0,4	- 21,6	- 2,1
1987	- 19,3	- 22,0	2,7	- 1,8	- 2,1	0,3	- 26,1	- 2,5
1988	- 22,2	- 22,3	0,1	- 2,0	- 2,0	0,0	- 26,5	- 2,4
1989	1,0	- 7,3	8,2	0,1	- 0,6	0,7	- 13,8	- 1,2
1990	- 24,8	- 34,7	9,9	- 1,9	- 2,7	0,8	- 48,3	- 3,7
1991	- 43,8	- 54,7	10,9	- 2,9	- 3,6	0,7	- 62,8	- 4,1
1992	- 40,7	- 39,1	- 1,6	- 2,5	- 2,4	- 0,1	- 59,2	- 3,6
1993	- 50,9	- 53,9	3,0	- 3,0	- 3,2	0,2	- 70,5	- 4,2
1994	- 40,9	- 42,9	2,0	- 2,3	- 2,4	0,1	- 59,5	- 3,3
1995	- 59,1	- 51,4	- 7,7	- 3,2	- 2,8	- 0,4	- 55,9	- 3,0
1996	- 62,5	- 56,1	- 6,4	- 3,3	- 3,0	- 0,3	- 62,3	- 3,3
1997	- 50,6	- 52,1	1,5	- 2,6	- 2,7	0,1	- 48,1	- 2,5
1998	- 42,7	- 45,7	3,0	- 2,2	- 2,3	0,2	- 28,8	- 1,5
1999	- 29,3	- 34,6	5,3	- 1,5	- 1,7	0,3	- 26,9	- 1,3
2000	- 23,7	- 24,3	0,6	- 1,2	- 1,2	0,0	- 34,0	- 1,6
2000 ⁵	27,1	26,5	0,6	1,3	1,3	0,0	-	-
2001	- 59,6	- 55,8	- 3,8	- 2,8	- 2,6	- 0,2	- 47,2	- 2,2
2002 ⁴	- 78,3	- 71,5	- 6,8	- 3,7	- 3,3	- 0,3	57,3	2,7
2003 ⁴	- 87,0	- 79,3	- 7,7	- 4,0	- 3,7	- 0,4	- 67,5	- 3,1
2004 ⁴	- 82,5	- 81,1	- 1,4	- 3,7	- 3,7	- 0,1	- 65,3	- 3,0
2005 ⁴	- 72,6	- 69,2	- 3,4	- 3,2	- 3,1	- 0,2	- 53,0	- 2,4
2006 ⁶	- 47 1/2			- 2			- 41 1/2	- 2

¹ Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

³ Ohne Sozialversicherungen, ab 1997 ohne Krankenhäuser.

⁴ Vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2006.

⁵ Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.

⁶ Schätzung; Stand: November 2006.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

13 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden¹

Land	in % des BIP										
	1980	1985	1990	1995	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Deutschland	- 2,9	- 1,1	- 2,0	- 3,2	- 1,2	- 4,0	- 3,7	- 3,2	- 2,3	- 1,6	- 1,2
Belgien	- 9,2	-10,0	- 6,6	- 4,4	0,1	0,0	0,0	- 2,3	- 0,2	- 0,5	- 0,5
Dänemark	- 2,3	- 1,4	- 1,3	- 2,0	3,2	1,1	2,7	4,9	4,0	4,3	4,2
Griechenland	-	-	-15,7	-10,2	- 4,0	- 6,1	- 7,8	- 5,2	- 2,6	- 2,6	- 2,4
Spanien	-	-	-	- 6,5	- 1,0	0,0	- 0,2	1,1	1,5	1,1	0,9
Frankreich	0,2	- 2,9	- 2,3	- 5,5	- 1,5	- 4,2	- 3,7	- 2,9	- 2,7	- 2,6	- 2,2
Irland	-	-10,7	- 2,8	- 2,0	4,6	0,3	1,5	1,1	1,2	0,9	0,4
Italien	- 7,0	-12,4	-11,4	- 7,4	- 2,0	- 3,5	- 3,4	- 4,1	- 4,7	- 2,9	- 3,1
Luxemburg	-	-	4,3	2,4	6,0	0,3	- 1,1	- 1,0	- 1,5	- 0,5	- 0,3
Niederlande	- 3,9	- 3,5	- 5,3	- 4,3	1,3	- 3,1	- 1,8	- 0,3	0,0	0,1	0,3
Österreich	- 1,6	- 2,7	- 2,4	- 5,6	- 1,9	- 1,6	- 1,2	- 1,5	- 1,3	- 1,2	- 1,0
Portugal	- 7,2	- 8,6	- 6,3	- 5,2	- 3,2	- 2,9	- 3,2	- 6,0	- 4,6	- 4,0	- 3,9
Finnland	3,8	3,5	5,4	- 6,2	6,9	2,5	2,3	2,7	2,9	2,9	2,9
Schweden	-	-	-	-7,0	5,0	0,1	1,8	3,0	2,8	2,4	2,5
Vereinigtes Königreich	- 3,2	- 2,8	- 1,6	- 5,7	1,5	- 3,3	- 3,2	- 3,3	- 2,9	- 2,8	- 2,5
Euroraum	-	-	-	- 5,0	- 1,1	- 3,1	- 2,8	- 2,4	- 2,0	- 1,5	- 1,3
EU-15	-	-	-	- 5,1	- 0,2	- 2,9	- 2,6	- 2,3	- 1,9	- 1,5	- 1,3
Estland	-	-	-	0,4	- 0,2	2,0	2,3	2,3	2,5	1,6	1,3
Lettland	-	-	6,8	- 2,0	- 2,8	- 1,2	- 0,9	0,1	- 1,0	- 1,2	- 1,2
Litauen	-	-	-	- 1,6	- 3,2	- 1,3	- 1,5	- 0,5	- 1,0	- 1,2	- 1,3
Malta	-	-	-	-	- 6,1	-10,0	- 5,0	- 3,2	- 2,9	- 2,7	- 2,9
Polen	-	-	-	- 4,4	- 1,5	- 4,7	- 3,9	- 2,5	- 2,2	- 2,0	- 1,8
Slowakei	-	-	-	- 1,8	-11,8	- 3,7	- 3,0	- 3,1	- 3,4	- 3,0	- 2,9
Slowenien	-	-	-	-	- 3,9	- 2,8	- 2,3	- 1,4	- 1,6	- 1,6	- 1,5
Tschechien	-	-	-	-13,4	- 3,7	- 6,6	- 2,9	- 3,6	- 3,5	- 3,6	- 3,2
Ungarn	-	-	-	-	- 2,3	- 7,2	- 6,5	- 7,8	-10,1	- 7,4	- 5,6
Zypern	-	-	-	-	- 2,3	- 6,3	- 4,1	- 2,3	- 1,9	- 1,7	- 1,7
EU-25	-	-	-	-	0,8	- 3,0	- 2,7	- 2,3	- 2,0	- 1,6	- 1,4
USA	- 2,6	- 5,1	- 4,3	- 3,2	1,6	- 4,9	- 4,6	- 3,7	- 2,2	- 2,4	- 2,8
Japan	- 4,5	- 1,4	2,1	- 4,7	- 7,7	- 8,0	- 6,3	- 6,5	- 5,6	- 5,1	- 4,7

¹ Für EU-Mitgliedstaaten ab 1995 nach ESVG 95.

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, November 2006.

Für die Jahre 2003 bis 2008: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2006.

EU-15 für alle Jahre: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, November 2006.

(alle Angaben ohne UMTS-Erlöse)

Stand: November 2006.

14 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % des BIP										
	1980	1985	1990	1995	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Deutschland	31,2	40,7	42,3	55,6	59,7	63,9	65,7	67,9	67,8	67,7	67,3
Belgien	74,1	115,2	125,7	129,7	107,7	98,6	94,3	93,2	89,4	86,3	83,2
Dänemark	39,1	75,0	62,0	72,5	51,7	44,4	42,6	35,9	28,5	24,5	22,0
Griechenland	25,0	53,6	79,6	108,7	111,6	107,8	108,5	107,5	104,8	101,0	96,4
Spanien	16,4	41,4	42,6	62,7	59,2	48,7	46,2	43,1	39,7	37,0	34,7
Frankreich	20,8	30,3	35,3	55,1	56,7	62,4	64,4	66,6	64,7	63,9	63,3
Irland	69,0	100,6	93,2	81,1	37,8	31,1	29,7	27,4	25,8	24,4	23,6
Italien	56,9	80,5	94,7	121,2	109,1	104,3	103,9	106,6	107,2	105,9	105,7
Luxemburg	9,9	10,3	4,7	7,4	6,4	6,3	6,6	6,0	7,4	7,3	7,1
Niederlande	45,5	69,6	76,1	76,1	53,8	52,0	52,6	52,7	50,5	47,8	45,4
Österreich	35,4	48,1	56,1	67,9	65,5	64,6	63,8	63,4	62,1	60,9	59,8
Portugal	30,6	58,4	55,3	61,0	50,4	57,0	58,6	64,0	67,4	69,4	70,7
Finnland	11,3	16,0	14,0	56,7	43,8	44,3	44,3	41,3	38,8	37,3	35,8
Schweden	40,0	61,9	42,0	73,0	52,3	51,8	50,5	50,4	46,7	42,6	38,7
Vereinigtes Königreich	52,4	51,9	33,4	50,9	41,2	38,9	40,4	42,4	43,2	44,1	44,7
Euroraum	33,8	50,7	57,1	72,4	69,2	69,2	69,7	70,6	69,4	68,0	66,9
EU-15	–	–	–	69,6	63,1	63,0	63,3	64,5	63,3	62,2	61,2
Estland	–	–	–	8,8	5,2	5,7	5,2	4,5	4,0	2,7	2,1
Lettland	–	–	–	–	12,3	14,4	14,5	12,1	11,1	10,6	10,3
Litauen	–	–	–	11,9	23,7	21,2	19,4	18,7	18,9	19,6	19,8
Malta	–	–	–	–	55,4	70,2	74,9	74,2	69,6	69,0	68,6
Polen	–	–	–	–	35,9	43,9	41,8	42,0	42,4	43,1	42,7
Slowakei	–	–	–	22,0	50,2	42,7	41,6	34,5	33,0	31,6	31,0
Slowenien	–	–	–	–	27,6	28,5	28,7	28,0	28,4	28,0	27,6
Tschechien	–	–	–	14,6	18,5	30,1	30,7	30,4	30,9	30,8	31,0
Ungarn	–	–	–	–	53,4	58,0	59,4	61,7	67,6	70,9	72,7
Zypern	–	–	–	–	59,5	69,1	70,3	69,2	64,8	62,2	59,6
EU-25	–	–	–	–	62,0	62,0	62,4	63,3	62,5	61,4	60,4
USA	45,7	59,5	67,2	74,8	58,5	63,8	64,5	64,6	61,7	61,2	61,7
Japan	55,0	72,2	68,6	87,7	137,1	160,2	157,3	158,9	161,5	163,7	165,3

Quellen: Für die Jahre ab 2003: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2006.

Für die Jahre 1980 bis 1995: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, November 2006.

Für EU-15, USA und Japan (alle Jahre): EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, November 2006.

Stand: November 2006.

15 Steuerquoten im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern in % des BIP							
	1970	1980	1990	1995	2000	2003	2004	2005
Deutschland^{2,3}	22,5	24,6	22,3	22,7	22,7	21,1	20,6	20,8
Belgien	24,1	29,4	28,1	29,2	31,0	30,3	31,0	31,5
Dänemark	37,0	42,4	45,6	47,7	47,6	46,5	47,7	48,6
Finnland	28,9	27,5	32,7	31,6	35,7	32,7	32,3	32,4
Frankreich	21,5	23,1	23,6	24,5	28,4	26,8	27,3	28,0
Griechenland	15,3	15,9	20,0	21,4	25,8	23,3	22,8	.
Irland	26,1	26,6	28,2	27,8	27,6	24,5	25,5	26,0
Italien	16,0	18,4	25,4	27,5	30,2	29,4	28,7	28,4
Japan	15,3	18,0	21,4	17,9	17,6	15,8	16,5	16,8
Kanada	27,9	27,7	31,5	30,6	30,8	28,3	28,4	28,6
Luxemburg	16,7	25,4	26,0	27,3	29,1	27,4	27,1	27,0
Niederlande	22,1	25,9	25,8	23,4	24,1	23,5	23,7	26,0
Norwegen	28,9	33,5	30,6	31,5	34,0	33,1	34,5	36,0
Österreich	25,3	26,9	26,6	26,3	28,1	28,4	28,2	27,5
Polen	–	–	–	25,8	23,0	20,4	20,3	.
Portugal	14,0	16,1	20,2	22,1	23,8	23,8	23,5	.
Schweden	32,5	33,4	38,4	34,8	38,7	35,6	36,1	36,8
Schweiz	16,6	19,4	19,9	20,3	23,1	22,0	22,0	22,9
Slowakei	–	–	–	–	19,9	18,5	18,4	18,4
Spanien	10,0	11,6	21,0	20,5	22,2	22,2	22,7	23,8
Tschechien	–	–	–	22,0	20,1	21,2	22,2	22,1
Ungarn	–	–	–	27,1	27,4	26,5	26,6	25,4
Vereinigtes Königreich	31,9	29,3	30,3	28,8	30,9	28,9	29,3	30,2
Vereinigte Staaten	22,7	20,6	20,5	20,9	23,0	18,9	18,8	20,2

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

² Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2005, Paris 2006.

Stand: Oktober 2006.

16 Abgabenquoten im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP							
	1970	1980	1990	1995	2000	2003	2004	2005
Deutschland^{2,3}	32,3	37,5	35,7	37,2	37,2	35,5	34,7	34,7
Belgien	33,9	41,3	42,0	43,6	44,9	44,7	45,0	45,4
Dänemark	38,5	43,1	46,5	48,8	49,4	47,7	48,8	49,7
Finnland	31,7	35,9	43,9	45,6	47,7	44,6	44,2	44,5
Frankreich	33,7	40,2	42,2	42,9	44,4	43,1	43,4	44,3
Griechenland	21,9	23,6	28,7	31,7	37,3	36,3	35,0	.
Irland	28,4	31,0	33,1	32,5	31,7	28,7	30,1	30,5
Italien	25,7	29,7	37,8	40,1	42,3	41,8	41,1	41,0
Japan	19,6	25,4	29,1	26,9	27,1	25,7	26,4	.
Kanada	30,9	31,0	35,9	35,6	35,6	33,6	33,5	33,5
Luxemburg	23,5	35,7	35,7	37,0	39,1	38,2	37,8	37,6
Niederlande	34,1	41,8	41,1	40,2	39,5	37,0	37,5	.
Norwegen	34,4	42,5	41,5	41,1	43,0	42,9	44,0	45,0
Österreich	33,9	39,0	39,6	41,1	42,6	42,9	42,6	41,9
Polen	–	–	–	37,0	32,5	34,9	34,4	.
Portugal	18,4	22,9	27,7	31,7	34,1	35,0	34,5	.
Schweden	38,2	46,9	52,7	48,1	53,4	50,1	50,4	51,1
Schweiz	19,8	25,3	26,0	27,8	30,5	29,4	29,2	30,0
Slowakei	–	–	–	–	33,1	31,2	30,3	29,4
Spanien	15,9	22,6	32,5	32,1	34,2	34,3	34,8	35,8
Tschechien	–	–	–	37,5	36,0	37,6	38,4	38,5
Ungarn	–	–	–	42,1	38,7	38,1	38,1	37,1
Vereinigtes Königreich	37,0	35,2	36,5	35,0	37,2	35,4	36,0	37,2
Vereinigte Staaten	27,0	26,4	27,3	27,9	29,9	25,7	25,5	26,8

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

² Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2005, Paris 2006.

Stand: Oktober 2006.

17 Staatsquoten im internationalen Vergleich

Land	Gesamtausgaben des Staates in % des BIP						
	1990	2000	2003	2004	2005	2006	2007
Deutschland¹	44,4	45,1	48,3	47,0	46,8	46,1	45,1
Belgien	52,2	49,1	51,1	49,6	50,1	50,1	49,9
Dänemark	55,9	53,9	54,9	54,8	53,0	51,7	50,8
Finnland	48,3	48,8	50,9	51,2	50,8	50,5	50,5
Frankreich	49,3	51,6	53,6	53,7	54,4	54,5	53,9
Griechenland	50,2	52,2	49,4	49,2	46,7	46,0	45,8
Irland	43,1	31,6	33,4	33,7	34,6	34,8	35,1
Italien	53,5	46,1	48,2	47,8	48,2	47,8	48,1
Japan	31,8	39,2	38,5	37,3	36,9	36,7	36,5
Kanada	48,8	41,1	40,9	39,9	39,3	38,9	39,1
Luxemburg	37,7	37,7	42,1	43,2	43,3	41,7	41,2
Niederlande	53,1	43,7	47,1	46,6	45,7	46,5	45,6
Norwegen	54,0	42,7	48,5	45,9	42,9	41,8	41,8
Österreich	51,5	51,4	51,0	50,1	49,6	48,6	47,7
Polen	–	41,0	44,6	42,5	42,8	43,3	43,5
Portugal	40,0	43,1	45,9	46,4	47,8	47,2	47,4
Schweden	61,3	56,8	58,2	56,7	56,4	56,7	55,5
Schweiz	30,0	33,9	36,7	36,6	36,4	36,1	35,9
Slowakei	–	50,9	39,8	39,8	37,7	36,5	35,7
Spanien	42,6	39,0	38,3	38,8	38,2	38,2	38,3
Tschechien	–	42,0	47,5	44,3	43,9	43,9	43,7
Ungarn	–	47,4	49,8	49,4	50,5	49,3	49,2
USA	37,1	34,2	36,7	36,4	36,6	36,6	36,7
Vereinigtes Königreich	42,2	37,5	43,3	44,0	45,1	45,6	45,9

¹ 1990 nur alte Bundesländer.
 Quelle: OECD-Outlook Nr. 79.
 Stand: Juni 2006.

18 Entwicklung der EU-Haushalte von 2001 bis 2006

	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Ausgabenseite						
a) Ausgaben insgesamt (in Mrd. €)	79,99	85,14	90,56	100,14	105,68	111,97
davon:						
Agrarpolitik	41,53	43,52	44,38	43,58	48,46	50,99
Strukturpolitik	22,46	23,50	28,53	34,20	32,40	35,64
Interne Politiken	5,30	6,57	5,67	7,26	8,02	8,89
Externe Politiken	4,23	4,42	4,29	4,61	5,48	5,37
Verwaltungsausgaben	4,86	5,21	5,30	5,86	6,29	6,66
Reserven	0,21	0,17	0,15	0,18	0,44	0,46
Heranführungsstrategien	1,40	1,75	2,24	3,05	3,29	2,89
Ausgleichszahlungen				1,41	1,30	1,07
b) Zuwachsraten (in %)						
Ausgaben insgesamt	- 4,1	6,4	6,4	10,6	5,5	6,0
davon:						
Agrarpolitik	2,5	4,8	2,0	- 1,8	11,2	5,2
Strukturpolitik	- 18,6	4,6	21,4	19,9	- 5,3	10,0
Interne Politiken	- 1,3	24,0	- 13,7	28,0	10,5	10,8
Externe Politiken	10,2	4,5	9,5	7,5	18,9	- 2,0
Verwaltungsausgaben	2,5	7,2	1,7	10,6	7,3	5,9
Reserven	10,5	- 19,0	- 11,8	20,0	144,4	4,5
Heranführungsstrategie	16,7	25,0	54,9	36,2	7,9	- 12,2
Ausgleichszahlungen					- 7,8	- 17,7
c) Anteil an Gesamtausgaben (in % der Ausgaben):						
Agrarpolitik	51,9	51,1	49,0	43,5	45,9	45,5
Strukturpolitik	28,1	27,6	31,5	34,2	30,7	31,8
Interne Politiken	6,6	7,7	6,3	7,2	7,6	7,9
Externe Politiken	5,3	5,2	4,7	4,6	5,2	4,8
Verwaltungsausgaben	6,1	6,1	5,9	5,9	6,0	5,9
Reserven	0,3	0,2	0,2	0,2	0,4	0,4
Heranführungsstrategie	1,8	2,1	2,5	3,0	3,1	2,6
Ausgleichszahlungen				1,4	1,2	1,0
Einnahmenseite						
a) Einnahmen insgesamt (in Mrd. €)	94,28	94,08	93,47	103,51	105,68	111,97
davon:						
Zölle	12,83	9,50	9,46	10,59	12,03	12,91
Agrarzölle und Zuckerabgaben	1,82	1,49	1,39	1,71	1,91	1,32
MwSt-Eigenmittel	30,69	22,69	21,82	13,53	15,56	15,88
BSP/BNE-Eigenmittel	34,46	45,85	50,62	69,21	68,88	80,56
b) Zuwachsraten (in %)						
Einnahmen insgesamt	1,7	- 0,2	- 0,6	10,7	2,1	6,0
davon:						
Zölle	- 2,1	- 26,0	- 0,4	11,9	13,6	7,3
Agrarzölle und Zuckerabgaben	- 15,7	- 18,1	- 6,7	23,0	11,7	- 30,9
MwSt-Eigenmittel	- 12,8	- 26,1	- 3,8	- 38,0	15,0	2,1
BSP/BNE-Eigenmittel	- 8,3	33,1	10,4	36,7	- 0,5	17,0
c) Anteil an Gesamteinnahmen (in % der Einnahmen):						
Zölle	13,6	10,1	10,1	10,2	11,4	11,5
Agrarzölle und Zuckerabgaben	1,9	1,6	1,5	1,7	1,8	1,2
MwSt-Eigenmittel	32,6	24,1	23,3	13,1	14,7	14,2
BSP/BNE-Eigenmittel	36,6	48,7	54,2	66,9	65,2	71,9

Bemerkungen:

1996 bis 2004: Ist-Angaben gem. EU-Haushaltsrechnung und ERH-Jahresbericht.

2005: EU-Haushalt einschl. Nachtrags- und Berichtigungshaushalte Nr. 1-8.

2006: Endgültige Feststellung vom 15. Dezember 2005.

Stand: Februar 2006.

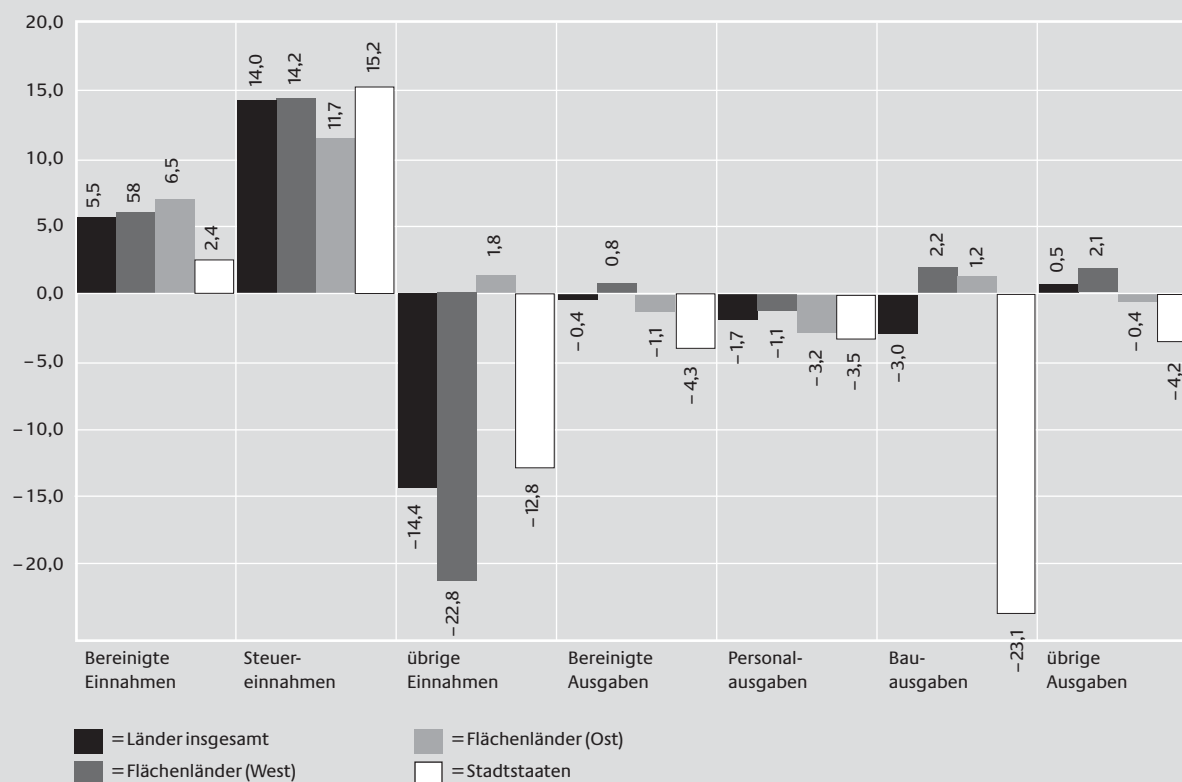
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

1 Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2006 im Vergleich zum Jahressoll 2006

in Mio. €	Flächenländer (West)		Flächenländer (Ost)		Stadtstaaten		Länder zusammen	
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
Bereinigte Einnahmen	163 047	134 702	48 872	40 372	29 112	24 610	235 579	194 898
darunter:								
Steuereinnahmen	126 872	112 248	23 671	20 278	17 783	15 008	168 326	147 533
übrige Einnahmen	36 175	22 454	25 201	20 094	11 329	9 602	67 253	47 365
Bereinigte Ausgaben	178 087	146 533	51 871	40 192	34 014	27 919	258 521	209 859
darunter:								
Personalausgaben	71 663	60 167	12 768	10 225	11 098	9 122	95 530	79 514
Bauausgaben	2 584	1 440	1 434	903	874	425	4 893	2 768
übrige Ausgaben	103 840	84 926	37 669	29 064	22 042	18 372	158 098	127 577
Finanzierungssaldo	- 15 036	-11 832	- 3 000	180	- 4 871	- 3 309	- 22 907	- 14 961

2 Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2006

Veränderungsraten im Vergleich zum Vorjahr in %



3 Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Oktober 2006; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Oktober 2005			September 2006			Oktober 2006		
		Bund	Länder	Ins- gesamt	Bund	Länder	Ins- gesamt	Bund	Länder	Ins- gesamt
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	177 089	184 770	348 455	163 997	178 340	330 517	178 995	194 898	360 494
111	darunter: Steuereinnahmen	144 047	129 465	273 512	140 506	130 485	270 992	154 461	147 533	301 995
112	Länderfinanzausgleich ¹	–	–	–	–	–	–	–	–	–
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	196 114 ³	68 380	264 494	187 943 ³	51 725	239 668	208 340 ³	60 496	268 836
12	Bereinigte Ausgaben¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	224 043	210 725	434 768	198 969	190 243	389 212	219 823	209 859	429 682
121	darunter: Personalausgaben									
	(inklusive Versorgung)	21 631	80 866	102 497	19 650	71 901	91 551	21 942	79 514	101 456
122	Baus Ausgaben	3 891	2 854	6 745	3 344	2 389	5 733	3 935	2 768	6 703
123	Länderfinanzausgleich ¹	–	–344	–344	–	–178	–178	–	–305	–305
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	173 096	52 382	225 478	170 292	48 519	218 811	177 941	57 142	235 084
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)	–46 955	–25 955	–72 909	–34 972	–11 903	–46 875	–40 828	–14 961	–55 789
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	–	–	–	–	–	–	–	–
17	Abgrenzungsposten zur Abschluss- nachweisung der Bundeshauptkasse/ Landeshauptkassen ²	23 324	15 699	39 023	18 013	2 751	20 763	30 797	2 940	33 736
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	–	–766	–766	–	0	0	–	0	0
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	–	–1 161	–1 161	–	–180	–180	–	–180	–180
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	11 792	7 496	19 288	13 125	15 300	28 425	10 051	10 848	20 899
32	Vorschüsse	–	7 584	7 584	–	15 177	15 177	–	9 658	9 658
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	–	4 965	4 965	–	6 220	6 220	–	5 878	5 878
34	Saldo (31–32+33)	11 792	4 878	16 670	13 125	6 342	19 467	10 051	7 068	17 119
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	–11 838	–7 305	–19 143	–3 834	–2 990	–6 824	20	–5 133	–5 113
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	11 838	5 886	17 724	3 834	1 631	5 465	–	4 825	4 825
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	80	80	–	992	992	–	194	194
56	Zusammen	11 838	5 966	17 804	3 834	2 623	6 457	–	5 019	5 019
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	0	–1 339	–1 339	0	–367	–367	20	–114	–94
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit ⁴	–	746	746	–	612	612	–	715	715
72	Nicht zum Bestand der Bundeshaupt- kasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	1 554	1 554	–	2 199	2 199	–	2 066	2 066

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. ¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder ohne Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern. ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokreditilgung. ³ Ohne sonstige Einnahmen zur Schuldentilgung. ⁴ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

Stand: Dezember 2006.

4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Oktober 2006; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden-Württ.	Bayern	Brandenburg	Hessen	Mecklb.-Vorpom.	Niedersachsen	Nordrh.-Westf.	Rheinl.-Pfalz	Saarland
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	24 511,9	27 894,1	7 629,5	14 009,7	5 445,0	17 170,5	35 184,1	8 663,7	2 098,5
111	darunter: Steuereinnahmen	18 812,5	22 237,2	3 937,3	16 637,2	2 586,3	12 631,4	29 497,1 ⁶	6 246,5	1 627,6
112	Länderfinanzausgleich ¹	–	–	474,0	–	382,1	273,2	–	267,2	102,2
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	5 079,3	2 586,6	1 765,2	2 977,0	958,0	5 566,7	14 150,4	5 055,3	1 216,6
12	Bereinigte Ausgaben¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	27 009,7	28 434,4	7 636,3	15 546,6	5 398,7	17 965,5	39 084,2	9 905,2	2 682,0
121	darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	11 543,1	12 854,4	1 759,6	5 659,6	1 257,2	7 039,6 ³	15 139,3 ³	4 196,0	1 087,7
122	Bausubstanz	292,4	570,0	139,2	248,4	164,0	65,5	100,5	49,8	44,3
123	Länderfinanzausgleich ¹	1 889,9	1 435,6	–	1 715,0	–	–	194,3	–	–
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	4 900,9	2 525,0	2 330,1	3 412,7	950,6	5 917,5	12 490,6	4 579,7	700,5
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)	–2 497,8	–540,3	–6,8	–1 537,0	46,3	–795,0	–3 900,1	–1 241,5	–583,5
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	–	–	–	–	–	–	–	–
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse ²	201,8	266,0	–332,6	–523,7	5,7	–1 138,4	1 643,0	322,7	503,9
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	0,2	–	–	–	–	–	–	–	–
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	0,0	–	–	–	–	–	–	–	–
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	2 244,1	825,3	318,0	454,6	180,6	77,5	5 198,1	1 172,5	17,1 ⁸
32	Vorschüsse	252,0	3 258,4	3,1	41,9	0,6	566,6	3 690,6	815,7	33,1
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	204,4	2 707,4	0,0	401,7	109,2	843,3	227,8	2,2	6,5
34	Saldo (31–32+33)	2 196,5	274,3	314,9	814,4	289,2	354,2	1 735,3	359,0	–9,5
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	–99,3	0,0	–24,5	–1 246,2	341,2	–1 579,2	–521,8	–559,8	–89,1
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	0,0	0,0	35,0	1 183,0	–	8,0	1 745,0	560,0	41,6
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	–	–	64,0	–	130,0	–	–	–
56	Zusammen	0,0	0,0	35,0	1 247,0	–	138,0	1 745,0	560,0	41,6
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)⁴	–99,3	0,0	10,5	0,8	341,2	–1 441,2	1 223,2	0,2	–47,5⁸
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit ⁷	–	–	–	–	–	608,1	–	–	–
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	–	–	843,3	223,9	–	–

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. ¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokreditilgung. ³ Ohne November-Bezüge. ⁴ Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen. ⁵ SH – Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln. ⁶ NW – Darin enthalten 650,255 Mio. € Zuschlag zur Gewerbesteuerumlage. ⁷ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt. ⁸ Einschl. aufgenommener, buchungsmäßiger noch nicht erfasster Darlehen.

Stand: Dezember 2006.

4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Oktober 2006; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schlesw.-Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
1	Seit dem 1. Januar gebuchte								
11	Bereinigte Einnahmen¹								
	für das laufende Haushaltsjahr	13 005,3	7 464,8	5 924,8	6 827,2	14 760,5	2 521,3	7 772,3	194 898,4
111	darunter: Steuereinnahmen	6 530,3	3 748,8	4 558,3	3 475,3	7 120,0	1 575,9	6 311,6	147 533,3
112	Länderfinanzausgleich ¹	906,2	507,0	112,8	504,4	2 173,0	282,7	–	–
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	703,9	6 884,8	2 523,5	1 727,9	7 944,9	1 692,8	–336,7	60 496,2
12	Bereinigte Ausgaben¹								
	für das laufende Haushaltsjahr	11 765,5	7 982,5	6 661,2	7 409,1	17 033,7	3 285,7	8 043,8	209 859,3
121	darunter: Personalausgaben								
	(inklusive Versorgung)	3 397,9	1 840,8	2 647,3	1 969,4	5 430,3	1 050,3	2 641,5	79 514,0
122	Bausubstanz	420,6	53,9	69,5	125,1	141,4	59,1	224,5	2 768,2
123	Länderfinanzausgleich ¹	–	–	–	–	–	–	444,6	–305,4
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	1 589,9	6 359,9	2 160,0	1 378,4	6 440,3	1 406,0	–	57 142,1
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)	1 239,8	–517,8	–736,4	–581,9	–2 273,2	–764,4	–271,5	–14 961,1
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	–	–	–	–	–	–	–
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse ²	–808,2	520,5	376,9	348,6	1 511,1	373,8	–331,6	2 939,5
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	–	–	–	–	–	–	–	0,2
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	–	–	–	–180,1	–	–	–	–180,1
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.								
31	Verwahrungen	427,1	29,1	0,0	–272,0	87,0	104,1	–15,1	10 848,0
32	Vorschüsse	1 193,7	193,5	0,0	34,3	–	–27,0	–399,0	9 657,5
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	239,1	31,3	0,0	2,2	320,7	94,1	687,8	5 877,7
34	Saldo (31–32+33)	–527,5	–133,2	0,0 ⁵	–304,1	407,7	225,3	1 071,7	7 068,2
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	–95,9	–130,5	–359,5	–717,5	–354,4	–165,3	468,6	–5 133,2
5	Schwebende Schulden								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	0,0	0,0	0,0	555,2	369,0	216,1	112,0	4 824,9
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	–	–	–	–	–	–	194,0
56	Zusammen	0,0	0,0	0,0	555,2	369,0	216,1	112,0	5 018,9
6	Kassenbestand insgesamt (4+56) ⁴	–95,9	–130,5	–359,5	–162,3	14,6	50,8	580,6	–114,3
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)								
71	Innerer Kassenkredit ⁷	–	–	–	–	–	–	107,2	715,3
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	–	320,7	–9,5	687,8	2 066,2

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. ¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokreditteilung. ³ Ohne November-Bezüge. ⁴ Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen. ⁵ SH – Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln. ⁶ NW – Darin enthalten 650,255 Mio. € Zuschlag zur Gewerbesteuerumlage. ⁷ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt. ⁸ Einschl. aufgenommener, buchungsmäßiger noch nicht erfasster Darlehen.

Stand: Dezember 2006.

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

Jahr	Erwerbstätige im Inland ¹		Erwerbs- quote ²	Erwerbs- lose	Erwerbs- losen- quote ³	Bruttoinlandsprodukt (real)			Investitions- quote ⁴
	Mio.	Verän- derung in % p. a.				gesamt	je Erwerbs- tätigen	je Stunde	
						Veränderung in % p. a.			
1991	38,6	.	50,8	2,0	4,9	.	.	.	23,2
1992	38,1	– 1,5	50,1	2,3	5,7	2,2	3,7	2,5	23,6
1993	37,6	– 1,3	49,7	2,8	6,9	– 0,8	0,5	1,6	22,5
1994	37,5	– 0,1	49,7	3,0	7,4	2,7	2,8	2,9	22,6
1995	37,6	0,2	49,5	2,9	7,1	1,9	1,7	2,6	21,9
1996	37,5	– 0,3	49,5	3,1	7,7	1,0	1,3	2,3	21,3
1997	37,5	– 0,1	49,8	3,5	8,6	1,8	1,9	2,5	21,0
1998	37,9	1,2	50,2	3,3	8,1	2,0	0,8	1,2	21,1
1999	38,4	1,4	50,5	3,1	7,5	2,0	0,7	1,4	21,3
2000	39,1	1,9	51,0	2,9	6,9	3,2	1,3	2,6	21,5
2001	39,3	0,4	51,1	2,9	6,9	1,2	0,8	1,8	20,0
2002	39,1	– 0,6	51,2	3,2	7,6	0,0	0,6	1,5	18,3
2003	38,7	– 1,0	51,3	3,7	8,7	– 0,2	0,8	1,2	17,8
2004	38,9	0,4	51,8	3,9	9,2	1,2	0,9	0,7	17,4
2005	38,8	– 0,1	51,7	3,9	9,1	0,9	1,0	1,3	17,3
2000/1995	38,0	0,8	50,1	3,1	7,6	2,0	1,2	2,0	21,3
2005/2000	39,0	– 0,2	51,4	3,4	8,1	0,6	0,8	1,3	18,7

¹ Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95, Statistische Bundesamt 17. August 2006. ² Erwerbspersonen (inländische Erwerbstätige + Erwerbslose [ILO]) in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95. ³ Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95. ⁴ Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

2 Preisentwicklung

Jahr	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlands- nachfrage (Deflator)	Konsum der privaten Haus- halte (Deflator) ¹	Verbraucher- preisindex (2000=100)	Lohnstück- kosten ²
	Veränderung in % p. a.						
1991
1992	7,3	5,0	3,2	4,1	4,1	5,1	6,3
1993	2,9	3,7	2,0	3,2	3,4	4,4	3,8
1994	5,1	2,4	1,0	2,2	2,5	2,7	0,2
1995	3,8	1,9	1,5	1,5	1,3	1,7	2,1
1996	1,5	0,5	– 0,7	0,7	1,0	1,5	0,4
1997	2,1	0,3	– 2,2	0,9	1,4	1,9	– 0,9
1998	2,6	0,6	1,6	0,1	0,5	0,9	0,1
1999	2,4	0,3	0,5	0,2	0,3	0,6	0,5
2000	2,5	– 0,7	– 4,8	0,9	0,9	1,4	0,7
2001	2,5	1,2	– 0,1	1,3	1,7	2,0	0,6
2002	1,4	1,4	2,1	0,8	1,1	1,4	0,6
2003	0,9	1,0	1,0	0,9	1,5	1,1	0,7
2004	2,1	0,9	– 0,2	1,0	1,6	1,6	– 0,5
2005	1,5	0,6	– 0,8	0,9	1,4	2,0	– 0,9
2000/1995	2,2	0,2	– 1,1	0,5	0,8	1,3	0,2
2005/2000	1,7	1,0	0,4	1,0	1,5	1,6	0,1

¹ Ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck. ² Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigenstunde (Inlandskonzept).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

3 Außenwirtschaft¹

Jahr	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt
	Veränderung in % p. a.		Mrd. €	Mrd. €	Anteile am BIP in %			
1991	.	.	- 6,09	- 23,08	25,8	26,2	- 0,4	- 1,5
1992	0,2	0,6	- 7,48	- 18,62	24,1	24,5	- 0,5	- 1,1
1993	- 4,8	- 6,4	- 0,46	- 17,82	22,3	22,3	- 0,0	- 1,1
1994	8,9	8,1	2,59	- 28,44	23,1	22,9	0,1	- 1,6
1995	7,7	6,2	8,67	- 23,96	24,0	23,5	0,5	- 1,3
1996	5,5	3,7	16,87	- 12,26	24,9	24,0	0,9	- 0,7
1997	12,7	11,6	23,91	- 8,61	27,5	26,2	1,2	- 0,4
1998	7,0	6,8	26,82	- 13,43	28,7	27,3	1,4	- 0,7
1999	5,0	7,0	17,44	- 23,96	29,4	28,5	0,9	- 1,2
2000	16,4	18,7	7,25	- 26,70	33,4	33,0	0,4	- 1,3
2001	6,9	1,8	42,51	- 0,90	34,8	32,8	2,0	0,0
2002	4,1	- 3,6	97,72	45,89	35,7	31,2	4,6	2,1
2003	0,7	2,6	85,52	43,90	35,7	31,7	4,0	2,0
2004	9,5	7,0	110,88	85,13	38,2	33,2	5,0	3,9
2005	8,1	8,6	116,01	94,78	40,7	35,5	5,2	4,2
2000/1995	9,2	9,4	16,8	- 18,2	28,0	27,1	0,9	- 0,9
2005/2000	5,8	3,2	76,6	40,4	36,4	32,9	3,5	1,8

¹ In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

4 Einkommensverteilung

Jahr	Volks- einkommen	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)	Lohnquote		Bruttolöhne und -gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (je Arbeitnehmer) ³
				unbereinigt ¹	bereinigt ²		
	Veränderung in % p. a.			in %		Veränderung in % p. a.	
1991	.	.	.	71,0	71,0	.	.
1992	6,5	2,0	8,3	72,2	72,5	10,3	4,2
1993	1,4	- 1,1	2,4	72,9	73,4	4,3	1,1
1994	4,1	8,7	2,5	71,7	72,4	1,9	- 2,4
1995	4,2	5,6	3,7	71,4	72,1	3,1	- 0,6
1996	1,5	2,7	1,0	71,0	71,7	1,4	- 1,1
1997	1,5	4,1	0,4	70,3	71,1	0,1	- 2,6
1998	1,9	1,4	2,1	70,4	71,3	0,9	0,6
1999	1,4	- 1,4	2,6	71,2	72,0	1,4	1,5
2000	2,5	- 0,8	3,8	72,2	72,9	1,5	1,2
2001	2,4	3,7	1,9	71,8	72,6	1,8	1,5
2002	1,0	1,7	0,7	71,6	72,5	1,4	- 0,1
2003	1,3	3,9	0,3	70,9	72,0	1,2	- 0,8
2004	3,4	10,4	0,5	68,9	70,2	0,6	0,8
2005	1,5	6,2	- 0,7	67,4	69,0	0,3	- 1,1
2000/1995	1,8	1,2	2,0	71,1	71,8	1,1	- 0,1
2005/2000	1,9	5,2	0,5	70,4	71,6	1,1	0,1

¹ Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens. ² Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991). ³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck).
Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

5 Reales Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %									
	1985	1990	1995	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Deutschland	2,2	5,7	1,9	3,2	- 0,2	1,2	0,9	2,4	1,2	2,0
Belgien	1,7	3,1	2,4	3,7	1,0	3,0	1,1	2,7	2,3	2,2
Dänemark	4,0	1,5	3,1	3,5	0,7	1,9	3,0	3,0	2,3	2,2
Griechenland	2,5	0,0	2,1	4,5	4,8	4,7	3,7	3,8	3,7	3,7
Spanien	2,3	3,8	2,8	5,0	3,0	3,2	3,5	3,8	3,4	3,3
Frankreich	2,0	2,7	2,2	4,0	1,1	2,3	1,2	2,2	2,3	2,1
Irland	3,1	7,6	9,8	10,2	4,3	4,3	5,5	5,3	5,3	4,3
Italien	2,8	2,1	2,8	3,6	0,0	1,1	0,0	1,7	1,4	1,4
Luxemburg	2,9	5,3	1,4	8,4	1,3	3,6	4,0	5,5	4,5	4,2
Niederlande	2,7	4,1	3,0	3,9	0,3	2,0	1,5	3,0	2,9	2,6
Österreich	2,6	4,6	1,9	3,4	1,1	2,4	2,0	3,1	2,6	2,1
Portugal	2,8	4,0	4,3	3,9	- 1,1	1,2	0,4	1,2	1,5	1,7
Finnland	3,3	0,1	3,9	5,0	1,8	3,5	2,9	4,9	3,0	2,6
Schweden	2,2	1,0	3,9	4,3	1,7	3,7	2,7	4,0	3,3	3,1
Vereinigtes Königreich	3,5	0,7	2,9	3,8	2,7	3,3	1,9	2,7	2,6	2,4
Euro-Zone	2,3	3,6	2,4	3,9	0,8	2,0	1,4	2,6	2,1	2,2
EU-15	2,6	3,0	2,5	3,9	1,1	2,2	1,5	2,6	2,2	2,3
Estland	-	-	4,5	7,9	7,1	8,1	10,5	10,9	9,5	8,4
Lettland	-	-	- 0,9	6,9	7,2	8,6	10,2	11,0	8,9	8,0
Litauen	-	-	3,3	4,1	10,3	7,3	7,6	7,8	7,0	6,5
Malta	-	-	6,2	6,4	- 2,4	0,0	2,2	2,3	2,1	2,2
Polen	-	-	7,0	4,2	3,8	5,3	3,2	5,2	4,7	4,8
Slowakei	-	-	5,8	0,7	4,2	5,4	6,0	6,7	7,2	5,7
Slowenien	-	-	4,1	4,1	2,7	4,4	4,0	4,8	4,2	4,5
Tschechien	-	-	5,9	3,6	3,6	4,2	6,1	6,0	5,1	4,7
Ungarn	-	-	1,5	5,2	4,1	4,9	4,2	4,0	2,4	2,7
Zypern	-	-	9,9	5,0	1,9	3,9	3,8	3,8	3,8	3,9
EU-25	-	-	2,6	3,9	1,3	2,4	1,7	2,8	2,4	2,4
Japan	5,1	5,2	1,9	2,9	1,8	2,3	2,6	2,7	2,3	2,1
USA	3,8	1,7	2,5	3,7	2,5	3,9	3,2	3,4	2,3	2,8

Quellen: Für die Jahre 1985 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, November 2006.

Für die Jahre ab 2003: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2006.

EU-15 alle Jahre: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, November 2006

Stand: November 2006.

6 Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %						
	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Deutschland	1,4	1,0	1,8	1,9	1,8	2,2	1,2
Belgien	1,6	1,5	1,9	2,5	2,4	1,8	1,7
Dänemark	2,4	2,0	0,9	1,7	2,0	2,0	1,9
Griechenland	3,9	3,4	3,0	3,5	3,3	3,3	3,3
Spanien	3,6	3,1	3,1	3,4	3,6	2,8	2,7
Frankreich	1,9	2,2	2,3	1,9	2,0	1,8	1,9
Irland	4,7	4,0	2,3	2,2	2,9	2,7	2,2
Italien	2,6	2,8	2,3	2,2	2,3	2,0	1,9
Luxemburg	2,1	2,5	3,2	3,8	3,2	2,2	1,8
Niederlande	3,9	2,2	1,4	1,5	1,6	1,8	2,3
Österreich	1,7	1,3	2,0	2,1	1,8	1,8	1,7
Portugal	3,7	3,3	2,5	2,1	2,9	2,2	2,1
Finnland	2,0	1,3	0,1	0,8	1,3	1,5	1,6
Schweden	1,9	2,3	1,0	0,8	1,5	1,6	1,8
Vereinigtes Königreich	1,3	1,4	1,3	2,1	2,4	2,2	2,0
Euro-Zone	2,3	2,1	2,1	2,2	2,2	2,1	1,9
Estland	3,6	1,4	3,0	4,1	4,4	4,2	4,6
Lettland	2,0	2,9	6,2	6,9	6,7	5,8	5,4
Litauen	0,3	– 1,1	1,2	2,7	3,8	4,6	3,3
Malta	2,6	1,9	2,7	2,5	3,0	2,6	2,4
Polen	1,9	0,7	3,6	2,2	1,4	2,5	2,8
Slowakei	3,5	8,4	7,5	2,8	4,5	3,4	2,5
Slowenien	7,5	5,7	3,7	2,5	2,5	2,5	2,6
Tschechien	1,4	– 0,1	2,6	1,6	2,5	2,7	2,9
Ungarn	5,2	4,7	6,8	3,5	3,9	6,8	3,9
Zypern	2,8	4,0	1,9	2,0	2,4	2,0	2,4
EU-25	2,1	1,9	2,1	2,2	2,3	2,3	2,0
Japan	– 0,9	– 0,3	0,0	– 0,3	0,3	0,4	0,7
USA	1,6	2,3	2,7	3,4	3,4	2,5	1,9

Quellen: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2006.
Stand: November 2006.

7 Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % der zivilen Erwerbsbevölkerung									
	1985	1990	1995	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Deutschland	7,2	4,8	8,0	7,2	9,0	9,5	9,5	8,9	8,4	7,8
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	8,2	8,4	8,4	8,6	8,5	8,4
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,3	5,4	5,5	4,8	3,8	3,5	3,5
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,3	9,7	10,5	9,8	9,3	8,9	8,6
Spanien	17,8	13,0	18,4	11,1	11,1	10,7	9,2	8,1	7,9	7,4
Frankreich	9,6	8,5	11,1	9,1	9,5	9,6	9,7	9,3	9,0	8,7
Irland	16,8	13,4	12,3	4,3	4,7	4,5	4,3	4,3	4,5	4,8
Italien	8,2	8,9	11,2	10,1	8,4	8,0	7,7	7,1	7,0	7,0
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,3	3,7	5,1	4,5	4,6	4,4	4,1
Niederlande	7,9	5,8	6,6	2,8	3,7	4,6	4,7	3,9	3,0	2,7
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,6	4,3	4,8	5,2	5,1	5,1	5,1
Portugal	9,1	4,8	7,3	4,0	6,3	6,7	7,6	7,6	7,7	7,7
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	9,0	8,8	8,4	7,7	7,4	7,3
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	5,6	6,3	7,8	7,3	7,4	7,1
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,4	4,9	4,7	4,7	5,3	5,0	4,8
Euro-Zone	9,3	7,6	10,5	8,2	8,7	8,9	8,6	8,0	7,7	7,4
EU-15	9,4	7,3	10,1	7,7	8,0	8,1	7,9	7,5	7,2	6,9
Estland	–	0,6	9,7	12,8	10,0	9,7	7,9	5,4	3,8	3,1
Lettland	–	0,5	18,9	13,7	10,5	10,4	8,9	7,4	7,2	7,0
Litauen	–	0,0	6,8	16,4	12,4	11,4	8,3	5,9	5,2	5,2
Malta	–	4,8	4,9	6,7	7,6	7,4	7,3	7,0	7,0	6,9
Polen	–	–	13,2	16,1	19,6	19,0	17,7	13,9	12,2	11,6
Slowakei	–	–	13,2	18,8	17,6	18,2	16,3	14,3	13,3	12,9
Slowenien	–	–	6,9	6,7	6,7	6,3	6,5	6,1	6,1	6,0
Tschechien	–	–	5,8	8,7	7,8	8,3	7,9	7,4	7,1	6,9
Ungarn	–	–	10,0	6,4	5,9	6,1	7,2	7,3	7,7	7,7
Zypern	–	–	2,7	4,9	4,1	4,6	5,3	5,4	5,5	5,6
EU-25	–	–	10,4	8,6	9,0	9,1	8,8	8,0	7,6	7,3
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	5,3	4,7	4,4	4,3	4,3	4,3
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	6,0	5,5	5,1	4,7	5,1	5,4

Quellen: Für die Jahre 1985 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, November 2006.

Für die Jahre ab 2003: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2006.

EU-15 alle Jahre: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, November 2006

Stand: November 2006.

8 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanzsaldo in ausgewählten Schwellenländern

	Reales Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Leistungsbilanzsaldo in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts			
	Veränderungen gegenüber Vorjahr in %											
	2004	2005	2006 ¹	2007 ¹	2004	2005	2006 ¹	2007 ¹	2004	2005	2006 ¹	2007 ¹
Gemeinschaft unabhängiger Staaten	8,4	6,5	6,8↑	6,5↑	10,3	12,3	9,6↓	9,3↓	8,1	8,8↓	10,1↑	9,4↑
darunter												
Russische Föderation	7,2	6,4	6,5↑	6,5↑	10,9	12,6	9,7↓	8,5↓	9,9	10,9↓	12,3↑	10,7↑
Ukraine	12,1	2,6	5,0↑	2,8↓	9,0	13,5	9,3↓	13,5↑	10,6↑	3,1↑	-2,2↓	-3,8↓
Asien	8,5↑	8,5↑	8,3↑	8,2↑	3,9↓	3,4↓	3,6↓	3,5↓	3,9	4,7↑	4,3↑	4,2↑
darunter												
China	10,1	10,2↑	10,0↑	10,0↑	3,9	1,8	1,5↓	2,2	3,6	7,2↑	7,2↑	7,2↑
Indien	8,0↓	8,5↑	8,3↑	7,3↑	3,9↑	4,0↓	5,6↑	5,3↑	0,2	-1,5↑	-2,1↑	-2,7↑
Indonesien	5,1	5,6	5,2↑	6,0	6,1	10,5	13,0↓	5,9↓	0,6↓	0,3↓	0,2↓	0,6↑
Korea	4,7↑	4,0	5,0↓	4,3↓	3,6	2,7	2,5	2,7↓	4,1	2,1	0,4↓	0,3↓
Thailand	6,2	4,5↑	4,5↓	5,0↓	2,8	4,5	4,9↑	2,6↑	4,2	-2,1↑	-0,8↑	-1,3↑
Türkei ²	8,9	7,4	5,0↓	5,0	8,6	8,2	10,2↑	7,2↑	-5,2	-6,4↓	-6,7↓	-5,8↑
Lateinamerika	5,7↑	4,3	4,8↑	4,2↑	6,5	6,3	5,6↓	5,2↓	0,9	1,4↑	1,2↑	1,0↑
darunter												
Argentinien	9,0	9,2	8,0↑	6,0↑	4,4	9,6	12,3↓	11,4↓	2,2	1,9↑	1,0↓	0,6↑
Brasilien	4,9	2,3	3,6↑	4,0↑	6,6	6,9	4,5↓	4,1↓	1,9	1,8	0,6↓	0,4↑
Chile	6,2↑	6,3	5,2↓	5,5↑	1,1	3,1	3,5↓	3,1↑	1,7↑	0,6↑	1,8↑	0,9↑
Mexiko	4,2	3,0	4,0↑	3,5↑	4,7	4,0	3,5	3,3↑	-1,0↑	-0,6↑	-0,1↑	-0,2↑
Venezuela	17,9	9,3	7,5↑	3,7↑	21,7	15,9	12,1↑	15,4↑	12,5	19,1	17,5↑	17,6↑

¹ Prognosen des IWF [↑/↓ = aktuelle Prognose ggü. der vorigen (März 2006) angehoben/gesenkt].

² Zuordnung lt. IWF World Economic Outlook.

Quelle: IWF World Economic Outlook, September 2006.

9 Entwicklung von DAX und Dow Jones

Eröffnungskurs 3. Januar 2005 = 100 %

(3. Januar 2005 bis 15. Dezember 2006)



10 Übersicht Weltfinanzmärkte

Aktienindizes

	Schlussstände 15.12.2006	Anfang 2006	Änderung in % zu Anfang 2006	Tief 2006	Hoch 2006
Dow Jones	12 446	10 718	16,12	10 661	12 446
Eurostoxx 50	3 732	3 349	11,43	3 183	3 741
Dax	6 589	5 408	21,83	5 244	6 589
CAC 40	5 542	4 715	17,53	4 565	5 542
Nikkei	16 914	16 111	4,98	14 046	17 563

Renditen staatlicher Benchmarkanleihen

10 Jahre	Schlussstände 15.12.2006	Anfang 2006	Spread zu US-Bond	Tief 2006	Hoch 2006
			in %		
USA	4,60	4,39	–	4,33	5,25
Bund	3,81	3,30	–0,79	3,26	4,12
Japan	1,69	1,47	–2,91	1,43	2,00
Brasilien	13,05	–	8,45	12,76	16,91

Währungen

	Schlussstände 15.12.2006	Anfang 2006	Änderung in % zu Anfang 2006	Tief 2006	Hoch 2006
Dollar/Euro	1,31	1,18	10,47	1,18	1,33
Yen/Dollar	118,14	117,92	0,19	109,67	119,74
Yen/Euro	154,53	139,58	10,71	137,50	155,39
Pfund/Euro	0,67	0,69	– 1,96	0,67	0,70

11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G 7-Länder / Euroraum / EU-15 / EU-25

	BIP (real)				Verbraucherpreise ¹				Arbeitslosenquote			
	2005	2006	2007	2008	2005	2006	2007	2008	2005	2006	2007	2008
Deutschland												
EU-KOM	0,9	2,4	1,2	2,0	1,9	1,8	2,2	1,2	9,5	8,9	8,4	7,8
OECD	1,1	2,6	1,8	2,1	1,9	1,7	1,9	1,0	9,1	8,0	7,7	7,2
IWF	0,9	2,0	1,3	–	2,0	2,0	2,6	–	9,1	8,0	7,8	–
USA												
EU-KOM	3,2	3,4	2,3	2,8	3,4	3,4	2,5	1,9	5,1	4,7	5,1	5,4
OECD	3,2	3,3	2,4	2,7	3,4	3,3	2,3	2,3	5,1	4,6	4,8	5,1
IWF	3,2	3,4	2,9	–	3,4	3,6	2,9	–	5,1	4,8	4,9	–
Japan												
EU-KOM	2,6	2,7	2,3	2,1	–0,3	0,3	0,4	0,7	4,4	4,3	4,3	4,3
OECD	2,7	2,8	2,0	2,0	–0,6	0,3	0,3	0,8	4,4	4,2	3,9	3,6
IWF	2,6	2,7	2,1	–	–0,6	0,3	0,7	–	4,4	4,1	4,0	–
Frankreich												
EU-KOM	1,2	2,2	2,3	2,1	1,9	2,0	1,8	1,9	9,7	9,3	9,0	8,7
OECD	1,2	2,1	2,2	2,3	1,9	2,0	1,4	1,6	9,9	9,1	8,5	8,2
IWF	1,2	2,4	2,3	–	1,9	2,0	1,9	–	9,5	9,0	8,5	–
Italien												
EU-KOM	0,0	1,7	1,4	1,4	2,2	2,9	2,7	2,2	7,7	7,1	7,0	7,0
OECD	0,1	1,8	1,4	1,6	2,2	2,2	1,9	2,0	7,8	7,1	6,8	6,5
IWF	–	1,5	1,3	–	2,3	2,4	2,1	–	7,7	7,6	7,5	–
Großbritannien												
EU-KOM	1,9	2,7	2,6	2,4	2,1	2,4	2,2	2,0	4,7	5,3	5,0	4,8
OECD	1,9	2,6	2,6	2,8	2,0	2,2	2,0	1,9	4,8	5,5	5,7	5,8
IWF	1,9	2,7	2,7	–	2,0	2,3	2,4	–	4,8	5,3	5,1	–
Kanada												
EU-KOM	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
OECD	2,9	2,8	2,7	3,1	2,2	2,1	1,5	2,0	6,8	6,4	6,6	6,5
IWF	2,9	3,1	3,0	–	2,2	2,2	1,9	–	6,8	6,3	6,3	–
Euroraum												
EU-KOM	1,4	2,6	2,1	2,2	2,2	2,2	2,1	1,9	8,6	8,0	7,7	7,4
OECD	1,5	2,6	2,2	2,3	2,2	2,2	1,9	1,8	8,6	7,9	7,4	7,1
IWF	1,3	2,4	2,0	–	2,2	2,3	2,4	–	8,6	7,9	7,7	–
EU-25												
EU-KOM	1,7	2,8	2,4	2,4	2,2	2,3	2,3	2,0	8,8	8,0	7,6	7,3

¹ EU und IWF: Verbraucherpreise (EU: harmonisierte); OECD: harmonisierte Verbraucherpreise für D, F, I, GB und Euroraum; Verbraucherpreisindex für USA, J, CDN.

Quellen: EU-KOM: Herbstprognose, November 2006.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2006.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, September 2006.

Stand: Dezember 2006.

11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	BIP (real)				Verbraucherpreise ¹				Arbeitslosenquote			
	2005	2006	2007	2008	2005	2006	2007	2008	2005	2006	2007	2008
Belgien												
EU-KOM	1,1	2,7	2,3	2,2	2,5	2,4	1,8	1,7	8,4	8,6	8,5	8,4
OECD	1,5	2,9	2,3	2,1	2,5	2,4	1,7	1,8	8,4	8,6	8,3	8,0
IWF	1,5	2,7	2,1	–	2,5	2,4	1,9	–	8,4	8,2	8,2	–
Finnland												
EU-KOM	2,9	4,9	3,0	2,6	0,8	1,3	1,5	1,6	8,4	7,7	7,4	7,3
OECD	3,0	5,0	2,8	2,7	0,8	1,3	1,4	1,5	8,4	7,8	7,6	7,4
IWF	2,9	3,5	2,5	–	0,8	1,5	1,5	–	8,4	7,9	7,8	–
Griechenland												
EU-KOM	3,7	3,8	3,7	3,7	3,5	3,3	3,3	3,3	9,8	9,3	8,9	8,6
OECD	3,7	4,0	3,8	3,8	3,5	3,4	2,9	2,8	10,4	9,6	9,2	8,8
IWF	3,7	3,7	3,5	–	3,5	3,6	3,5	–	9,9	9,7	9,5	–
Irland												
EU-KOM	5,5	5,3	5,3	4,3	2,2	2,9	2,7	2,2	4,3	4,3	4,5	4,8
OECD	5,5	5,1	5,1	4,5	2,2	2,8	2,8	3,0	4,4	4,4	4,4	4,4
IWF	5,5	5,8	5,6	–	2,2	2,8	2,5	–	4,3	4,3	4,2	–
Luxemburg												
EU-KOM	4,0	5,5	4,5	4,2	3,8	3,2	2,2	1,8	4,5	4,6	4,4	4,1
OECD	4,0	5,2	4,3	4,0	3,8	3,3	2,0	2,2	4,6	4,6	4,7	5,0
IWF	4,0	4,0	3,8	–	2,5	2,8	2,3	–	4,2	4,5	4,7	–
Niederlande												
EU-KOM	1,5	3,0	2,9	2,6	1,5	1,6	1,8	2,3	4,7	3,9	3,0	2,7
OECD	1,5	3,0	3,1	3,0	1,5	1,5	1,0	1,9	5,0	4,9	4,2	3,1
IWF	1,5	2,9	2,9	–	1,5	1,7	1,8	–	4,9	4,5	3,9	–
Österreich												
EU-KOM	2,0	3,1	2,6	2,1	2,1	1,8	1,8	1,7	5,2	5,1	5,1	5,1
OECD	2,6	3,2	2,5	2,4	2,1	1,7	1,8	2,0	5,8	5,5	5,5	5,5
IWF	2,0	2,8	2,3	–	2,1	1,8	1,7	–	5,2	4,8	4,6	–
Portugal												
EU-KOM	0,4	1,2	1,5	1,7	2,1	2,9	2,2	2,1	7,6	7,6	7,7	7,7
OECD	0,4	1,3	1,5	1,7	2,1	3,1	2,0	1,8	7,7	7,5	7,4	7,0
IWF	0,4	1,2	1,5	–	2,1	2,6	2,2	–	7,6	7,7	7,6	–
Slowenien												
EU-KOM	4,0	4,8	4,2	4,5	2,5	2,5	2,5	2,6	6,5	6,1	6,1	6,0
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	3,9	4,2	4,0	–	2,5	2,5	2,3	–	–	–	–	–
Spanien												
EU-KOM	3,5	3,8	3,4	3,3	3,4	3,6	2,8	2,7	9,2	8,1	7,9	7,4
OECD	3,5	3,7	3,3	3,1	3,4	3,5	2,7	3,2	9,2	8,4	7,8	7,6
IWF	3,4	3,4	3,0	–	3,4	3,8	3,4	–	9,2	8,6	8,3	–

¹ EU und IWF: Verbraucherpreise (EU: harmonisierte); OECD: harmonisierte Verbraucherpreise für B, FIN, GR, IRL, L, NL, A, P und E.

Quellen: EU-KOM: Herbstprognose, November 2006.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2006.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, September 2006.

Stand: Dezember 2006.

11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

	BIP (real)				Verbraucherpreise ¹				Arbeitslosenquote			
	2005	2006	2007	2008	2005	2006	2007	2008	2005	2006	2007	2008
Bulgarien												
EU-KOM	5,5	6,0	6,0	6,2	5,0	7,0	3,5	3,8	10,1	8,9	7,7	7,0
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	5,5	5,6	6,0	–	5,0	7,4	3,8	–	–	–	–	–
Dänemark												
EU-KOM	3,0	3,0	2,3	2,2	1,7	2,0	2,0	1,9	4,8	3,8	3,5	3,5
OECD	3,0	3,5	2,6	1,6	1,8	2,0	2,1	2,6	4,8	3,8	3,3	3,3
IWF	3,2	2,7	2,3	–	1,8	1,8	2,0	–	5,7	4,8	4,9	–
Estland												
EU-KOM	10,5	10,9	9,5	8,4	4,1	4,4	4,2	4,6	7,9	5,4	3,8	3,1
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	9,8	9,5	8,0	–	4,1	4,6	3,8	–	–	–	–	–
Lettland												
EU-KOM	10,2	11,0	8,9	8,0	6,9	6,7	5,8	5,4	8,9	7,4	7,2	7,0
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	10,2	11,0	9,0	–	6,8	6,6	6,3	–	–	–	–	–
Litauen												
EU-KOM	7,6	7,8	7,0	6,5	2,7	3,8	4,6	3,3	8,3	5,9	5,2	5,2
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	7,5	6,8	6,5	–	2,7	3,6	3,3	–	–	–	–	–
Malta												
EU-KOM	2,2	2,3	2,1	2,2	2,5	3,0	2,6	2,4	7,3	7,0	7,0	6,9
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	2,5	1,6	1,8	–	2,5	2,9	2,8	–	–	–	–	–
Polen												
EU-KOM	3,2	5,2	4,7	4,8	2,2	1,4	2,5	2,8	17,7	13,9	12,2	11,6
OECD	3,5	5,1	5,1	4,8	2,2	1,4	1,9	2,3	17,7	14,2	12,6	11,3
IWF	3,4	5,0	4,5	–	2,1	0,9	2,3	–	–	–	–	–
Rumänien												
EU-KOM	4,1	7,2	5,8	5,6	9,1	6,8	5,1	4,6	7,7	7,6	7,5	7,6
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	4,1	5,5	5,5	–	9,0	7,8	5,7	–	–	–	–	–
Schweden												
EU-KOM	2,7	4,0	3,3	3,1	0,8	1,5	1,6	1,8	7,8	7,3	7,4	7,1
OECD	2,7	4,3	3,6	2,9	0,5	1,4	2,2	2,5	5,8	5,5	5,3	4,3
IWF	2,7	4,0	2,2	–	0,8	1,6	1,8	–	5,8	4,5	4,3	–
Slowakei												
EU-KOM	6,0	6,7	7,2	5,7	2,8	4,5	3,4	2,5	16,3	14,3	13,3	12,9
OECD	6,0	8,2	8,0	5,7	2,7	4,5	2,8	2,2	16,2	13,5	12,2	11,7
IWF	6,1	6,5	7,0	–	2,7	4,7	3,6	–	–	–	–	–
Tschechien												
EU-KOM	6,1	6,0	5,1	4,7	1,6	2,5	2,7	2,9	7,9	7,4	7,1	6,9
OECD	6,1	6,2	4,8	4,6	1,9	2,8	3,4	3,1	8,0	7,3	6,8	6,3
IWF	6,1	6,0	4,8	–	1,8	2,9	3,3	–	–	–	–	–
Ungarn												
EU-KOM	4,2	4,0	2,4	2,7	3,5	3,9	6,8	3,9	7,2	7,3	7,7	7,7
OECD	4,2	4,0	2,2	3,0	3,6	3,9	6,7	4,1	7,3	7,5	7,7	7,6
IWF	4,1	4,5	3,5	–	3,6	3,5	5,8	–	–	–	–	–
Zypern												
EU-KOM	3,8	3,8	3,8	3,9	2,0	2,4	2,0	2,4	5,3	5,4	5,5	5,6
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	3,7	3,5	3,8	–	2,6	3,0	2,3	–	5,2	3,0	3,0	–

¹ EU und IWF: Verbraucherpreise (EU: harmonisierte); OECD: Verbraucherpreisindex für DK, PL, S, CZ und H.

Quellen: EU-KOM: Herbstprognose, November 2006.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2006.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, September 2006.

Stand: Dezember 2006.

12 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G 7-Länder / Euroraum / EU-15 / EU-25

	öffentl. Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote ¹				Leistungsbilanzsaldo			
	2005	2006	2007	2008	2005	2006	2007	2008	2005	2006	2007	2008
Deutschland												
EU-KOM	-3,2	-2,3	-1,6	-1,2	67,9	67,8	67,7	67,3	4,2	4,5	5,3	5,4
OECD	-3,2	-2,3	-1,4	-1,3	67,8	69,5	69,3	-	4,2	4,0	4,8	5,2
IWF	-3,3	-2,9	-2,4	-	66,4	68,0	68,5	-	4,1	4,2	4,0	-
USA												
EU-KOM	-3,7	-2,2	-2,4	-2,8	-	-	-	-	-6,2	-6,4	-6,4	-6,5
OECD	-3,7	-2,3	-2,8	-3,0	64,1	64,1	64,7	-	-6,4	-6,6	-6,5	-6,6
IWF	-3,7	-3,1	-3,2	-	62,7	62,5	63,4	-	-6,4	-6,6	-6,9	-
Japan												
EU-KOM	-6,5	-5,6	-5,1	-4,7	-	-	-	-	3,6	3,5	3,0	2,7
OECD	-5,3	-4,6	-4,0	-3,7	172,1	175,2	177,3	-	3,7	3,8	4,5	5,3
IWF	-5,6	-5,2	-4,9	-	181,7	181,8	181,8	-	3,6	3,7	3,5	-
Frankreich												
EU-KOM	-2,9	-2,7	-2,6	-2,2	66,6	64,7	63,9	63,3	-2,1	-2,1	-2,0	-2,1
OECD	-2,9	-2,7	-2,5	-2,3	67,3	66,8	65,9	-	-1,6	-1,7	-1,8	-1,8
IWF	-2,9	-2,7	-2,6	-	66,7	64,5	64,0	-	-1,6	-1,7	-1,7	-
Italien												
EU-KOM	-4,1	-4,7	-2,9	-3,1	106,6	107,2	105,9	105,7	-1,1	-1,4	-1,1	-0,8
OECD	-4,3	-4,8	-3,2	-3,3	106,3	107,4	108,4	-	-1,6	-2,2	-2,2	-2,6
IWF	-4,1	-4,0	-4,1	-	106,4	107,5	108,6	-	-1,6	-1,4	-1,0	-
Großbritannien												
EU-KOM	-3,3	-2,9	-2,8	-2,5	42,4	43,2	44,1	44,7	-2,2	-2,5	-2,6	-2,8
OECD	-3,4	-3,0	-2,7	-2,6	43,5	46,6	49,1	-	-2,2	-2,4	-2,0	-2,1
IWF	-3,3	-3,2	-2,8	-	42,7	43,1	44,2	-	-2,2	-2,4	-2,3	-
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	1,4	0,9	0,8	0,8	69,3	62,5	57,5	-	2,3	1,1	0,1	0,0
IWF	1,7	1,1	1,0	-	84,8	79,6	74,6	-	2,3	2,0	1,9	-
Euroraum												
EU-KOM	-2,4	-2,0	-1,5	-1,3	70,6	69,4	68,0	66,9	0,0	-0,1	0,1	0,1
OECD	-2,4	-2,1	-1,5	-1,4	70,9	70,8	70,2	-	0,0	-0,3	-0,1	-0,1
IWF	-2,2	-2,0	-1,9	-	70,6	69,8	69,2	-	-	-0,1	-0,2	-
EU-25												
EU-KOM	-2,3	-2,0	-1,6	-1,4	63,3	62,5	61,4	60,4	-0,4	-0,5	-0,4	-0,4

¹ Staatsschuldenquote OECD: Wirtschaftsausblick Juni 2006.

Quellen: EU-KOM: Herbstprognose, November 2006.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2006.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, September 2006.

Stand: Dezember 2006.

12 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	öffentl. Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote ¹				Leistungsbilanzsaldo			
	2005	2006	2007	2008	2005	2006	2007	2008	2005	2006	2007	2008
Belgien												
EU-KOM	-2,3	-0,2	-0,5	-0,5	93,2	89,4	86,3	83,2	2,5	2,4	2,5	2,9
OECD	0,0	0,0	-0,2	-0,2	93,3	89,5	85,6	-	2,5	2,0	1,9	1,6
IWF	0,1	-	-0,7	-	-	-	-	-	2,7	2,8	2,7	-
Finnland												
EU-KOM	2,7	2,9	2,9	2,9	41,3	38,8	37,3	35,8	4,6	5,5	5,2	4,7
OECD	2,5	2,5	2,4	2,2	41,1	41,4	42,5	-	5,2	6,8	7,3	7,6
IWF	2,5	2,7	3,3	-	-	-	-	-	5,1	5,1	4,6	-
Griechenland												
EU-KOM	-5,2	-2,6	-2,6	-2,4	107,5	104,8	101,0	96,4	-9,2	-8,5	-8,0	-7,5
OECD	-5,1	-2,6	-2,6	-2,6	108,7	106,2	103,3	-	-7,9	-10,8	-10,1	-9,7
IWF	-4,5	-2,8	-2,7	-	-	-	-	-	-7,8	-8,1	-8,0	-
Irland												
EU-KOM	1,1	1,2	0,9	0,4	27,4	25,8	24,4	23,6	-3,1	-3,2	-4,1	-4,2
OECD	1,1	1,0	0,7	0,7	27,6	27,5	27,5	-	-2,6	-1,7	-1,3	-0,4
IWF	1,0	0,7	-0,4	-	-	-	-	-	-2,6	-3,0	-3,2	-
Luxemburg												
EU-KOM	-1,0	-1,5	-0,5	-0,3	6,0	7,4	7,3	7,1	9,7	11,4	12,2	12,8
OECD	-1,0	-1,3	-0,8	-0,4	6,0	9,0	10,2	-	11,8	10,8	12,8	12,4
IWF	-1,9	-1,7	-1,9	-	-	-	-	-	9,7	8,2	8,2	-
Niederlande												
EU-KOM	-0,3	0,0	0,1	0,3	52,7	50,5	47,8	45,4	7,1	7,6	8,1	8,5
OECD	-0,3	-0,4	-0,2	-0,1	52,9	52,8	52,3	-	6,6	7,4	7,7	9,3
IWF	-0,1	-0,8	-0,8	-	-	-	-	-	6,3	7,6	7,9	-
Österreich												
EU-KOM	-1,5	-1,3	-1,2	-1,0	63,4	62,1	60,9	59,8	2,9	3,0	2,8	2,7
OECD	-1,6	-1,3	-1,6	-1,5	62,9	63,1	63,2	-	1,2	2,3	2,6	3,6
IWF	-1,6	-1,8	-0,9	-	-	-	-	-	1,2	1,5	1,7	-
Portugal												
EU-KOM	-6,0	-4,6	-4,0	-3,9	64,0	67,4	69,4	70,7	-9,5	-9,0	-8,7	-8,3
OECD	-6,0	-4,6	-3,7	-3,4	63,9	66,3	68,3	-	-9,3	-8,8	-9,2	-9,9
IWF	-6,0	-4,6	-3,7	-	-	-	-	-	-9,3	-9,8	-9,6	-
Slowenien												
EU-KOM	-1,4	-1,6	-1,6	-1,5	28,0	28,4	28,0	27,6	-2,0	-1,9	-1,8	-1,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-1,1	-2,0	-2,3	-
Spanien												
EU-KOM	1,1	1,5	1,1	0,9	43,1	39,7	37,0	34,7	-7,5	-8,6	-9,6	-10,0
OECD	1,1	1,4	1,2	1,4	43,2	40,5	38,3	-	-7,4	-8,8	-9,2	-9,6
IWF	1,1	1,3	0,9	-	-	-	-	-	-7,4	-8,3	-8,7	-

¹ Staatsschuldenquote OECD: Wirtschaftsausblick Juni 2006.

Quellen: EU-KOM: Herbstprognose, November 2006.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2006.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, September 2006.

Stand: Dezember 2006.

12 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

	öffentl. Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote ¹				Leistungsbilanzsaldo			
	2005	2006	2007	2008	2005	2006	2007	2008	2005	2006	2007	2008
Bulgarien												
EU-KOM	2,4	3,3	1,8	1,7	29,8	25,8	21,8	17,9	-11,3	-13,9	-13,5	-12,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-11,8	-12,4	-12,2	-
Dänemark												
EU-KOM	4,9	4,0	4,3	4,2	35,9	28,5	24,5	22,0	2,9	1,9	2,1	2,3
OECD	4,6	3,4	3,2	3,2	35,9	32,4	28,4	-	2,9	1,3	1,8	1,3
IWF	3,9	2,6	2,5	-	-	-	-	-	3,0	2,2	2,3	-
Estland												
EU-KOM	2,3	2,5	1,6	1,3	4,5	4,0	2,7	2,1	-11,1	-11,5	-10,5	-9,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-11,0	-12,0	-11,7	-
Lettland												
EU-KOM	0,1	-1,0	-1,2	-1,2	12,1	11,1	10,6	10,3	-12,5	-16,1	-17,4	-16,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-12,4	-14,0	-13,7	-
Litauen												
EU-KOM	-0,5	-1,0	-1,2	-1,3	18,7	18,9	19,6	19,8	-6,9	-8,9	-9,4	-9,1
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-6,9	-7,5	-7,4	-
Malta												
EU-KOM	-3,2	-2,9	-2,7	-2,9	74,2	69,6	69,0	68,6	-11,0	-10,9	-10,9	-11,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-13,1	-12,5	-12,0	-
Polen												
EU-KOM	-2,5	-2,2	-2,0	-1,8	42,0	42,4	43,1	42,7	-2,2	-2,3	-2,7	-2,8
OECD	-2,4	-2,2	-1,8	-1,6	42,0	45,5	45,6	-	-1,7	-2,1	-1,9	-1,5
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-1,4	-1,7	-1,9	-
Rumänien												
EU-KOM	-1,5	-1,4	-2,6	-2,6	15,9	13,7	13,9	14,4	-8,7	-10,3	-11,8	-13,3
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-8,7	-10,9	-11,1	-
Schweden												
EU-KOM	3,0	2,8	2,4	2,5	50,4	46,7	42,6	38,7	5,9	6,3	6,4	6,5
OECD	2,8	2,9	2,4	2,6	50,3	45,4	40,3	-	6,0	7,1	7,5	7,6
IWF	1,4	0,7	1,1	-	-	-	-	-	6,0	5,8	5,6	-
Slowakei												
EU-KOM	-3,1	-3,4	-3,0	-2,9	34,5	33,0	31,6	31,0	-7,9	-7,8	-4,8	-3,4
OECD	-3,1	-3,7	-2,7	-2,2	35,2	29,7	24,7	-	-8,7	-6,4	-3,9	-3,3
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-8,6	-7,7	-5,9	-
Tschechien												
EU-KOM	-3,6	-3,5	-3,6	-3,2	30,4	30,9	30,8	31,0	-2,7	-3,1	-2,3	-1,7
OECD	-3,6	-3,7	-4,1	-4,3	30,8	31,6	32,2	-	-2,1	-2,9	-2,0	-2,0
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-2,1	-1,9	-1,6	-
Ungarn												
EU-KOM	-7,8	-10,1	-7,4	-5,6	61,7	67,6	70,9	72,7	-6,8	-7,3	-5,1	-3,5
OECD	-6,5	-8,7	-5,4	-4,3	58,2	59,0	59,7	-	-6,7	-7,3	-6,3	-5,6
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-7,4	-9,1	-8,0	-
Zypern												
EU-KOM	-2,3	-1,9	-1,7	-1,7	69,2	64,8	62,2	59,6	-5,7	-6,0	-5,9	-5,9
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-2,4	-2,2	-1,6	-	-	-	-	-	-5,8	-4,6	-3,5	-

¹ Staatsschuldenquote OECD: Wirtschaftsausblick Juni 2006.

Quellen: EU-KOM: Herbstprognose, November 2006.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2006.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, September 2006.

Stand: Dezember 2006.



Verzeichnis der Berichte

Verzeichnis der Berichte in den Monatsberichten des BMF 2006...

...nach Veröffentlichungsdatum	129
...nach Stichpunkten	131

Verzeichnis der Berichte im Monatsbericht des BMF 2006 nach Veröffentlichungsdatum

Veröffentlichung	Berichte	Seite
Januar 2006	Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich 2005	33
	Ergebnis der Modellstudien zu Änderungen bei der Umsatzsteuer zur Verhinderung von Steuerausfällen	45
	Stellungnahme zu den Artikel-IV-Konsultationen des Internationalen Währungsfonds mit Deutschland	51
	Umsetzung von Basel II in Deutschland und der Europäischen Union	57
	Wirtschafts- und Finanzlage in ausgewählten Schwellenländern	69
Februar 2006	Abschluss des Bundeshaushalts 2005 – Ist-Bericht	39
	Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 4. Quartal 2005 und im Jahr 2005	67
	Reformieren, investieren, Zukunft gestalten – Politik für mehr Arbeit in Deutschland	71
	Kapitalstock: Berechnungsmethoden und Entwicklung im internationalen Vergleich	79
	Produktpiraterie – eine wachsende Gefahr für die Volkswirtschaft	87
März 2006	Entwurf des Bundeshaushalts 2006 und Finanzplan des Bundes 2005 bis 2009	37
	Aktualisierung des deutschen Stabilitätsprogramms	49
	Was darf die deutsche Kreditwirtschaft von der neuen Bundesregierung erwarten?	57
	EU-Frühjahrgipfel – Position der Bundesregierung zum Lissabon-Fortschrittsbericht	61
	Wachstumswirksamkeit von Verkehrsinvestitionen	71
April 2006	20. Subventionsbericht der Bundesregierung	33
	Bevölkerungsalterung und Staatsausgaben:	
	Ergebnisse neuer Langfristrechnungen für die Mitgliedstaaten der EU	41
	Entwicklung der Länderhaushalte im Jahr 2005	49
	Die Steuereinnahmen der Kommunen (ohne Stadtstaaten) im Jahr 2005	57
	Überblick über die aktualisierten Stabilitäts- und Konvergenzprogramme 2005 der EU-Mitgliedstaaten	61
	Globalisierung: Entwicklungen in Schwellenländern und ihre Auswirkungen	73
Mai 2006	Zoll legt Jahresbilanz 2005 vor	85
	Ergebnisse der Steuerschätzung vom 8. bis 11. Mai 2006	35
	Die Ausgaben- und Einnahmenentwicklung im Bundeshaushalt bis zum 1. Quartal 2006	41
	Steuerpolitik der großen Koalition – erstes Etappenziel ist erreicht	53
	Mittelfristige Perspektive der öffentlichen Haushalte	63
	Die Abgabenbelastung von Arbeitnehmern im internationalen Vergleich:	
	Ergebnisse einer aktuellen Studie der OECD	69
Juni 2006	G 7-Treffen und Frühjahrstagungen von Internationalem Währungsfonds und Weltbank	75
	Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. Quartal 2006	37
	Struktur und Verteilung der Steuereinnahmen:	
	Langfristige Trends und aktuelle Entwicklungen unter Einbeziehung der mittelfristigen Steuerschätzung	41
	Bundespolitik und Kommunalfinanzen	49
Juli 2006	Die wirtschafts- und finanzpolitische Lage der neuen Mitgliedstaaten sowie der Beitritts- und Kandidatenländer der EU Ende 2005/Anfang 2006	57
	Bündnisse gegen Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung	65
	Haushaltsbegleitgesetz 2006 und Steueränderungsgesetz 2007 – Eckpfeiler des Haushaltssanierungskonzeptes der Bundesregierung	37
	Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2005	47
	Ergebnisse der Steuerfahndung	57
	Interpretation von Wirtschaftsdaten zur Analyse der Konjunkturentwicklung	61
	Zum Jahresbericht über die öffentlichen Finanzen in der Europäischen Währungsunion (Public Finance Report 2006)	69
	Finanz- und Wirtschaftspolitik in ausgewählten Volkswirtschaften	77

Veröffentlichung	Berichte	Seite
August 2006	Bericht über den Bundeshaushalt für das Jahr 2006 (Sollbericht) und Entwicklung im 1. Halbjahr 2006	33
	Entwurf des Bundeshaushalts 2007 und des Finanzplans des Bundes 2006 bis 2010	63
	Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. Halbjahr 2006	77
	Die Föderalismusreform	81
	Zur Auflösung der Bundeswertpapierverwaltung:	
	Ein Rückblick auf die Schuldenverwaltung in Deutschland von 1820 bis 2006	91
	Wirtschafts- und Finanzlage in ausgewählten Schwellenländern	101
September 2006	Stand und Entwicklung der Steuerrückstände 2005	33
	Internationale Vergleiche von Volkswirtschaften im Rahmen von Ranking- und Benchmarking-Verfahren	41
	Die abgabenrechtliche Privilegierung gemeinnütziger Zwecke auf dem Prüfstand	51
	Task Force zur Bekämpfung des Missbrauchs der Dienstleistungs- und der Niederlassungsfreiheit	55
	Risikoanalyse im grenzübergreifenden Warenverkehr	63
Oktober 2006	Kurzfassung des Jahresberichts zum Stand der Deutschen Einheit 2006	37
	Bedeutung der Schätzungen von Produktionspotenzial und Produktionslücken für die Finanzpolitik	47
	Entwicklung bundeseinheitlicher Software für das Besteuerungsverfahren (Vorhaben KONSENS)	55
	Biokraftstoffe – ein neues Standbein der europäischen Agrarpolitik?	65
	Jahresversammlung Internationaler Währungsfonds und Weltbank am 19. September 2006 in Singapur	69
November 2006	Dritter Quartalsbericht zum Bundeshaushalt 2006	35
	Ergebnisse der Steuerschätzung vom 2. bis 3. November 2006	47
	Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. bis 3. Quartal	53
	Bericht über die Höhe des Existenzminimums von Erwachsenen und Kindern für das Jahr 2008 (Sechster Existenzminimumbericht)	57
	Hohe internationale Wettbewerbsfähigkeit durch moderate Lohnstückkosten	65
	Die Rolle des Zolls beim Schutz von Mensch und Umwelt	71
Dezember 2006	Aktualisierung des deutschen Stabilitätsprogramms Dezember 2006	37
	Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen: Eine Untersuchung für die Mitgliedstaaten der EU	47
	Finanz- und Wirtschaftspolitik in ausgewählten Volkswirtschaften	55
	G 20-Finanzministertreffen in Australien am 18./19. November 2006	73
	Bundespolitik und Kommunalfinanzen – Aktuelle Aspekte	77

Verzeichnis der Berichte im Monatsbericht des BMF 2006 nach Stichpunkten

Stichpunkt 1	Stichpunkt 2	Veröffentlichung	Berichte	Seite
Europa	Hintergrund	März 2006	Aktualisierung des deutschen Stabilitätsprogramms	49
		März 2006	EU-Frühjahrgipfel – Position der Bundesregierung zum Lissabon-Fortschrittsbericht	61
		April 2006	Bevölkerungsalterung und Staatsausgaben: Ergebnisse neuer Langfristrechnungen für die Mitgliedstaaten der EU	41
		April 2006	Überblick über die aktualisierten Stabilitäts- und Konvergenzprogramme 2005 der EU-Mitgliedstaaten	61
		Juni 2006	Die wirtschafts- und finanzpolitische Lage der neuen Mitgliedstaaten sowie der Beitritts- und Kandidatenländer der EU Ende 2005/Anfang 2006	57
		Juli 2006	Zum Jahresbericht über die öffentlichen Finanzen in der Europäischen Währungsunion (Public Finance Report 2006)	69
		Oktober 2006	Biokraftstoffe – ein neues Standbein der europäischen Agrarpolitik?	65
		Dezember 2006	Aktualisierung des deutschen Stabilitätsprogramms Dezember 2006	37
		Dezember 2006	Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen: Eine Untersuchung für die Mitgliedstaaten der EU	47
Finanz- und Wirtschaftspolitik	Bundeshaushalt	Februar 2006	Abschluss des Bundeshaushalts 2005 – Ist-Bericht	39
		März 2006	Entwurf des Bundeshaushalts 2006 und Finanzplan 2005 bis 2009	37
		Mai 2006	Die Ausgaben- und Einnahmenentwicklung im Bundeshaushalt bis zum 1. Quartal 2006	41
		Juli 2006	Haushaltsbegleitgesetz 2006 und Steueränderungsgesetz 2007 – Eckpfeiler des Haushaltssanierungskonzeptes der Bundesregierung	37
		August 2006	Bericht über den Bundeshaushalt für das Jahr 2006 (Sollbericht) und Entwicklung im 1. Halbjahr 2006	33
		August 2006	Entwurf des Bundeshaushalts 2007 und des Finanzplans des Bundes 2006 bis 2010	63
		Oktober 2006	Kurzfassung des Jahresberichts zum Stand der Deutschen Einheit 2006	37
		November 2006	Dritter Quartalsbericht zum Bundeshaushalt 2006	35
Finanz- und Wirtschaftspolitik	Finanzpolitik	Januar 2006	Stellungnahme zu den Artikel-IV-Konsultationen des Internationalen Währungsfonds mit Deutschland	51
		Februar 2006	Abschluss des Bundeshaushalts 2005 – Ist-Bericht	39
		Februar 2006	Reformieren, investieren, Zukunft gestalten – Politik für mehr Arbeit in Deutschland	71
		Februar 2006	Kapitalstock: Berechnungsmethoden und Entwicklung im internationalen Vergleich	79
		März 2006	Entwurf des Bundeshaushalts 2006 und Finanzplan des Bundes 2005 bis 2009	37
		März 2006	Aktualisierung des deutschen Stabilitätsprogramms	49
		März 2006	Wachstumswirksamkeit von Verkehrsinvestitionen	71
		April 2006	20. Subventionsbericht der Bundesregierung	33
		Mai 2006	Die Ausgaben- und Einnahmenentwicklung im Bundeshaushalt bis zum 1. Quartal 2006	41
		Mai 2006	Mittelfristige Perspektive der öffentlichen Haushalte	63
		Juli 2006	Haushaltsbegleitgesetz 2006 und Steueränderungsgesetz 2007 – Eckpfeiler des Haushaltssanierungskonzeptes der Bundesregierung	37

Stichpunkt 1	Stichpunkt 2	Veröffentlichung	Berichte	Seite
Finanz- und Wirtschaftspolitik	Finanzpolitik	August 2006	Bericht über den Bundeshaushalt für das Jahr 2006 (Sollbericht) und Entwicklung im 1. Halbjahr 2006	33
		August 2006	Entwurf des Bundeshaushalts 2007 und des Finanzplans des Bundes 2006 bis 2010	63
		August 2006	Die Föderalismusreform	81
		Oktober 2006	Kurzfassung des Jahresberichts zum Stand der Deutschen Einheit 2006	37
		November 2006	Dritter Quartalsbericht zum Bundeshaushalt 2006	35
		November 2006	Bericht über die Höhe des Existenzminimums von Erwachsenen und Kindern für das Jahr 2008 (Sechster Existenzminimumbericht)	57
		Dezember 2006	Aktualisierung des deutschen Stabilitätsprogramms Dezember 2006	37
Finanz- und Wirtschaftspolitik	Föderale Finanzbeziehungen	April 2006	Die Steuereinnahmen der Kommunen (ohne Stadtstaaten) im Jahr 2005	57
		Juni 2006	Bundespolitik und Kommunalfinanzen	49
		August 2006	Die Föderalismusreform	81
		Dezember 2006	Bundespolitik und Kommunalfinanzen – Aktuelle Aspekte	77
Finanz- und Wirtschaftspolitik	Öffentlicher Gesamthaushalt	Mai 2006	Mittelfristige Perspektive der öffentlichen Haushalte	63
Finanz- und Wirtschaftspolitik	Wirtschaftspolitik	Februar 2006	Reformieren, investieren, Zukunft gestalten – Politik für mehr Arbeit in Deutschland	71
		Februar 2006	Kapitalstock: Berechnungsmethoden und Entwicklung im internationalen Vergleich	79
		Juli 2006	Interpretation von Wirtschaftsdaten zur Analyse der Konjunkturentwicklung	61
		September 2006	Internationale Vergleiche von Volkswirtschaften im Rahmen von Ranking- und Benchmarking-Verfahren	41
		Oktober 2006	Bedeutung der Schätzungen von Produktionspotenzial und Produktionslücken für die Finanzpolitik	47
		November 2006	Hohe internationale Wettbewerbsfähigkeit durch moderate Lohnstückkosten	65
Finanz- und Wirtschaftspolitik	Wissenschaftlicher Beirat	September 2006	Die abgabenrechtliche Privilegierung gemeinnütziger Zwecke auf dem Prüfstand	51
Geld und Kredit	Geld und Kredit	Januar 2006	Umsetzung von Basel II in Deutschland und der Europäischen Union	57
		März 2006	Was darf die deutsche Kreditwirtschaft von der neuen Bundesregierung erwarten?	57
		August 2006	Zur Auflösung der Bundeswertpapierverwaltung: Ein Rückblick auf die Schuldenverwaltung in Deutschland von 1820 bis 2006	91
Internationale Beziehungen	Internationale Beziehungen	Januar 2006	Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich 2005	33
		Januar 2006	Stellungnahme zu den Artikel-IV-Konsultationen des Internationalen Währungsfonds mit Deutschland	51
		Januar 2006	Wirtschafts- und Finanzlage in ausgewählten Schwellenländern	69
		April 2006	Globalisierung: Entwicklungen in Schwellenländern und ihre Auswirkungen	73
		Mai 2006	Die Abgabenbelastung von Arbeitnehmern in internationalen Vergleich: Ergebnisse einer aktuellen Studie der OECD	69
		Mai 2006	G 7-Treffen und Frühjahrstagungen von Internationalem Währungsfonds und Weltbank	75
		Juli 2006	Finanz- und Wirtschaftspolitik in ausgewählten Volkswirtschaften	77
		August 2006	Wirtschafts- und Finanzlage in ausgewählten Schwellenländern	101
		Oktober 2006	Jahresversammlung Internationaler Währungsfonds und Weltbank am 19. September 2006 in Singapur	69

Stichpunkt 1	Stichpunkt 2	Veröffentlichung	Berichte	Seite
Internationale Beziehungen	Internationale Beziehungen	Dezember 2006	Finanz- und Wirtschaftspolitik in ausgewählten Volkswirtschaften	55
		Dezember 2006	G20-Finanzministertreffen in Australien am 18./19. November 2006	73
Steuern	Steuern	Januar 2006	Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich 2005	33
		Januar 2006	Ergebnis der Modellstudien zu Änderungen bei der Umsatzsteuer zur Verhinderung von Steuerausfällen	45
		Mai 2006	Steuerpolitik der großen Koalition – erstes Etappenziel ist erreicht	53
		Mai 2006	Die Abgabenbelastung von Arbeitnehmern im internationalen Vergleich: Ergebnisse einer aktuellen Studie der OECD	69
		Oktober 2006	Entwicklung bundeseinheitlicher Software für das Besteuerungsverfahren (Vorhaben KONSENS)	55
Steuern	Steuerschätzung/ Steuereinnahmen	Februar 2006	Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 4. Quartal 2005 und im Jahr 2005	67
		April 2006	Die Steuereinnahmen der Kommunen (ohne Stadtstaaten) im Jahr 2005	57
		Mai 2006	Ergebnisse der Steuerschätzung vom 8. bis 11. Mai 2006	35
		Juni 2006	Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. Quartal 2006	37
		Juni 2006	Struktur und Verteilung der Steuereinnahmen: Langfristige Trends und aktuelle Entwicklungen unter Einbeziehung der mittelfristigen Steuerschätzung	41
		Juli 2006	Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2005	47
		Juli 2006	Ergebnisse der Steuerfahndung	57
		August 2006	Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. Halbjahr 2006	77
		September 2006	Stand und Entwicklung der Steuerrückstände 2005	33
		November 2006	Ergebnisse der Steuerschätzung vom 2. bis 3. November 2006	47
		November 2006	Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. bis 3. Quartal	53
Zoll in Deutschland	Zoll in Deutschland	Februar 2006	Produktpiraterie – eine wachsende Gefahr für die Volkswirtschaft	87
		April 2006	Zoll legt Jahresbilanz 2005 vor	85
		Juni 2006	Bündnisse gegen Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung	65
		September 2006	Task Force zur Bekämpfung des Missbrauchs der Dienstleistungs- und der Niederlassungsfreiheit	55
		September 2006	Risikoanalyse im grenzübergreifenden Warenverkehr	63
		November 2006	Die Rolle des Zolls beim Schutz von Mensch und Umwelt	71



HERAUSGEBER:

BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN
REFERAT INFORMATION UND PUBLIKATION
WILHELMSTRASSE 97
10117 BERLIN
[HTTP://WWW.BUNDESFINANZMINISTERIUM.DE](http://www.bundesfinanzministerium.de)
ODER
[HTTP://WWW.BMF.BUND.DE](http://www.bmf.bund.de)

REDAKTION:

BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN
ARBEITSGRUPPE MONATSBERICHT
REDAKTION.MONATSBERICHT@BMF.BUND.DE
BERLIN, DEZEMBER 2006

SATZ UND GESTALTUNG:

HEIMBÜCHEL PR,
KOMMUNIKATION UND PUBLIZISTIK GMBH,
BERLIN/KÖLN

DRUCK:

BONIFATIUS GMBH, PADERBORN

BEZUGSSERVICE FÜR PUBLIKATIONEN DES

BUNDESMINISTERIUMS DER FINANZEN:

TELEFONISCH 0 18 05 / 77 89 90 (0,12 €/MINUTE)

PER TELEFAX 0 18 05 / 77 89 94 (0,12 €/MINUTE)

ISSN 1618-291X



Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.